

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 berechnet für die sechsstelligen Nummern geistl. oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelexemplare und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Honorare für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkaltet täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983. Freitag, den 20. November 1908. Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die preußische Städteordnung.

II.

Nächst und neben ihrem Kampfe gegen die Verwüstung der Städte durch die militärische Miswirtschaft richteten die Urheber der Städteordnung von 1808 ihr Hauptaugenmerk darauf, die Herrschaft der Rüste in den Städten zu beseitigen, was ebenfalls auf ihr Verdienstkonto zu setzen ist. Indem sie verfügten: „Die Wahl der Stadtverordneten wird in den verschiedenen Bezirken der Stadt bewirkt. Die Wahl nach Ordnungen, Zünften und Korporationen wird aufgehoben. Die stimmfähigen Bürger wirken lediglich als Mitglieder der Stadtgemeinde ohne alle Beziehung auf Zünfte, Stand, Korporation und Sekte“, schrieben sie zwar nur ziemlich wörtlich den Artikel 7 des französischen Municipalgesetzes vom 14./18. Dezember 1789 ab, allein das kann ihnen nur zur Ehre gereichen, so sehr es ihnen in den Augen der heutigen Reaktionsäre zur Schande gereichen mag.

Wunder erfreulich war die Nachahmung der französischen Revolutionsgesetzgebung in einem anderen Punkte. Die bürgerlichen Klassen Frankreichs waren kaum ihres Sieges froh geworden, als sie sich ihres Ursprungs erinnerten und das Wahlrecht durch einen Zensus beschränkten, indem sie eine direkte Staatssteuer im Werte von drei Arbeitstagen zur Vorbedingung seiner Ausübung machten. Eine unmittelbare Nachahmung war hier freilich ausgeschlossen, da es in den preussischen Städten keine direkten Staatssteuern gab. Aber ungefähr wird es dem französischen Vorbilde entsprochen haben, wenn die Städteordnung von 1808 nur solchen Bürgern das Stimmrecht verlieh, die entweder mit städtischen Grundstücken angefaßt waren, oder ein Jahreseinkommen von — je nach der Größe der Stadt — 150—200 Talern nachweisen konnten. Allzu arg war dieser Zensus nicht; wer eine noch so verschuldete Lehnhütte besaß oder ein Jahreseinkommen bezog, das auch damals schon für Robrkarbeiter erschwänglich war, der war „stimmfähiger“ Bürger und besaß das aktive wie das passive Wahlrecht. Immerhin aber — das allgemeine Wahlrecht enthielt die Städteordnung von 1808 nicht.

Jedoch wenn im wenigen Guten, so blieb doch auch das wirklich Gute dem französischen Vorbilde treu, das Gleichheit unter den Wählern“ und die geheime Abstimmung vorschrieb. Die Einwände, die heute gegen das gleiche wie gegen das geheime Stimmrecht vorgebracht werden, sind damals schon erhoben worden, aber die damaligen Staatsmänner waren doch von anderem Kaliber als die heutigen. Stein selbst, der einen Augenblick an die öffentliche Abstimmung gedacht hatte, unter dem damals nicht so schlecht abzuweisenden Gesichtspunkte, daß der ängstliche und verschüchterte Pfahlbürger an das Gefühl der Verantwortlichkeit vor der öffentlichen Meinung gewöhnt werden müsse, ließ sich bald durch den Polizeidirektor Frey und durch Altenstein, den späteren Freund Hegels, darüber belehren, daß die öffentliche Abstimmung zum Korruptionsmittel der Reichen und Vornehmen werden würde, daß jeder seiner Ueberzeugung unso teuer bleiben werde, je geringere Rücksicht er dabei auf irgend jemand zu nehmen habe. Der herrliche Fortschritt, den das städtische Bürgertum seit hundert Jahren gemacht hat, besteht darin, daß es das allgemeine Stimmrecht zwar immer noch nicht erobert hat, aber sich dafür das gleiche und das geheime Stimmrecht hat eskamottieren lassen.

Zum dritten muß es den Urhebern der Städteordnung von 1808 als ein Verdienst angerechnet werden, daß sie die ganze städtische Verwaltung in der Versammlung der Stadtverordneten konzentrieren wollten, die von den städtischen Bürgern, wenn auch nicht nach allgemeinem, so doch nach gleichem und geheimem Stimmrechte gewählt worden waren. Einig waren sie darin, daß die Sonderstellung des Militärs aufhören müsse; es sollte der Polizei unterworfen sein wie jedermann, und es sollte als Organ der Polizei nur auf deren Requisition und nicht anders als im äußersten Notfall gebraucht werden. Für gewöhnlich sollte die Bürgerschaft selbst die Exekutive der Polizei sein, sei es nun unter dem Namen der Bürgerbewachung oder dem Namen der Gendarmarie oder dem Namen der Bürgermiliz oder dem Namen der Schützengilde, der schließlich angenommen wurde.

Wiederum in teilweise wörtlicher Uebereinstimmung mit dem französischen Gesetze rechnete Stein zur Verwaltung des städtischen Gemeinwesens: die Angelegenheiten der städtischen Kämmerlei (namentlich Ankauf und Veräußerung von Immobilien, außerordentlichen Steuern, Anleihen, Prozesse); und die Sachen der Armen, der Schulen, der Sicherheits-, Reinigkeits- und Gesundheitspolizei. Der Magistrat sollte den Stadtverordneten völlig untergeordnet sein; er wurde von ihnen gewählt, als eine rein städtische Behörde, so daß sich auch das Befähigungsrecht der Regierung nur auf die formale Frage erstreckte, ob die Wahl richtig vollzogen sei. Die eigentliche Verwaltung blieb durchaus den Stadtverordneten vorbehalten; sie sollten für diesen Zweck Deputationen und Kommissionen bilden, die größtenteils aus Stadtverordneten und Bürgern, aber nur aus einzelnen oder wenigen Magistratsmitgliedern zu bilden vorgeschrieben wurde.

Damit sind die wichtigsten Gesichtspunkte angedeutet, die die Städteordnung von 1808 in der Tat zu einem historischen Fortschritt machten. Gerade auf diese Punkte hinzuweisen, ist um so mehr eine Pflicht der historischen Gerechtigkeit, als

diese Punkte von reaktionärer Seite möglichst zu verdunkeln gesucht werden. Aber deshalb bleibt es doch wahr, daß auch dieses Produkt der Stein-Gardenbergischen Gesetzgebung, verglichen mit den Gesetzen der französischen Revolution, nur kümmerliches Fließ- und Stückwerk ist. Man kann in der vorstrefflichen Biographie Steins von Max Lehmann bis ins einzelne verfolgen, eine wie mühsame Zangengeburt die Städteordnung von 1808 war und in wie widerlicher Weise sich in ihr die frischen Elemente der französischen Gesetzgebung mit den faulen Elementen des Allgemeinen Landrechts mischten.

Zwar daß den Städten die Gerichtsbarkeit entzogen wurde, kann nur in der demagogischen Absicht als eine Verkleinerung der städtischen Rechte denunziert werden. Die Zuständigkeit des Staats war ein Fortschritt aus der feudalen in die moderne Gesellschaft und in Frankreich schon vor der großen Revolution gemacht worden. Anders stand es mit der Polizei. Hier gerieten die Reformen in eine Zwickmühle. In jenen unruhigen Zeiten hieß es fast eine Prämie auf das Verbrechertum setzen, wenn die zuständige Polizeibehörde an der Grenze des städtischen Reichbildes auch die Grenze ihrer Wirksamkeit finden sollte. Dagegen den Städten die Polizei nehmen und die Polizei bürokratisch zu organisieren, hieß von vornherein die städtische Selbstverwaltung untergraben, denn ein strebsamer Polizeichef konnte schließlich alles unter den Begriff der öffentlichen Sicherheit bringen.

Die Frage war überhaupt erst zu lösen, wenn der preussische Staat als solcher aufgehört hätte, ein Junker-, Militär- und Polizeistaat zu sein. So forderte Altenstein ganz logisch, mit der neuen Ordnung des Städtewesens müsse eine neue Organisation des Polizeiwesens Hand in Hand gehen. Jedoch diese Forderung blieb ein frommer Wunsch, und die prinzipielle Lösung, die Stein, wieder in Uebereinstimmung mit den Franzosen, durch den Satz fand: Der Magistrat übt die Polizei ex jure delegato aus, tragt eines ihm vom Staate übertragenen Rechts, führte praktisch dazu, daß der Junker-, Militär- und Polizeistaat dies ihm zuerkannte Recht lieber selbst ausübte, als den Städten übertrug. Er legte die neue Städteordnung sofort lähm, indem er in einer Anzahl von Städten königliche Polizeidirektionen einrichtete, nicht nur in Berlin, Königsberg, Breslau, Stettin, Potsdam, Frankfurt, Brandenburg, sondern auch in kleineren Städten wie Stargard, Kolberg, Stolp, Anklam, Demmin, Prieß, Glatz, Reife, Schweidnitz, Glogau, Liegnitz, Remel, Elbing, Landsberg a. W. usw. Andere kleine Städte, Kreuzburg, Landeck, Lublinitz, Striegau, Kosel, Hirschberg, Köslin, Sotomünde u. a. blieben nur auf ihre flehentlichen Bitten von dieser Plage befreit. Die gänzlich verarmten Städte wurden durch diese königlichen Polizeidirektionen, für deren Kosten sie bei Heller und Pfennig aufkommen mußten, zur völligen Verwüstung getrieben; namentlich die Polizeidirektoren selbst ließen sich ihre fragwürdigen Dienste sehr teuer bezahlen. In anderer Form wurde damit wieder der Militärmisstand in den Städten hergestellt und ein zweiter Krebschaden der neuen Städteordnung führte dazu, in anderer Form die städtische Zunft-herrschaft wieder herzustellen.

Dieser Krebschaden war die Unterscheidung zwischen Bürgern und Schutzwandten, die nicht von der französischen Revolution kam, sondern aus dem preussischen Landrecht übernommen wurde. Die französische Revolution hatte das städtische Bürgerrecht zu einem Teil des allgemeinen Staatsbürgerrechts gemacht; das Stimmrecht in der Gemeinde stand allen denen zu, die für die gesetzgebenden Körper, für die Kirchenämter, für die Offiziersstellen der Nationalgarde zu wählen hatten. In der Städteordnung von 1808 aber gab es ein spezifisch städtisches Bürgerrecht. Sein Erwerb war zwar nicht schwer; wer sich in einer Stadt niederließ und unbefehligt war, konnte — je nach der Größe der Stadt — gegen eine Gebühr von 3, 6 oder 10 Talern ihr Bürger werden. Allein diesem nicht eng bemessenen Rechte stand nur eine eng bemessene Pflicht gegenüber. Vorgeschieden war die Erwerbung des städtischen Bürgerrechts nur für diejenigen Bewohner der Stadt, die ein Haus besaßen oder ein konzessionspflichtiges Gewerbe betrieben, das heißt ein Gewerbe, bei dem die Kunst, der Magistrat, die Polizei mitzusprechen hatten. So bestand die städtische Bürgerschaft vorwiegend aus Zunfthandwerkern, und die gebildeten Elemente der bürgerlichen Klassen, deren Nachfahren heute so viel von der herrlichen „Selbstverwaltung“ zu singen und zu sagen wissen, waren viel zu hochmütig, um sich mit Bevater Schneider und Handschuhmacher auf dieselbe Bank zu setzen. Auch haben die Vorfahren der Städteordnung von 1808 nichts dazu getan, hier bessernd einzugreifen, eher im Gegenteil! Bei ihrem an sich sehr berechtigten Haß gegen die verlebte Bürokratie wollten die Stein und Schön gar nicht, daß „Dizianten“ in die Stadtverordnetenversammlung gewählt würden; Stein wollte den Justizkommissarien, den heutigen Rechtsanwälden, sogar direkt den Eintritt verbieten.

Auf diese Weise erklärt es sich, daß die neue Städteordnung zunächst nicht so sehr viel am Stande der Dinge änderte. Noch bis zur deutschen Revolution gab es selbst größere Kommunen, die völlig verwahrlost waren und durch geschickte Bürokraten vor den traurigen Folgen dieser „Selbstverwaltung“ gerettet werden mußten. Ein bekanntes Beispiel dieser Art war die märkische Kur- und Residenzstadt Brandenburg. Franz Ziegler hat die Zustände, die er in dieser Stadt vorfand, als er 1810 zu

ihrem Oberbürgermeister gewählt wurde, einmal geschildert wie folgt: „Ich habe das Unglück gehabt, mit Kommunalangelegenheiten zu tun zu haben, unter der Städteordnung vom 10. November 1808, die die unglückliche Bestimmung hatte, daß zwischen Bürgern und Schutzwandten zu unterscheiden war. Was waren denn die Bürger? Gerade die gewöhnlichen Handwerker, wogegen die Rechtsanwälden, die Mitglieder des Gerichts und alle diejenigen, die eine höhere Stellung einnahmen, sich erst dann herbeiließen, Bürger zu werden, wenn sie ein Haus kauften und Bürger werden mußten. Was war die Folge davon? Man hatte in der Stadtverordnetenversammlung gerade die unfähigsten Leute, und diese unfähigsten Leute, die aus den ältesten Familien der Stadt bestanden, bildeten zusammen eine Koterie; wer am besten im Schützenhause seinen Dreikampfschritt, der war der Mann! ... Sie hatten die besten Güter der Stadt zu Preisen verkauft, die wirklich lächerlich waren. Noch mehr: der ganze Rathaushof war verzeht. Das klingt wunderbar, aber die angrenzenden Besitz hatten ihre Höfe hinausgerückt, und noch ein Jahr, so hätte das Rathaus keinen Hof mehr gehabt. Die ganzen Umgebungen der Stadt, die Wälle der Stadt, wo jetzt die Promenaden sind, waren beinahe verzeht.“

Ziegler sprach nicht etwa in bürokratischem Hochmut von den „gewöhnlichen Handwerkern“; er meinte die zünftlerischen Handwerksmeister, die noch an die ausbeuterischen Praktiken der Zunft gewöhnt waren; er machte diese Ausführungen gerade, um das allgemeine Wahlrecht auch für die städtischen Wahlen zu fordern. Er sagte: „Ich habe immer gefunden, daß im ganzen Volk ein richtiges Urteil über diese Wirtschaft war. Wenn man sagt, daß nur eine Minorität die Freiheit bewahren könne, so trifft dies am wenigsten zu für die Städte. Da bewahrt die Minorität nicht die Freiheit, sondern sie bewahrt hübsch ihren Vorteil, das vornehmlich ist ihre Sache, sie will aus dem allgemeinen Stadtsäckel essen und macht sich dieses auf die eine oder die andere Weise zunutze. Davon wollen die angeblich freisinnigen Nachfahren dieses wirklich freisinnigen Mannes allerdings nichts mehr wissen.“

So viel über die Entstehung der Städteordnung von 1808. Ihre hundertjährige Geschichte aber läßt sich in die kurzen Sätze zusammenfassen: Was an ihr verborben war, wurde durch die Varrikadenkämpfe von 1848 gebessert; was aber an ihr gesund war, wurde durch die Freiheit der Bürokraten und Junker in holdem Einklang mit der Freiheit der bürgerlichen Klasse verborben.

Darüber noch in einem letzten Artikel.

## Spare, Michel, spare!

Spare, Michel, spare, damit du Steuern zahlen kannst, mehr Steuern, viel Steuern! Spare, damit du gern Steuern zahlst! Sparen ist der Sinn aller Volkswirtschaft. Vom Sparen hängt die Macht eines Staates ab. Werbet ein Volk von Rentnern, ihr Deutschen, wie die Franzosen es sind, damit wir an den Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonien nicht zu sparen brauchen. Drum spare, Michel, spare!

Das war der Kern der moralisierenden Rede, mit der Fürst Bülow, frisch ausgebügelt in Haltung und Stimmung — nicht etwa ein fürstliches Auditorium im Kabarett zum Schwarzen Kater — sondern gewiß und wahrhaftig den deutschen Reichstag regalierte, um ihm die neuen Sydowsteuern schmacht zu machen.

Er hat auch über die politische Lage geredet, ganz im allgemeinen natürlich, platte Allgemeinheiten, wie wir sie von ihm und anderen Lobrednern der jeweiligen Reichspolitik bis zum Ueberdruß stets zu hören bekommen haben: Daß Deutschland groß und stark geworden sei, daß es auf Grund seiner wirtschaftlichen Entwicklung Weltmacht treiben müsse und deshalb auch die Kosten dafür nicht scheuen dürfe. Stetigkeit der Politik brauche es und Ruhe, Ruhe nach Außen und im Innern. Ruhe im Innern, wahrhaftig! Das wagt der Steuermann des Jidzakturfes dem Reichstag zu bieten, unmittelbar nachdem der Staatskarren schmählich in den Sumpf gefahren worden, Fürst Bülow mit seiner eigensten Steuerkunst alle Welt in Unruhe versetzt hat. Wie weiland der Stadtkommandant von Berlin, Graf Schulenburg, als er nach dem schmählichen Zusammenbruch von Jena aus den Toren von Berlin ritt, die Parole ausgab: „Ruhe ist jetzt die erste Bürgerpflicht“, so glaubt der deutsche Reichskanzler sich der Verantwortung für die latente Regierungskrise entziehen zu können, indem er zur Ruhe ermahnt. Sogar über den Schulenburg hinaus ging der Organisator des inneren Jena, indem er im voraus das „Nörgeln“ an der Reichsfinanzpolitik als eine überflüssige Zeitverwässerung dem Absägen aller Patrioten empfahl. Fehlte nur, daß er den Nörglern anheimgab, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln.

So wagte er zu reden. Und was schlimmer ist, er wagte zu schweigen, völlig zu schweigen über das, worüber er unbedingt hätte reden müssen, über die Verstandigung, die er in Potsdam mit seinem Konarchen getroffen. Offenbar glaubt er das als eine Privatangelegenheit zwischen Kaiser und Kanzler behandeln zu können. Die dürftige Notiz im „Staatsanzeiger“ über die Notwendigkeit und Stetigkeit in unserer Politik, das ist offenbar alles, was nach Bülows Ansicht, dem Volke zu wissen not tut. Und doch ist nichts dringender jetzt als die Verfassungsfrage, nichts notwendiger auch als dem Volke Bürgschaften zu schaffen, daß nicht länger nach dem

**Grundsatz:** des Königs Wille ist das höchste Gesetz, sei es von einem einzelnen oder von einer bürokratischen Regierungsfaste regiert werden darf.

Auch für die sogenannte Finanzreform ist diese Klärung notwendig, denn für jede Steuerbewilligung ist es von entscheidender Bedeutung, wem denn die Verwendung der Steuern in die Hände gelegt werden soll. Ehe endgültige Beschlüsse darüber gefaßt werden dürfen, müßte die Reichstagsmehrheit die Verfassungsfrage im Sinne des parlamentarischen Regimes zum Abschluß bringen, vorausgesetzt, daß es den Herren ernst war mit ihrem Austritt gegen das persönliche Regiment.

Sollte Fürst Bülow wirklich glauben, mit seinem Konversationsbesuch am Dienstag sei alles wieder in schönster Ordnung, dann hätte er wieder einmal, wie schon so oft, eine politische Situation durchaus falsch beurteilt. Die Krisis ist mit dem Potsdamer Zwiesgespräch nur in ein neues Stadium getreten; sie ist nicht beendet. Zunächst ist eine umfassende Erörterung der Verfassungsanträge im Reichstage durch Abmachungen zwischen den Fraktionen gesichert.

Wäre Fürst Bülow wirklich der kluge, vorausschauende Staatsmann, für den ihn seine Katastrophen ausgeben, so hätte er die passende Gelegenheit, die die Finanzreform ihm bot, schleunigst benutzt, um freiwillig Auskunft zu geben über Dinge, die sich auf die Dauer doch nicht verschweigen lassen. Die Sozialdemokratie wenigstens wird es nicht daran fehlen lassen, stetig das Feuer zu schüren, damit endlich unsere politische Atmosphäre von den üblen Dünsten der Hofmairillen und der nicht minder gefährlichen Verderbnis durch ein störrisches Bürokratenregiment gereinigt wird.

Während Bülow heute da schwieg, wo er hätte reden müssen, mag, als er seine volkswirtschaftliche Weisheit bei Besprechung der sogenannten Finanzreform verzapfte, sich der Brust manches in volkswirtschaftlichen Dingen nicht völlig ungeheures Geheimnisses der Stoffhafter entronnen haben: o si tacuisses! Hättest du doch lieber geschwiegen!

Als ob der Geist des seligen Eugen Richter mitsamt seiner Sparagnes in diesen höfischen Diplomaten hineingefahren wäre, predigte er dem deutschen Volke im Grabeston gerührten Wohlwollens eine moralisierende Spartheorie, deren Befolgung die industriellen Krisen verschärfen, die kommunale Hilfsaktion gegen die Arbeitslosigkeit eindämmen, die industrielle Entwicklung ins Stocken und die Volksvermehrung zum Stillstand bringen müßte.

Seine Mahnung an alle Bevölkerungsklassen, zu sparen, suchte er auf einige sozialdemokratische Rufe des Unwillens hin einzuschränken durch die Bemerkung, er lehre sich nur gegen den Luxus der oberen Klassen. Daß er jedoch in Wirklichkeit alle Klassen ermahnen wollte, bewies er dadurch, daß er auch den Kommunen Sparfahnen in der Aufnahme von Arbeiten zu wirtschaftlichen Zwecken anempfahl und sämtlichen Klassen des deutschen Volkes die Nachahmung der Franzosen anpries, die als ein „Volk von Rentnern“ die Bankiers Europas geworden seien.

Der „leitende Staatsmann“ des Deutschen Reiches über- sieht also ganz, daß diese Sorte von Sparfahnen auf die Einschränkung des Verbrauchs hinauskommt, daß die Einschränkung des Verbrauchs lähmend einwirkt auf die Produktion, daß einem ganzen Volke den Rentnertrieb einimpfen, heißt, es zum Zwieländersystem und zur Produktionsbeschränkung treiben, — kurz des gemächlichen Lebensunterhaltes wegen die Quellen allen Lebens verschütten.

Ahnungslos über die moralische Hinrichtung, die er damit an sich vollzog, gab dieser schändliche Ignorant folgende Tiefenbacher Weisheit zum besten: „Was das französische Volk weniger verdient, das erwirbt es durch Sparen. Es wird reich durch die Arbeit des Auslandes, das ihm Zinsen zahlt!“

Da haben die Franzosen doch mal wieder etwas zu lachen. Auf ein tieferes Niveau, als auf diese Bülow'sche Sparmoral, war die deutsche Staatsmannskunst wirklich noch nicht gesunken.

Und weshalb soll der Deutsche sparen? Zu welchem Zweck? Damit an den stetig anschwellenden Ausgaben für Heer und Flotte und Kolonien nicht gespart zu werden braucht. Von Einschränkungen des weltpolitischen Luxus hatte Spar-Bülow nichts zu vermelden. Sein Finanzkollege, Herr Sydow, der mit einem vierstündigen Erzerpt aus der dickleibigen gedruckten Steuerbegründung das Haus bis zum Einschlafen anbetete, deutete zwar an, wo auch die Reichsregierung zu sparen gedenke. Welche nicht bei den Kosten für Weltpolitik, sondern bei den sozialpolitischen Ausgaben. So „edel“ deren Zwecke auch sein möchten, es müsse alles zurücktreten hinter der dringenden Aufgabe, die Finanzen des Reichs ins Gleichgewicht zu bringen.

Das ist die bürokratische Regierungskunst, wie sie leibt und lebt! Diese Leute blamieren durch ihre diplomatische Unfähigkeit und ihre weltpolitischen Intrigen das Deutsche Reich im Auslande bis auf die Knochen. Sie treiben im Innern die bornierteste Polizeireaktion. Sie reiten in Friedenszeiten die Finanzen des Reiches in eine beispiellose Schulden- und Pumpwirtschaft hinein.

Anstatt dann aber im niederdrückenden Bewußtsein ihrer Unfähigkeit abzutreten vom Scharplatz, appellieren sie im Namen des Vaterlandes an den Sparsinn, an die Opferwilligkeit, an den „leidenschaftlichen Patriotismus“ des geduldbigen deutschen Michel.

Ein selbstbewußtes Volk, ein Reichstag, der seiner Aufgabe gewachsen ist, dürfte darauf nur die eine Antwort haben: Fort mit diesen ganzen unfähigen Bürokratenregiment samt seiner „Finanzreform!“

## Die Presse über Bülows Sieg.

Das amtliche Bulletin des „Reichsanzeigers“ über den Verlauf der dem Reichskanzler von dem Kaiser gewährten Audienz findet in den Blättern der verschiedenen Parteien naturgemäß eine ganz verschiedene Beurteilung und Aufnahme. Während ein Teil der Blätter alle Schwereigkeiten der Lage für überwunden erklärt, der eben noch angefeindeten Majestät Wilhelm II. in der heroischen Weise der „Kriegshelden“ Dank der Nation ausdrückt und über die erhabene Selbstbescheidung Sr. Majestät sentimentale Nahrung verpöht, zeigt sich ein anderer Teil in seinen Erwartungen bitter getäuscht, und ein dritter Teil, wie z. B. das Leiborgan der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Stüttemagnaten, die „Rheinisch-Westf. Ztg.“, gefaßt sich in hysterischem Geschreie. Am zufriedensten sind natürlich mit dem Verlauf der Sache die Konservativen. Das ist begreiflich. An dem heutigen bürokratisch-absolutistischen Regierungssystem haben sie ebensoviele Ausgesehen, wie an dem persönlichen Regiment. Beide müssen nach ihrer Ansicht zum Wohl des deutschen Volkes, d. h. aus dem agrarischen Jargon in gewöhnlichen Deutsch übersetzt, zum Nutzen des Junkertums unbedingt erhalten bleiben. Alles, was die kon-

servativen Wortführer zu tabeln fanden, war, daß S. M. sich manchmal allzu sehr exponierte, zu england- oder amerikasfreundlich austrat und in der Aussprache seiner wechselnden Ansichten sich nicht die nötige diplomatische Reserve auferlegte, so daß nicht nur die deutsche Politik im Auslande bloßgestellt, sondern auch mit diesem erste Konflikt heraufbeschworen wurden. Nun der Kaiser versprochen hat, seine sogenannte Impulsivität ein wenig zu zügeln, sind die Wünsche der Herren befriedigt — umso mehr als die amtliche Erklärung eine derartige Form erhalten hat, daß die sogenannte Selbstbescheidung des Kaisers als ein Akt kaiserlicher Gnade und Gerablassung erscheint.

So schreibt, beglückt über die absolutistische Form der amtlichen Rundgebung des „Reichsanzeigers“, das Blatt der Hammersteinlinge, die „Kreuz-Ztg.“:

„Mit besonderer Genugtuung werden es alle Konservativen empfinden, daß diese Billigung in einer Form erfolgt ist, die dem kaiserlichen Ansehen keinen Abbruch tut. Namentlich hat die kaiserliche Willensäußerung die Uebertreibungen der öffentlichen Kritik zurückgewiesen. Wenn die Worte des Kaisers bezeugen, daß diese Uebertreibungen „von Ihm“ als ungerecht empfunden würden, so dürfen wir hinzusetzen, daß diese Empfindung in den weitesten Kreisen unseres Volkes — ja, wie die uns zugehenden Zuschriften beweisen, über die Kreise unserer Gesinnungsgenossen hinaus — mit dem schmerzlichsten Bedauern geteilt wird.“

Weshalb äußert sich die „Deutsche Tagesztg.“, das Organ des Bundes der Landwirte:

„Diese Rundgebung ist, wenn man sie richtig betrachtet und in der Tiefe erfährt, von weitestragender Bedeutung. Wir dürfen nunmehr hoffen, daß den zum Teil berechtigten Klagen über den Mangel an Stetigkeit der Reichspolitik der Boden entzogen werde. Wir dürfen nunmehr erwarten, daß der Geist und der Sinn der Verfassung gewahrt werde. Nur durch solche Wahrung wird es möglich sein, die Stellung der Krone anrecht zu erhalten, wie wir es als unbedingte Monarchisten herzlich wünschen und für nötig erachten. Der Kaiser hat schließlich die Ausführungen des Reichskanzlers gebilligt und damit auch seinerseits zugesichert, daß er künftig auch in Privatgesprächen eine größere Zurückhaltung zeigen werde. Man darf nicht verkennen, daß es dem Kaiser nicht leicht gefallen sein mag, das auszusprechen und sein Einverständnis mit der Veröffentlichung dieser seiner Willensmeinung zu geben. Deshalb gebührt ihm der Dank des Volkes und des Reiches.“

Ebenso find auch die Blätter der Reichspartei und der national-liberalen Partei mit der amtlichen Erklärung zufrieden, nur richten einige nationalliberale Zeitungen an Bülow die bescheidene Mahnung, nun auch alle Mittel anzuwenden, um impulsive Handlungen Wilhelm II. möglichst hintanzuhalten, d. h. dafür zu sorgen, daß der Kaiser seine Zusage halte.

Die „Münchener Neuest. Nachr.“ schreiben beispielsweise: „Somit ist ein weitergehendes Urteil als unmittelbar nach den amtlichen Bekanntmachungen auch jetzt noch nicht möglich; man ist auf Hoffnungen angewiesen, wobei anerkannt werden kann, daß der Kanzler seine Verantwortlichkeit in der allerbindendsten Form eingeseht hat, und die Zusicherungen des Reichskanzlers über die künftige kaiserliche Praxis auch in Privatgesprächen durch den Ausdruck der kaiserlichen Billigung und ihre amtliche Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ allerdings eine bisher noch nicht erlebte feierliche Formulierung gefunden haben.“

Die Verteidigung über diese Etappe entbindet aber nicht von der Pflicht, die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Die Zusagen sind gegeben; nun kommt alles darauf an, daß sie und wie sie gehalten werden.

Dabei hat man allerdings als neue Gewähr, daß der Kaiser nach den Sorgen und Aufregungen der letzten Wochen unmöglich verfallen kann, wie das monarchische Gefühl bis zum Bruch erschüttert werden muß, wenn die Tat nicht beweist, was das Volk nach den Versicherungen vom 17. November zu erwarten berechtigt ist.

Sorgen erregt in dieser Beziehung noch die Wendung: „Unbeirrt durch die als ungerecht empfundenen Uebertreibungen.“ Denn es handelt sich bei der ganzen peinlichen Auseinandersetzung doch nicht allein um das Kaiser-Interview, sondern um den fortgesetzten Verdrub und die endlosen Beschwerden, die zwanzig Jahre hindurch sich infolge der zur Genüge erörterten Kalamitäten des persönlichen Regiments aufgehäuft haben.“

Auch die „Allg. Ztg.“, die während der letzten Tage so eifrig Bülow's Interesse vertrat, schlägt dieselbe Tonart an:

„In der Schwere des Entschlusses liegt unseres Erachtens aber auch eine Würdigung für die Rücksichtigkeit. Wer sich einmal so schwer durchgemacht hat, wer die Vitterkeit durchgelitten hat, die für den Kaiser in den letzten Ereignissen gelegen haben müssen, der wird auch sein Verste einsehen, um eine Wiederholung zu verhindern, und einen Temperamentsfehler niederzukämpfen, der so harte Folgen gehabt hat. Kein Mensch kann freilich seine innerste Natur verleugnen, und guter Wille ist nicht unbedingt und in allen Fällen eine Bürgschaft für die Ausführung von Vorhaben. Wichtig ist aber auch, daß jeder bis zu einem gewissen Grade über sein Temperament Herr werden kann, und wenn der Kaiser, wie sich jetzt gezeigt hat, den Willen dazu mitbringt, so wird er auch nach kurzer Zeit erkennen können, daß diejenige Methode, zu der er sich jetzt entschlossen hat, auf die Dauer größere Erfolge und größere innere Genugtuung gewähren kann, als rücksichtslose Festigung selbstherrlicher Herrschergehalt.“

Die „Ragdeburgerische Zeitung“ meint: „Die heutige kaiserliche Zusage, ein Kaiserwort, an dem sich nicht drehen und deuteln läßt, trifft den Kernpunkt der nationalen Beschwerden und Sorgen, und es wäre in diesem Augenblick unbillig, zu fragen, ob der Begriff der „verfassungsgemäßen Verantwortlichkeiten“ im engeren oder im weiteren, wie ihn der Reichstag vorausgesetzt hat, gefaßt werden soll. Genug, daß Verfassung und Verantwortlichkeit mit diesem Ausdruck vom Kaiser als Norm der salus publica in den Vordergrund gestellt werden.“

Die Phase der voluntas regis ist abgeschlossen — für immer und einer neuen heilsameren gewichen, der sich ziemt, mit Vertrauen entgegenzusehen.

Dank, aufrichtigsten Dank dem edlen Hohenzollern für diesen Sieg über sich selbst.“

Nach bescheidener als dieses Blatt ist der große Stratege des Nationalliberalismus, Herr Ernst Wasser mann. Er schreibt im vollen „Tag“:

„So bleibt der Kanzler, durch kaiserliches Vertrauen auf seinem Posten gehalten und durch kaiserliches Wort, das eine feige und ruhige Politik verbürgt, in der Verfolgung einer solchen Politik gefaßt. Ein ausgezeichnetes Ergebnis der ersten und würdigen Debatten des Reichstages.“

Die freisinnige Presse ist dagegen meist mit der Erledigung der Sache durch den Kanzler nicht ganz zufrieden. Sie fordert verfassungsgemäße Garantien. Das Maß dieser Garantien, das sie verlangt, ist allerdings verschieden. Am bescheidensten sind naturgemäß die Blätter der freisinnigen Volkspartei und die auch gute Beziehungen zur Wilhelmstraße haltende „Frankf. Ztg.“:

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: „Mit dieser oben erwähnten Zurückhaltung allein aber ist es nicht getan. Mehr oder minder deutlich wurde von den Rednern aller Parteien, abgesehen von der äußersten Rechten, bei der Interventionsdebatte die Erwartung ausgesprochen, daß auch faktische Garantien gegen die Fortdauer eines persönlichen Regiments und unverantwortlichen Einflüsse geschaffen werden müssen. Ob der Reichskanzler hierüber mit dem Kaiser verhandelt und irgend ein positives Ergebnis erzielt hat, geht aus der amtlichen Rundgebung nicht

hervor. Wenn dort von Stetigkeit der Politik des Reichs „unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit“ die Rede ist, so könnte man das vielleicht als eine hierhin gehörige Anspielung auffassen; aber die gewählten Worte sind so wiederholt, daß es nicht angebracht erscheint, daran Kombinationen zu knüpfen. Jedenfalls hat der Reichskanzler, indem er von dem Kaiser das Versprechen größerer persönlicher Reserve erhielt, erst einen Teil der Aufgabe gelöst, die das Reich von ihm erwartet. Vollig und dauernd befriedigend wird das Verhältnis sich erst allereits gestalten, wenn der Monarch und wenn die Reichsverwaltung ernsthaft die Durchführung und Verwirklichung des konstitutionellen Gedankens betreiben. Welcher Veränderungen der Gesetzgebung und Verwaltung es dazu bedarf, das haben wir neulich auseinandergesetzt: Dazu gehören eine faktische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, eine Vereinfachung der Kabinettspolitik durch Einziehung von Zivil-, Militär- und Marinekabinetten in den konstitutionellen Rahmen, Neuorganisation des auswärtigen Amtes, und zwar nicht etwa lediglich durch Vermehrung der Stellen, Heranziehung nur der Tüchtigsten und Fähigsten zu den höheren öffentlichen Ämtern ohne Rücksicht auf Konnexionen, auf Abstammung und auf Reichtum.“

Noch weit schädlicher ist die alljährliche „Voss. Ztg.“:

„Wenn aber Kanzler und Minister nicht Handlanger oder Werkzeuge sein wollen und sollen, nicht „Er. Majestät erste Schreiber“, wie sie sich unter Friedrich Wilhelm IV. gelegentlich nannten, so ist es ihre Aufgabe, die nötige Führung, wie haben mit der Vollvertretung, so drüben mit dem Monarchen zu unterhalten, sei es durch häufigen unmittelbaren Verkehr, sei es durch Vermittlung eines unbedingt zuverlässigen, verantwortlichen Vertrauensmannes, eines Ministers am kaiserlichen Hoflager, der im Auftrag des leitenden Staatsmannes bei allen Rundgebungen des Monarchen, bei allen seinen für die Öffentlichkeit bestimmten Handlungen mitwirkt. Dabei es höchst heilsam wäre, die amtlich ausgegebenen Hofberichte auf das notwendigste Maß zu beschränken, fast unabhängig das Volk weißhaftig über den Kaiser zu unterhalten. Es ist viel, sehr viel zu tun und zu ändern. Der Weg ist jetzt frei. Es wird sich zeigen, welche Taten den ersten Worten folgen werden. Der Kaiser hat dem vornehmlich kundgegebenen Volkswillen Gehör geschenkt. Was weiter gefordert werden muß, das die Nation vom Kanzler zu fordern.“

Die „Frankf. Ztg.“ fragt:

„Ist nun Bürgschaft für eine dauernde Besserung gegeben? Niemand kann darauf wohl eine bestimmte Antwort geben. Zu Sicherungen allein tun es nicht, es bedarf härterer Garantien, die nicht bloß in den Personen, sondern auch in den Einrichtungen liegen müssen. Eine Reform an Haupt und Gliedern tut not, eine innere Erneuerung, die sich auch auf das Volk mit erstreckt muß; eine Abkehr vom Organismus und Stärkung der politischen Selbstständigkeit, politische Reife, die nicht des Gängelns bedarf und sich auch nicht gänglich läßt. Einem Volke und einem Parlament gegenüber, das diese Stufe erreicht hat, das auf seinen Recht der selbständigen Mitbestimmung besteht, kann ein persönliches Regiment nicht mehr aufkommen und auch keine willkürlichen Minister finden; denn diese würden sich nicht einen Tag halten können. Es muß dahin gestrebt werden, daß Minister nicht einfach nach Raune von oben ernannt und entlassen werden, sondern daß auf das Parlament auch hierbei Rücksicht genommen wird. Die Ministerverantwortlichkeit in solcher Form, die Parlamentsbeteiligung auch an den Entscheidungen der auswärtigen Politik, das sind Forderungen, deren Erfüllung nun endlich in Angriff genommen werden muß. Das aber muß man vor allem festhalten, daß nur aus dem Volke heraus die Entwicklung kommen kann, die allein weitere Fortschritte und gesunde Verhältnisse für die Zukunft verbürgt.“

Das „Berl. Tagebl.“ ist etwas energischer:

„Das erhebliche Unbehagen, das auch nach der Erklärung des Reichsanzeigers“ noch bestehen bleibt, wird nicht nur diese Form erzeugt, sondern auch durch den unzureichenden Inhalt der Willensäußerung des Kaisers. Zunächst muß doch darauf hingewiesen werden, daß es mit der „Stetigkeit der Politik des Reiches“ allein nicht getan ist. . . .“

Vor allen Dingen muß man fragen, wo eigentlich in diesem ganzen Handel zwischen Kaiser und Kanzler der Reichstag bleibt. Er ist schließlich auch nach der Verfassung der nächste dazu, die Stetigkeit der Reichspolitik zu wahren. Wenn deshalb auch der Reichskanzler in seiner verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit gefaßt werden muß, so besteht doch diese Verantwortlichkeit in erster Reihe dem Volke und seiner erwählten Vertretung, dem Reichstage gegenüber. Deshalb ist es erforderlich, daß die Stetigkeit der Politik nicht nur durch den Kaiser und den Reichskanzler, sondern ebenso durch den Reichstag garantiert wird.

Die Personen kommen und gehen; das Reich und das Volk bleiben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die jetzigen Versprechungen eines Tages verfallen oder ignoriert werden könnten. Aber selbst wenn solche Eventualitäten nicht zu befürchten wären, so darf doch eine Verfassung nicht bloß auf bestimmte Personen zugeschnitten werden. . . . Jetzt ist im Volke allgemein die Notwendigkeit erkannt, die Verfassung durch die für Aushaltung der persönlichen Politik nötigen Garantien auszugestalten. Dieser Augenblick darf nicht verkannt werden. Die Erklärung des „Reichsanzeigers“ ändert an einer derartigen politischen Notwendigkeit nicht das geringste. Das Ziel dieser Garantien muß, um es kurz zu sagen, sein, dem Reichstage die Möglichkeit zu geben, bei der Ernennung und Verechtigung des verantwortlichen Reichskanzlers, oder noch besser eines verantwortlichen Reichsministeriums, mitzuwirken und schuldige Minister für ihre Verfehlungen zur Rechenschaft zu ziehen.“

Der Zentrumspreffe ist es weniger um Verfassungsgarantien, als um den Ehrtrieb Bülow's zu tun.

Die „Germania“ schreibt:

„Dane Zweifel wird es Pessimisten geben, die an eine nachhaltige Wirkung nicht glauben werden, weil der Kaiser seine Natur einmal nicht ändern könne. Diesen Pessimisten wollen wir uns nicht anschließen, sondern wir wollen Vertrauen zu unserem Kaiser haben. Wissen wir doch, daß er nicht nur einen guten, sondern auch einen starken Willen hat. Warum sollte es ihm damit nicht gelingen, das als recht Erkannnte durchzuführen und begangene Fehler zu vermeiden? Es ist aber auch Sache des Kanzlers, ihm bei der Durchführung seiner Absichten behilflich zu sein. Wenn der Kanzler sich seiner Verantwortung nicht bewußt ist, so ist es schließlich kein Wunder, wenn auch unverantwortliche Redner mitsprechen. Am Ende ist doch nicht bloß das Temperament des Kaisers allein an den vielbesagten Vorgängen schuld, sondern mindestens in gleichem Maße der Kanzler, der sich nicht durchzusetzen wagt.“

Und die „Allg. Ztg.“ meint zweifelnd:

„Besonders ist man zu der Erwartung berechtigt, daß über die dem Reichskanzler gemachten Vorschläge baldigst etwas Bestimmtes verlauten wird.“

Erst dann wird ersichtlich werden, ob in diesen Vorschlägen eine gewisse Bürgschaft dafür liegt, daß wir in Zukunft vor solchen peinlichen Ueberraschungen bewahrt bleiben. Die bis jetzt vorliegende Lösung der Krisis kann nur als eine vorläufige, besten Falles als eine vorbereitende betrachtet werden.“

Der Reichstag wird sich aufs neue mit der Sache zu beschäftigen haben, wenn die Anträge auf Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, vor allem der bezügliche Antrag des Zentrums, zur Beratung gelangen. Das wird in aller Kürze geschehen müssen. Dann ist auch der Augenblick da, wo deutlicher gemacht werden muß, was die Rundgebung im „Reichsanzeiger“ mit hinreichender Klarheit nicht erkennen läßt.“

Die weitest schärfste Kritik leistet sich das Zehntblatt, die „Rhein-Welt“, doch treibt dieses Blatt der rheinisch-westfälischen Großindustriellen weniger das Verlangen nach einer Vermehrung der Volksrechte, nach einer Stärkung des Reichstages zu seiner scharfen Kritik, als vielmehr die Wut über das durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ geschädigte Ansehen der deutschen Bourgeoisie im Auslande. Das Blatt richtet denn auch seine Ausführungen fast ausschließlich an die Adresse des Kaisers:

„Der Kaiser gibt der Stimme seines Volkes kein Gehör, er weist den Wunsch des Reichstages zurück, er beugt sich nicht der Aufforderung des Bundesrats, des preussischen Staatsministeriums und den Vorstellungen seines Reichskanzlers. „Unbeirrt“ wird er noch wie vor persönlich die Politik des Reiches leiten, in dem Bewußtsein, sie bisher erfolgreich und glänzend geführt zu haben. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“

Kaiser Wilhelm II. glaubt bekanntlich an eine besondere Mission, die ihm von der Vorsehung zugewiesen sei. Er traut sich die Fähigkeit zu, durch sein persönliches Erscheinen alle Schwierigkeiten zu lösen und alles zu seinen Gunsten zu wenden. Es ist bekannt, daß er in dem Wahn lebt, als Monarch von Gott besonders erleuchtet zu sein. Die Vorgänge der letzten Woche scheinen ihm in diesem Glauben nicht im geringsten erschüttert zu haben. Bei Jagdpartien und Bekehrung, unter Kadretgefangen und Sigworten ist ihm der Ernst der Lage nicht zum Bewußtsein gekommen. Es steigt in uns die Bange Furcht auf, daß er jenen Vorstellungen schon derart verfallen ist, daß ihm ein klarer Blick in die Wirklichkeit sehr erwünscht ist.

„Seine vornehmste Aufgabe“ will der Kaiser auch in Zukunft darin sehen: „Die Stetigkeit der Politik des Reiches zu sichern“. Dieses Wort klingt fast wie ein Hohn auf die Bewegungen der letzten Wochen. Es mag unter Parteipolitikern hier und da eine Meinungsverschiedenheit bestehen über einzelne Phasen der kaiserlichen Politik, aber darin sind sie alle einig, daß ihr besonderer Mißstand die Unstetigkeit war. Kein Plan, kein Gedanke der kaiserlichen Politik ist mit Stetigkeit, Beständigkeit und Zähigkeit durchgeführt worden. Was heute angebetet wurde, wurde morgen verbrannt.

Die kaiserliche Antwort stellt sich demnach als eine scharfe Abfrage dar an den Willen des Volkes, des Reichstages und des Bundesrats. Der Kaiser will sich mit diesen Faktoren nicht verständigen, sondern den Kampf gegen sie aufnehmen. Der Fehdehandschuh ist uns hingeworfen, er muß blutenden Herzen aufgenommen werden, denn es handelt sich um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches, es handelt sich um unsere wirtschaftlichen Interessen, um unser Ansehen in der Welt und um unsere Ehre. Wird der Kampf weiter geführt, dann wird die Frage praktisch werden, über die kein Politiker zweifelhaft sein kann: Was steht höher, der augenblickliche Träger der Krone oder die Herrscherfamilie, die Herrscherfamilie oder die Verfassungsform, die Verfassungsform oder das Volkstum? Wie gehen schweren Zeiten entgegen, fürchterliche Wirren stehen bevor, aber das Volk darf diesen Kampf nicht scheuen, wenn es endlich aus seiner jetzigen unerträglichen Lage herauskommen will.“

## An die Henker des Zaren ausgeliefert!

Die „Mannheimer Volksstimme“ schreibt: Die preussische Polizei steht im Begriffe, ein ungeheuerliches Attentat auf die Menschlichkeit auszuführen. Wir erfahren darüber zuverlässig folgendes: Anfangs Oktober wurde in Sterkrade, Regierungsbezirk Düsseldorf, ein mit einer Wadenserin verheirateter russischer Staatsangehöriger namens Maxim Gelschow verhaftet. Die Frau Gelschows erfuhr von der Verhaftung erst durch einen Brief, den der Gatte ihr aus dem Polizeigefängnis schrieb. Ueber die Gründe der Verhaftung wußte der Mann nichts mitzuteilen. Auf eine vom Schwager des Verhafteten, der in Mannheim wohnt, beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf gerichtete Anfrage ging am 5. November folgende Antwort ein:

Der Regierungspräsident.  
C. B. II. 573.

Düsseldorf, 4. Nov. 1908.  
Nach den amtlichen Ermittlungen ist als erwiesen anzusehen, daß der russische Staatsangehörige Maxim Gelschow Anhänger der anarchistischen Partei ist. Er wird daher ordnungsgemäß mittels Transportes über die russische Grenze abgeschoben werden, sobald seine russische Heimatsbehörde seine Identität anerkennt und seine Uebernahme zugesichert hat.

Die diesbezüglichen Verhandlungen sind bereits Mitte vorigen Monats eingeleitet worden. Bis zum Eingange der Uebernahmegerklärung wird Gelschow in Ausweisungshaft gehalten werden. Seine Entlassung aus derselben ist nicht angedacht.

J. V.: v. (Name unleserlich).

An X. X. in Mannheim.  
In diesem Schreiben wird also als einziger Grund der Verhaftung und Gefangenschaft Gelschows dessen angebliche Zugehörigkeit zur anarchistischen Partei bezeichnet. Kein Versuch, ihm irgendeine strafbare Handlung zur Last zu legen. Nicht einmal die Propaganda anarchistischer Lehren wird ihm zum Vorwurf gemacht. Die Gefinnung des Mannes, der uns als ein fleißiger Arbeiter und braver Familienvater geschildert wird, soll zum Anlaß genommen werden, ihn den Schergen des Zarismus ans Messer zu liefern. Dabei wird uns auf das bestimmteste versichert, daß die Behauptungen der Polizei, wonach Gelschow der anarchistischen Partei angehöre, nicht einmal richtig sind.

Im Namen der Menschlichkeit, im Namen der Würde des deutschen Volkes erheben wir Protest gegen das ungeheuerliche Vorgehen der preussischen Polizei und gegen ihre Absicht, einen Menschen, dem keine strafbare Handlung zur Last gelegt werden kann, der russischen Polizei in die Hände zu liefern. Diese Auslieferung ist bei den Gepflogenheiten der russischen Polizeidespote gleichbedeutend mit einer Vernichtung der Existenz dieses Menschen, ja vielmehr mit der Vernichtung eines Menschenlebens. Pflicht aller human empfindenden und freiheitlich gesinnten Menschen ist es, sich diesem Protest anzuschließen. Es ist endlich genug der Schmach, die die preussische Polizei über das deutsche Volk gebracht hat!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. November 1908.

### Landtagswahl in Lippe.

In einer außerordentlichen Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für das Fürstentum Lippe, die am Sonntag, den 15. November, in Lage stattfand, wurden die Kandidaten der dritten Klasse für die am Mittwoch, den 9. Dezember d. J., stattfindenden Wahlen zum Landtage aufgestellt. Die Regierung hat dem einstimmigen Beschlusse des Landtages, die Wahlen wegen der zurückstehenden Stigler erst für Januar auszuschreiben, zuwider gehandelt. Das

Fürstentum Lippe ist in sieben Landtagswahlkreise eingeteilt. Jeder Kreis wählt die Abgeordneten, und zwar je einen für die drei Klassen in geheimer Abstimmung. Unsere Partei hat erkläreweise nur Aussicht auf Erfolg in der dritten Klasse. Sie war in der letzten Session im Besitze dreier Mandate. Der bisherige Abgeordnete, Genosse Becker, erstattete den Bericht über die Tätigkeit der Fraktion im Landtage, wobei er namentlich das volkverräterische Verhalten der Vorrede des Herrn Dr. Neumann-Hofer, Reichstagsabgeordneter für Lippe kennzeichnete. Die Sitzung der liberalen Parteien aller Schattierungen vereinte unsere Partei noch mehr als bisher auf die eigene Kraft und Stärke allein. Die Genossen möchten deshalb mit allen ihren Kräften in den Wahlkampf treten. Vereinten waren 15 Orte durch 24 Delegierte, außerdem die Kreisleitung, das Agitationskomitee des Bezirks und die Redaktion der „Volkswacht“.

### „Quatschköpfe“.

Im April vorigen Jahres erzählte die „Kölnische Volkszeitung“ zum Beweise der Verächtlichkeit, die der Reichstag in gewissen Kreisen genießt, einen Vorgang in einem eleganten Restaurant in Berlin. Dort saß an einem Tische eine Gesellschaft, darunter ein Geheimrat und ein Major. Der Major brachte den Herren ein Abendblatt mit der Bemerkung, es stehe der Anfang der heutigen Reichstagsverhandlungen darin. Die Herren warfen einen Blick in das Blatt, legten es dann verächtlich beiseite, wobei der eine zum andern sagte: „Woh! uns gar nichts an. Was die Quatschköpfe sagen, der Kaiser macht ja doch, was er will!“

Nach dem jetzigen Verhalten der bürgerlichen Parteien werden der Herr Geheimrat und der Herr Major mit Genugtuung konstatieren, daß die Ereignisse ihr Urteil von damals in vollem Maße bestätigt haben.

### Der neue Chef des Militärkabinetts.

Zum Chef des Militärkabinetts Seiner Majestät des Kaisers ist der bisherige Kommandeur der 19. Division Vengralstmann-Freiherr von Lyncker ernannt worden.

### Eine Entlarbung.

Man schreibt uns aus Zürich vom 18. November: Unser hiesiges Parteiblatt, das „Volksrecht“, veröffentlicht die Entlarbung des preussischen Polizeispiegels Walter Gröwinski, der vor einiger Zeit nach Zürich gekommen war und sofort Anschluss an die Anarchisten gesucht und gefunden hatte. Bald darauf erhielt aber der Arbeiter, an den er sich zuerst gewandt hatte, von Berlin aus die Mitteilung, daß G. ein Polizeispiegel sei. In den Kreisen der Anarchisten gebärdete er sich als Agent provocateur, wurde aber, nachdem man durch jenen Brief über seinen wahren Charakter aufgeklärt worden war, überwacht. Davon scheint wieder die Berliner Polizei Kenntnis erlangt zu haben, denn der Berliner Polizeikommissar Koch warnte ihn telegraphisch vor der ihm drohenden Gefahr und empfahl ihm die Abreise. Er konnte aber noch zurückgehalten werden, bis er in einer Versammlung von etwa 25 Arbeitern öffentlich als preussischer Polizeispiegel entlarvt wurde. Gröwinski gab sodann diese seine Rolle auch zu und beichtete, daß die Berliner politische Polizei seine Kollage benutzt habe, um ihn in ihren Dienst zu zwingen! In der Schweiz sollte er die deutschen Anarchisten beispielem, was er auch getan hat, während eine Verbindung mit der schweizerischen Polizei nicht gewünscht wurde. In seinem ersten Bericht habe er über zwei schweizerische Sozialisten Angaben gemacht!

Unter seinen Papieren fanden sich neben anarchistischen Schriften auch solche mit christlicher Tendenz und Heiligenbilder. Als Sekretär eines polnisch-katholischen Vereins war er zugleich Mitglied einer anarchistischen Verbindung und als Polizeispiegel bettelte er Sozialdemokraten um milde Gaben an. Auf dem Konzept zu einem Telegramm steht der Name des Polizeikommissars Hermann, v. Abteilung der politischen Polizei in Berlin.

Die Entlarbung des preussischen Polizeispiegels Gröwinski in Zürich ist ein „neuer Erfolg“ der genialen äußeren und inneren Politik des deutschen Regierungssystems, das in seinem Zulammenbrüche eine Weltblamage an die andere reißt. Wieviel Not unter den zahlreichen Arbeitslosen könnte man mildern mit den Riesensummen von Sündengeldern, die ein unfähiges und bankrottetes Regime nur für Polizeispizelei ausgibt.

### Afrika-Peters will sei' Ruh' hab'n.

Aus München wird telegraphisch gemeldet: Peters hat die in Nizdorf gegen den „Vorwärts“ (gegen unseren Redakteur Genossen Vermuth. Die Red.) angestregte Klage zurückgezogen, angeblich wegen der unmotivierten Terminverlegungen. In einer vielleicht erst zwei Jahre nach der Klagestellung stattfindenden Verhandlung könne er eine angemessene Sühne und Genugtuung nicht erblicken.

Die Motivierung des Schrittes ist äußerst fadenscheinig. Bekanntlich hat Herr Peters auch die Verurteilung gegen das Urteil in seinem Prozeß wider die „Münchener Post“ zurückgezogen. Die neuen Zeugen der „Münchener Post“, die diese für die Verurteilung angemeldet hat, scheinen ihm nicht zu gefallen. Da der Prozeß des „Vorwärts“ jedenfalls erst nach dem Münchener Prozeß stattgefunden hätte, so wird wahrscheinlich die Münchener Verurteilung die Erklärung für die merkwürdige Friedensliebe des Herrn Peters geben.

### Gesellschaftssteuer und Konsumvereine.

Die dem Hamburger Zentralverbande angehörenden Konsumvereine Mittel- und Nieder-Schlesiens, 14 an der Zahl, haben auf einer in Liegnitz abgehaltenen Konferenz eine Protestresolution gegen die geplante Gesellschaftssteuer einstimmig angenommen und die ersten Vorbereitungen für eine energische Abwehraktion betraut. Vorher hatte Justizrat Steinschneider in Berlin in einem Referate dargelegt, daß von der Steuer in erster Linie die mittleren und kleinen Konsumvereine betroffen werden würden und daß diese eine Verdoppelung, wenn nicht gar Verdreifachung ihrer Steuerlasten zu befürchten hätten.

### Protest gegen die Steuerpländerung.

Neun Protestversammlungen, die sämtlich überfüllt waren, nahmen am Mittwoch in Köln und Vororten Stellung zu den neuen Steuerplänen der Reichsregierung. Einen solchen Jubel, wie er bei diesen Versammlungen zu beobachten war, hat man in Köln selten erlebt, zumal nicht bei einer so großen Zahl am gleichen Tage einberufener Versammlungen. Die Redner fanden demonstrativen Beifall. Einstimmig wurde in allen Versammlungen eine Resolution angenommen, die die Reichsschuldenwirtschaft als das notwendige Ergebnis der absolutistischen volksfeindlichen Politik bezeichnet, deren Gefahren dem Volke in den letzten Wochen mit so erschreckender Deutlichkeit offenbar geworden seien. Die Versammlungen protestierten entschieden gegen die erneut beabsichtigte Ausdehnung indirekter Steuern und sie forderten:

1. eine vom Geiste der Volkswohlfahrt getragene, vom Volk gebilligte Politik nach außen und nach innen;

2. eine dem Volke auch im juristischen Sinne verantwortliche Leitung dieser Politik;

3. Abschaffung aller die Interessen der minderbemittelten Volksschichten so schwer schädigenden indirekten Steuern und Zölle

4. Einführung einer kausalen, auf den tatsächlichen Reichtum und Vermögenssteuer sowie zweckmäßigen Ausbau der Erbschaftsteuer.

### Ein gefährlicher Schmod entlarvt.

Die fortgesetzten Hezereien der „börnenmen“ „Schleisschen Zeitung“ in Breslau gegen unsere Partei, die Gewerkschaften, Arbeitergenossenschaften und sozialdemokratischen Anwaltschaften, vorstände stammen in der Hauptsache aus der Feder eines gewissen Wänters, der die Sozialisteneitung gegen ein Forum von fünf-tausend Mark jährlich betreibt. Wie sich nun durch einen Zufall herausgestellt hat, kann der Herr für gutes Geld auch schreiben links; er gehört zu den Mitarbeitern der — „Frankfurter Zeitung“. Durch den Druckfehler ist der Schmod entlarvt worden. Am Sonntag schickte er einen telegraphischen Bericht über die nationalliberale Versammlung nach Frankfurt, die zur Bölow-Krise Stellung genommen hatte. Durch ein Versehen der Redaktion kam dann der Name Wänters statt des Ortes Breslau an die Spitze des Berichtes.

### Arbeiterentlassungen.

Nach einem Telegramm aus Stuttgart hat die Generaldirektion der Staatseisenbahnen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, an die Dienststellen eine Verfügung erlassen, nach der Arbeitern, denen infolge Verkehrsdrückung, Ausfallens von Hügen oder aus ähnlichen Gründen gekündigt werden muß, womöglich Gelegenheit geboten werden soll, in anderen Dienststellen unterzukommen.

### August Jungfer.

Liegnitz, 19. November. Der ehemalige freisinnige Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Liegnitz-Goldberg-Gahnau, August Jungfer, ist heute im Alter von 64 Jahren gestorben.

### Militärjustiz.

Ein ausgerückter Regimentschreiber. Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 19. November: Der Unteroffizier und Regimentschreiber Katz vom Kürassierregiment in Halberstadt war mit seinem Kommandeur Freiherrn v. Schumann in Differenzen geraten, da letzterer ihn erklärt hätte, er könne ihn nicht mehr gebrauchen. Katz nahm sich den Vorwurf demütig zu Herzen, daß er nach Belgien floh und sich dort 6 Jahre aufhielt. Obwohl er damals nur noch 17 Tage zu dienen hatte und der Kommandeur ihm in aller Form „Reiterabend“ gab, beantragte der Ankläger eine Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten und Verurteilung in die 2. Klasse des Soldatenstandes. Der Herr Kommandeur, über den sich der Unteroffizier bitter beklagte, wurde unter Ausfluß der Dessenlichkeit vernommen — aus militärdienstlichen Gründen. Katz wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und degradiert.

### Die Balkankrise.

#### Montenegrinische Drohungen.

Wien, 18. November. Aus Cattaro melden die in Prag erscheinenden „Narodni Listi“: Die Montenegriner sind zum Kriege vorbereitet. Die Verbindungen mit Cattaro sind seit zwei Tagen unterbrochen. Auf dem an der Grenze befindlichen hohen Berge Lovitischen, welcher die Bucht von Cattaro beherrscht, haben die Montenegriner Geschütze schwerster Kaliber aufgestellt, deren Mündungen gegen Cattaro und die umliegenden österreichischen Forts gerichtet sind. Aus Cattaro sind bereits die Familien der Offiziere und Beamten ausgezogen. Die militärischen und administrativen Archive sind weggeschafft. Die katholischen Kirchen in Cattaro haben ihre Schätze anderen katholischen Kirchen in Dalmatien zur Aufbewahrung übergeben. Die Montenegriner kommen nicht mehr auf den Markt nach Cattaro. Weiter berichten die „Narodni Listi“ aus Cattaro: Der Dugavah, welcher den Eingang aus der Herzegovina nach Montenegro bildet, ist stark besetzt; zu dessen Schutz stehen in Niksic 8000 Montenegriner bereit. Die telegraphische Verbindung mit Cetinje, welche das österreichische Telegraphenamt in Cattaro vermittelt, ist unterbrochen.

Hierzu sagt die „Neue Freie Presse“ folgendes: Von authentischer Seite wird die Richtigkeit dieser Meldungen aus Cattaro bestätigt, es wird jedoch hinzugefügt, daß diese Tatsachen schon einige Zeit an den offiziellen Stellen bekannt sind und dem politischen Tatbestand nichts Neues hinzufügen. Die politische Lage wird trotz dieser Vorgänge an der Grenze hier jedoch ruhig beurteilt.

#### Weitere Rüstungsmeldungen.

Wien, 19. November. Nach telegraphischen Meldungen aus Cetinje hält dort die kriegerische Stimmung an. Alt und Jung rüstet, weil der Krieg für unvermeidlich gehalten wird. In Antivari werden große Vorräte von Munition und Proviant angefahren.

Belgrad, 19. November. Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Königs im königlichen Palais ein Kriegsrat statt. An demselben nahmen der Kronprinz sowie sämtliche Generale und Regimentskommandeure der in Belgrad stationierten Truppen teil. Die Zufuhr von Kriegsmaterial hält an. Wie die Blätter melden, stehen 30 000 Mann freiwillige vollständig kriegsmäßig ausgerüstet bereit, um auf das erste gegebene Zeichen in Bosnien und der Herzegovina einzufallen. Dieselben sollen in 20 Bänden eingeteilt werden.

#### Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen.

Sofia, 19. November. Die Kölnische Zeitung meldet aus Konstantinopel vom 18. d. M.: Seit Ankunft der bulgarischen Vertreter nahmen die Verhandlungen mit der Orientbahn einen schnelleren Verlauf. Heute ist ein Protokoll unterzeichnet worden, durch das Bulgarien und die Orientbahn sich auf einen zu kapitalisierenden Neitvertrag für das ostrumelische Bahnsüd einigen.

#### Kein Balkanbündnis.

Konstantinopel, 18. November. Der Großwesir erklärt die Gerüchte über eine türkisch-serbisch-montenegrinische Entente gegen Oesterreich-Ungarn für unbegründet.

### England.

#### Die Arbeitslosigkeit.

London, 17. November. (Fig. Ver.) — Gestern erschienene „Labour Gazette“ gibt die Lage des Arbeitsmarktes zu Ende Oktober. Es berichteten 257 Gewerkschaften, die 59 053 Mitglieder haben; davon waren 56 200 oder 95 Proz. arbeitslos. An Lohnänderungen waren 72 000 Arbeiter beteiligt; davon erhielten 65 000 eine Lohnherabsetzung; das Gesamtergebnis der Lohnänderungen war eine Lohnabnahme von 30 000 M. pro Woche.

## Die Ergebnisse der Gemeindevahlen.

London, 13. November. (Fig. Ver.) Der „Labour Leader“ vom 13. d. M. enthält eine gute Zusammenfassung der Ergebnisse der vor zwei Wochen in England, Wales und Schottland abgehaltenen Gemeindevahlen. Das Gesamtergebnis ist für die britische Arbeiterbewegung nicht günstig. Es kandidierten: 210 Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei (gewählt wurden 63); Gewerkschafter 103 (gewählt 25); Sozialdemokraten 84 (gewählt 13); andere Sozialisten 24 (gewählt 3).

Insgesamt kandidierten 421 sozialistische und gewerkschaftliche Mitglieder; davon waren 104 erfolgreich; neu erobert wurden 45 Mandate, verloren wurden 78; Reinerlust 33. Die Gesamtzahl der auf die sozialistischen und gewerkschaftlichen Kandidaten entfallenen Stimmen beläuft sich auf 27 900.

### Sozialistenörter.

London, 16. November. (Fig. Ver.) Als ein Zeugnis für das Wachsen des Sozialismus in England darf die Gründung eines antifaschistischen Verbandes gelten, die vor kurzer Zeit in London vorgenommen wurde. Der Verband teilt dem Publikum mit, daß die Sozialisten etwa 2000 Versammlungen wöchentlich im Lande abhalten. Die britischen Sozialisten geben jährlich für Propaganda und Organisation beinahe eine Viertel Million Pfund Sterling aus. Der antifaschistische Verband hat in London eine Schule eingerichtet, um Redner heranzubilden und Schriften herauszugeben, die dem Sozialismus entgegenarbeiten könnten. Der Verband erregt sich der Emsst mehrerer Lords und Mitglieder des Parlaments.

### Frankreich.

#### Die Todesstrafe.

Paris, 18. November. Die Deputiertenkammer schloß in ihrer Nachmittags-Sitzung die Verhandlungen über die Todesstrafe fort. Puch, der Präsident der Kommission für Justizreform, verurteilte die von Briand gegen die Aufrechterhaltung der Todesstrafe vorgebrachten Gründe zu widerlegen. Briand seinerseits trat dieser Auslegung entgegen. Jaurès bekämpfte gleichfalls die Ausführungen Puchs. Hierauf wurde die Generaldiskussion geschlossen und die Beratung der einzelnen Artikel auf den 2. Dezember vertagt.

### Persien.

#### Ein Erfolg der Revolutionäre.

Täbris, 17. November. Die Revolutionäre haben Min ed Dauleh von jeglicher Verbindung mit der Stadt abgeschnitten.

#### Der widerspenstige Schah.

London, 18. November. Nach einer Blättermeldung aus Teheran ist die Antwort des Schahs auf die letzten englischen russischen Vorstellungen unbefriedigend. Der Schah erklärt, daß er konstitutionellen Tendenzen geneigt sei, daß aber zu seinem Bedauern die Nation antikonstitutionelle Gesinnungen habe.

### China.

#### Der Thronwechsel.

Peking, 17. November. Es herrscht hier völlige Ruhe. Die in den Straßen patrouillierenden Gendarmen und Wachen sind stark verringert worden. Die Räte kündigten den kaiserlichen Prinzen an, daß die Regentenschaft eine endgültige sei, und daß man jedem Widerstand unverzüglich mit den erforderlichen Mitteln entgegenzutreten und ihn bestrafen würde. Viertausend Soldaten werden im Palast der Kaiserin-Witwe in Bereitschaft gehalten. Der Sieg des unter dem neuen Regime stark vertretenen Reformelementes kennzeichnet die Organisationen der Randpartei. Man ist der Ansicht, daß der Einfluß dieser Partei gefährdet ist. In den Provinzen wurde die Nachricht von der Einsetzung der Regentenschaft mit Ruhe aufgenommen.

#### Das Reformprogramm.

Peking, 18. November. Eine Reihe von Edikten ist heute erlassen worden. Unter anderem wird eine strenge Bemachung der Verbote der Stadt angeordnet; ein zweites Edikt kündigt an, die Aera des neuen Kaisers werde den Namen Hsuan Tung führen. Dieser Name wird dahin ausgelegt, daß die Einheit der Nation und die Durchführung der Reformen das Programm des Thrones sei. Ein drittes Edikt setzt den Titel nach dem Tode für den verstorbenen Kaiser und die Anerkennung seiner Verdienste fest und verbreitet sich über das Reformprogramm, wozu Kwanghsü Abschiedsbedeut den Thron verpflichtet habe.

#### Andauernde Ruhe.

Peking, 18. November. Die 14 Bankhäuser, die vor einigen Tagen geschlossen hatten, haben heute wieder geöffnet und mit der Auszahlung begonnen. Die Mittel dazu wurden ihnen von der Regierung zur Verfügung gestellt, um ihnen über die Panik hinwegzuhelfen. Diese Zahlungen sollen fünf Tage lang fortgesetzt werden.

In Peking herrscht vollkommene Ruhe; es werden auch keine Ruhestörungen erwartet. Zehntausend nach ausländischem Muster ausgebildete Soldaten halten die Ordnung aufrecht. Sie verhalten sich freundlich gegen die Fremden. Wäher sind Änderungen irgend welcher Art offiziell nicht bekannt gemacht geworden.

### Indien.

#### Die Unabhängigkeitsbewegung.

London, 16. November. (Fig. Ver.) Die Hindu halten Wort. Auf das Manifest Edwards VII. antworteten sie mit den Worten: „Wir werden uns durch schöne Worte nicht mehr betrügen lassen.“ Seitdem sind in Nordindien mehrere Attentate und englisch-indische Demonstrationen vorgekommen. Ein Student schoß in einer öffentlichen Versammlung auf den Vizegouverneur von Bengalen, ohne ihn indes zu töten. Bald darauf wurde ein Polizist erschossen. Noch charakteristischer war folgender Vorfall: In einem Attentatsprozesse in Alipurn gegen mehrere Studenten, wurde einer von ihnen namens Gossain zum Verräter. Unter dem Vorwande eines Besuches kam zu ihm ein anderer Student namens Kanai und schoß ihn im Gefängnis nieder. Kanai wurde gefangen genommen und in Kalkutta zum Tode verurteilt. Nach der Hinrichtung wurde die Leiche seinen Verwandten zur Bestattung ausgeliefert. Der Leichenzug und die Verbrennung Kanais gestalteten sich zu einer impotanten nationalen Demonstration, bei der sich besonders die Frauen auszeichneten. Die Leiche wurde mit Lorbeerkränzen geschmückt, der Zug mit zahllosen Blumensträußen bedeckt und die Verbrennung wurde von Zeremonien begleitet, die sonst nur den Großen des Landes gewährt werden. Kanais Name soll durch die Aufstellung eines Marmorblocks verewigt werden.

#### Die Solidarität des Islams.

Kahere, 19. November. Die einheimische mohammedanische Presse empfiehlt der islamitischen Welt, Sympathieausdrückungen für die Türkei zu veranstalten und öftereichlich

ungarische Waren zu boykottieren. Sie richtet zugleich an die mohammedanischen Importeure in Bombay und Kalkutta die Aufforderung, sich der Bewegung anzuschließen.

### Marokko.

#### Die verführten Brüder.

London, 18. November. Wie ein hiesiges Blatt aus Tanger meldet, ist zwischen Mulah Hafid und Abdul Afis eine Verständigung dahingehend erzielt worden, daß Abdul Afis sein Privateigentum zurückerhält, daß ihm eine Pension von sieben-tausend Pfund Sterling zugebilligt und als Wohnsitz Tanger angewiesen worden ist.

## Gewerkschaftliches.

#### Ein christlicher „Sieg“.

In der Wundfadenfabrik zu Schrehheim kam es vor kurzem zu einem Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Mit der größten Rücksichtslosigkeit ging die Betriebsleitung gegen ihre Lohnsklaven vor. Die Arbeiter waren christlich organisiert. Der Kampf endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Christen aber logen die Niederlage in einen Sieg um. In der ganzen bayerischen Presse wurde der große „Sieg“ verkündet. Jetzt veröffentlicht nun die Firma in der „N. A. Z.“ eine Berichtigung und das Protokoll über den Friedensschluß, wie es mit den christlichen Führern festgestellt wurde. In der Berichtigung heißt es:

1. Die Gemahregeln mußten nicht wieder eingeführt werden, sondern es wurden von uns entgegenkommend nur zwei von vier aufgenommen.

2. Von den noch dagewesenen 180 Ausgesperrten wurden nur 119, nicht 130, und zwar nur nach Bedarf und nach den Dienstjahren eingestellt. Diese 119 wurden nicht von der Organisationsleitung bestimmt, sondern es wurde dieser nur die Vorlage einer Liste der noch amwesenden Arbeiter zugehoben, die Auswahl aber selbstverständlich von uns selbst getroffen.

3. Wir haben in der Sache bisher noch gar nichts berichtet, werden aber, nachdem Ihr Blatt und verschiedene andere Zeitungen von einem Siege der Arbeiterchaft sprachen, den Wortlaut des Vertrages mit den organisierten Arbeitern heute veröffentlicht, damit das Publikum sich selbst ein Urteil darüber bilden kann, was für einen Sieg die christliche Organisation in dem Kampfe mit unserer Fabrik errungen hat.

Das Protokoll ergibt, daß irgendwelche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht erreicht wurden. Im Interesse der Arbeiter ist das zu bedauern. Aber die christliche Organisation hat sich in geradezu schändlicher Weise prostituiert. Statt den Kampf, wie das oft vorkommen kann, bedingungslos abzubrechen, ist sie Bedingungen eingegangen, die die gesamte Textilarbeiterchaft Bayerns zu schädigen geeignet sind. Nach dem Vertrag

„wird nur noch ein Teil der ausgesperrten Arbeiter Beschäftigung finden können, und zwar zunächst bestimmt nur 60 bis 70 und falls der Zugang der bereits unterwegs befindlichen ungarischen Arbeiter aufgehoben werden kann, vielleicht weitere 50 bis 60.“

Die Direktion erklärt sich bereit, diesen Transport ungarischer Arbeiter zu stiften, wogegen sich die Organisation bereit erklärt, alle der Direktion hieraus bereits erwachsenen und etwa noch weiter erwachsenden Kosten einschließlich der Vermittlungs- und Untersuchungsgebühren zu übernehmen.

Sodann heißt es unter Punkt 7: „Die Organisation verpflichtet sich gelegentlich der Besprechung der heutigen Verhandlung in der Presse zum Ausdruck zu bringen, daß im vorausgegangenen Kampfe Uebertreibungen und Unrichtigkeiten unterlaufen sein mögen, welche von ihrer Seite mißbilligt werden und besser unterlassen wären.“

Es dürfte schwerlich jemals eine Arbeiterorganisation einen solchen Vertrag abgeschlossen haben. Es wäre noch entschuldlicher, wenn irgendwelche Vorteile für die kämpfenden Arbeiter dadurch erkauft worden wären. Aber der Vertrag wurde eingegangen, lediglich um den Kampf ohne jedes Zugeständnis der Firma zu beenden. Deshalb übernahm die christliche Textilarbeiterorganisation die Kosten des Transports, der Vermittlung und Unterjuchung der Streikbrecher. Deshalb sollen die Arbeiter öffentlich der Uebertreibung bezichtigt werden — durch ihre eigene Organisation. Gerade die Ursachen dieses Kampfes und das Vorgehen der Betriebsleitung gegen die Arbeiter hätte den Schluß nahegelegt, die Rücksichtslosigkeit dieser zu geißeln. So führt die Harmoniebücherei notwendig die „Christen“ zur Verleumdung der Arbeiterchre. Die christliche Organisationsleitung mag mittlerweile auch das Schändliche ihres Tuns eingesehen haben. In Nr. 256 des „Donauboten“ erklärt die Firma folgende Erklärung:

„Nach Mitteilung des kgl. Bezirksamtes in Dillingen weigert sich die christliche Organisation, die Ziffer VII des Uebereinkommens vom 13. Oktober d. J., wonach die Organisation bei Besprechung desselben erklären soll, daß in dem vorausgegangenen Kampfe Uebertreibungen und Unrichtigkeiten unterlaufen sein mögen, welche von ihrer Seite mißbilligt werden und besser unterlassen wären, zu erfüllen.“

Wir überlassen es dem sich für die Sache interessierenden Publikum, sich selbst ein Urteil über die Vertragstreue der Organisation zu bilden.

Schrehheim, 7. November 1908.  
Nach: Wundfadenfabrik Schrehheim.  
Eine treffliche Illustration zu den christlichen „Siegen“.

#### Berlin und Umgegend.

Die Vereinigung der Steinarbeitergruppen. Der Zentralverband der Steinarbeiter, Filiale II, hatte am Mittwoch vormittag eine Mitgliederversammlung nach dem „Gewerkschaftshaus“ einberufen. Die Versammlung der beiden Filialen und die Anstellung eines Beamten als Geschäftsleiter stand zur Beratung. Der Vorsitzende Baumgarten erklärte, daß die Frage einer Verschmelzung genügend erörtert worden ist und fast allgemeiner Zustimmung begegnet. Dagegen wird noch einige Opposition gegen die Anstellung eines Beamten laut. Baumgarten legte nun eine Berechnung über die Mitgliederzahlen der beiden Filialen und über die Entschädigung, die dem Beamten zu zahlen sei, vor und stellte die Vorlage zur Diskussion. Einzelne Redner brachten Bedenken vor, indem ihnen die Mitgliederzahl von etwa 750 als zu klein erschien, um einen besoldeten Beamten zu erhalten. Andere aber verteidigten mit Eifer die Notwendigkeit eines Beamten, damit die Organisation Fortschritte machen könne; sie versprachen sich gerade eine Erhöhung der Mitgliederzahl durch die Tätigkeit eines Beamten, der den Unternehmern als unabhängiger Mann gegenüberstehen könne. Die Vereinigung der beiden Gruppen hätte gar keine Bedeutung, wenn man keinen Geschäftsleiter anstellen wolle. Eine geheime Abstimmung erfolgte. 62 Jettel wurden abgegeben. Für die Verschmelzung der Filialen stimmten 63, dagegen 9. Für die Anstellung eines Beamten stimmten 49, dagegen 9. Somit ist die Vereinigung und die Anstellung eines Beamten von der Filiale II beschlossen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Lehren des letzten Streiks, wurde verlegt. Der Vorsitzende machte unter anderem dann noch auf die Gewerbegerichtswahlen aufmerksam und forderte zu harter Beteiligung auf.

Mißstände in den Betrieben der englischen Gasanstalt wurden am Montag in einer Versammlung von Arbeitern der englischen Gasgesellschaft besprochen. Unter Anführung einer großen Zahl von Einzelfällen zeigte der Referent Polemische, daß die Zustände, welche zurzeit in den verschiedenen Abteilungen der englischen Gasanstalt herrschen, für die Arbeiter im höchsten Grade drückend sind. Unter anderem führte der Referent aus, die Verbesserungen und die Rechte, welche die Arbeiter im Jahre 1903 errungen haben, würden ihnen jetzt nach und nach wieder genommen. Der Arbeiterrat wurde von der Betriebsleitung so wenig beachtet und seine Beschwerden in einer Weise erledigt, daß man sagen könne, der Ausschuss sei nur nach dem, was den Arbeitern die Ablehnung ihrer Beschwerden zu übermitteln. Willkürliche Entlassungen seien an der Tagesordnung, sie erfolgen entgegen den Bestimmungen der Arbeitsordnung und im Widerspruch zu den öfter abgegebenen Versicherungen der Direktion. Besonders würden solche Arbeiter entlassen, die für die Interessen ihrer Kollegen oder für die Organisation eintraten. Als Grund der Entlassung werde leicht irgendein kleines Versehen des betreffenden Arbeiters heraufgefunden. Obgleich die Arbeitsordnung für derartige Versehen nur einen Verweis vorsieht und erst nach dem Verweise die Entlassung in Aussicht stellt, seien Entlassungen erfolgt, ohne daß auch nur ein Verweis vorausgegangen war. Durch derartige willkürliche Maßnahmen, die von bestimmten Vorgesetzten ausgehen, würden die früher errungenen Sicherungen gegen das persönliche Regiment der Vorgesetzten aufs Spiel gesetzt. Hand in Hand mit diesen Willkürlichkeiten gehe eine Ausbeutung der Arbeitskraft, besonders im Gaswerk Mariendorf, die als ungeheuerlich bezeichnet werden müsse. Auch über rigorose Behandlung der Arbeiter wird viel geklagt. Es wurde jedoch betont, daß sich diese Vorwürfe nicht gegen alle, sondern nur gegen gewisse Vorgesetzte richten. Besonders wurde über die Behandlung der Arbeiter durch den Inspektor Keschlopf geklagt. — Näher dem Referenten trugen noch mehrere Redner durch Besprechung von Einzelfällen zur Illustration der erwähnten Verhältnisse bei. Schließlich wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, am 18. November 1908 im „Hofjägerpalast“, Hafenside 52/53, zahlreich versammelten Arbeiter und Handwerker der Englischen Gasanstalt Berlin und Umgegend protestieren auf das schärfste gegen die seitens einzelner Betriebsleitungen und unterer Vorgesetzten beliebte Mißachtung der Arbeiterratsausschüsse und der Bestimmungen der Arbeitsordnung.

Durch die Behandlung der Anträge der Arbeiterratsausschüsse, über die von der Direktion entschieden wird, ohne den Mitgliedern der Ausschüsse Gelegenheit zu geben, sich vorher zu den Anträgen zu äußern, wird die nachherige Verhandlung zu einer Farce und die Ausschüsse selbst zu einer bloßen Dekoration.

Die Bestimmung eines Subalternebeamten des Aufsenbetriebes, wonach sich ohne dessen Genehmigung die Mitglieder des Arbeiterrats nicht an den Vorständen wenden dürfen, stempelt den Ausschuss zu voller Bedeutungslosigkeit.

Die Versammelten erklären, daß sie bisher stets bestraft worden, durch die Arbeiterratsausschüsse mit der Direktion ein zufriedeneres Arbeitsverhältnis zu erzielen; sie haben aber bei einem weiteren Fortbestehen ihrer Beschwerden keinerlei Interesse an dem weiteren Fortbestehen dieser Institution.

Die Versammelten wenden sich ferner gegen die in letzter Zeit erfolgten Entlassungen im Aufsenbetrieb und im Gaswerk Obersee. Die Entlassungen sind erfolgt im Gegensatz zu den Bestimmungen der Arbeitsordnung und wiederholten Erklärungen des Herrn Direktors Rudolph in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeiterratsausschusses.

Die Versammelten beauftragen die Ortsleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, diese Resolution der Generaldirektion zu übermitteln.

#### Die fehlende Kull.

In unserer Dienstnummer brachten wir einen Artikel: „Die Krise und der Deutsche Metallarbeiterverband“. Der Druckfehlerverfasser hat nun in dieser Notiz heimlich die Kull vermindert. In Arbeitlosentwertung wurden in Berlin für die ersten drei Quartale nicht 70 113,80 M., sondern erheblich mehr, nämlich 70 113,80 M. gezahlt. Soweit unsere Leser den Fehler nicht schon selbst bemerkt haben, wollen sie freundlichst von der Berichtigung Notiz nehmen.

Achtung, Töpler! Die Firma Unifug führt in der Islandstraße einen Bau aus. Dieselbe zieht pro Stück 1,50 M. vom Tarif ab und beschäftigt Hirche und Unorganisierte. Die Firma ist somit als gesperrt zu betrachten.

#### Die Verbandsleitung.

Achtung, Zuschnider! Wir machen darauf aufmerksam, daß in Berlin unter Deckadresse Zuschnider für die Firma Dorndorf-Breslau gesucht werden. Da sich die Kollegen wegen Lohn-differenzen im Streit befinden, ersuchen wir, Arbeitsangebote dorthin nicht anzunehmen.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

#### Ausland.

Generalstreik der Schneider in der Schweiz. Der schweizerische Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat in schlechter Nachahmung seines deutschen Gruberverbandes die Aus-sperrung sämtlicher organisierter Schneidergehilfen vom 1. Dezember ab beschlossen, wenn bis dahin der Konflikt im Schneidergewerbe in Davos nicht beendet sei oder die Gehilfen ihren Austritt aus dem Verbands erklärt haben. Also auf die Vernichtung der Gewerkschaft ist es abgesehen, ein wahrer Plan, an dessen Gelingen nur alberne Spießbürger glauben können. Der Kampf in Davos dauert schon seit 15. April 1907, er ist eigentlich nur noch ein latenter, da weder Streik noch Sperre mehr besteht. Die streitige Forderung betrifft die Abschaffung der Stückerarbeit und die Einführung des Tagelohnes. Das Vorgehen der Schneidemeister ist durchaus unerschwerlich und daher in höchstem Maße frivol.

#### Norwegische Studenten als Streikbrecher.

Der Umstand, daß einige Studenten bei dem Hafnarbeiterstreik in Kristiania als Streikbrecher arbeiten, hat im Studentenbund eine lange und lebhaft Auseinandersetzung hervorgerufen. Es war ein Antrag gestellt, wonach der Bund gegen die Streikbrecherei protestieren sollte. Der Vorsitzende schlug jedoch vor, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, da es sich um eine Sache handele, die den Studentenbund nichts angehe, und sein Vorschlag siegte schließlich mit 218 gegen 112 Stimmen. Zwei Vorstandsmitglieder, Rechtsanwalt Sonnenbe und Student Vognsen, haben dieses Beschlusses wegen ihre Ämter niedergelegt. Es wird nun wahrscheinlich zur Gründung einer neuen Studentenvereini-gung kommen, die keine Streikbrecher in ihren Reihen duldet.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Protest gegen die Inzeratensteuer.

Berlin, 19. November. (D. S.) Der Verein deutscher Redakteure hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Petition gegen die Inzeratensteuer an den Reichstag zu senden mit der Begründung, daß diese Anzeigensteuer für den Stand der Redakteure in materieller wie sittlicher Beziehung die größten Gefahren in sich schließt. Die Anzeigensteuer sei grundsätzlich verwerflich und technisch unburhsam; sie bedrohe besonders kleine und mittlere Blätter und deren Redakteure in ihrer Existenz. Sie bringe in sittlicher Beziehung die Gefahr, daß die Redakteure verleitet werden könnten, zur Umgehung der Anzeigensteuer Anzeigen und Reklamen in redaktionellen Teil der Blätter aufzunehmen. Ein solches Vorgehen müsse zur Korruption der Presse führen und Ehre und Ansehen der deutschen Redakteure untergraben.

Reichstag.

168. Sitzung vom Donnerstag, den 19. November, nachmittags 1 Uhr.

Gaus und Tribünen sind stark besetzt.

Am Bundesratsische: Fürst Bülow, Sydow, v. Loebell, von Bethmann-Hollweg, Dernburg, von Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der

Reichsfinanzreform.

Reichskanzler Fürst Bülow:

Wir stehen vor einem schwierigen Problem. Wird es gelingen, das Reich auf eine dauernde, feste und dauernd gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen? Oder wird es ein überaus lästiger Kostgänger der Einzelstaaten bleiben? Wird der Kurs unserer Anleihen weiter sinken, und wird es, zur Sorge jedes Patrioten und zur Schadenfreude des Auslandes, bei der bisherigen Schuldenwirtschaft bleiben?

Die Gründung des Reiches war nicht der Bau eines bis ins kleinste eingerichteten Hauses. Staatliche Organisationen entstehen nicht über Nacht, sondern sind das Werk von Jahrhunderten. Die Gründung des Reiches war die Grundsteinlegung; an der inneren Einrichtung des Hauses bauen wir heute noch. Als das Reich gegründet war, galt es zunächst, der Arbeit, die kommen sollte, die ungestörte Ruhe zu sichern. Darum waren im neuen Reich die militärischen und auswärtigen Fragen zunächst das Wichtigste. Das junge Reich konnte seinen Blick nicht von Frankreich wenden, das sich mit seltener Elastizität von den Schlägen des Krieges erholt hatte. Unsere Wehrkraft mußte ausgebaut werden, zumal da nach dem Berliner Kongresse die Möglichkeit eines Krieges nach mehreren Fronten erlitten. Im Innern galt es, die Grundsätze der Zoll- und Handelsvertragspolitik festzulegen. In Verbindung damit mußte die soziale Reform begonnen werden, und da wir Deutsche, wenn wir etwas anfangen, gründliche Arbeit zu leisten pflegen (Lachen bei den Sozialdemokraten), so haben wir ein Werk sozialer Fürsorge geschaffen, rascher und gründlicher als die anderen, auch die älteren Völker. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Ferner mußte das einige Deutsche Reich eine einheitliche Rechtspflege erhalten. Trotz unserer alten Geschichte sind wir wenigstens in Europa das jüngste unter den großen Völkern. Wir sind sehr spät auf dem Kampffeld erschienen. Die Entwicklung mußte eine rasche sein und war eine rasche. Sie stellte fortgesetzt neue und große Aufgaben an die Regierungen und an den Reichstag. Unser wirtschaftlicher Aufschwung, unser Fortschritt in Handel, Industrie und Schifffahrt zwang uns, Kolonien jenseits der Meere zu suchen, unseren jungen Welthandel politisch zu sichern, mit den Traditionen einer kontinentalen, rein europäischen Politik zu brechen und

Weltpolitik

zu treiben. Dieser Uebergang stellte uns eine neue dringende und wichtige Aufgabe. Das Reich bedurfte einer Flotte, stark genug, seine Ästien, seine überseeischen Interessen und seine Handelsbeziehungen zu schützen. So gearbete die neue Aufgabe wieder eine neue, kein unparteiisches Urteil wird und kann den Regierungen und dem Reichstag den Vorwurf machen, die Sprache der Zeit nicht verstanden und den Schritt der Entwicklung nicht gefördert zu haben. Gewiß bleibt noch manches zu tun übrig, aber es ist viel getan. Manches Stockwerk läßt sich noch wohllicher einrichten, aber das Haus ist bewohnbar auch für ein Volk, das heute um 50 Proz. zahlreicher ist als zur Zeit des Beginns des Baues. Wer die Entwicklung in ihrer Gesamtheit überblickt, wird verstehen, daß die finanzielle Seite immer wieder übersehen, vertagt und mit leichterer Hand behandelt wurde, als wir sie heute behandeln würden. Erst machten und die Milliarden der Kriegenschuldung sorglos, und dann steigerte der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung vielleicht noch unsere Sorglosigkeit. Wir gleichen dem sorglosen Jüngling in Schillers schönem Gedicht (Heiterkeit links), der alles der Zukunft überläßt, sich und seiner Kraft auch für später vertraut. Andere Ursachen der Sorglosigkeit lagen in der Logik der Dinge und in der Eigenart unserer Entwicklung. Die Notwendigkeiten folgten so schnell aufeinander, daß niemand berechnen konnte, was das Reich nach fünf Jahren brauchen würde. So war eine einmalige gründliche Reform der Finanzen nicht möglich. Man reformierte, und binnen kurzem erwies sich die Reform als unzulänglich. Vertrauensvoll wurden alle Lasten auf die Schultern der Zukunft gemäht. Diese Schultern sind unsere Schultern, und wir stehen jetzt vor der schwierigen Aufgabe, die Sorglosigkeit und das Vertrauen der Vergangenheit zu rechtfertigen. Emporkömmlinge sind im allgemeinen nicht beliebt. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Auch das Deutsche Reich hat seit seinem Bestehen mehr Respekt als Zuneigung eingefloßt. Die nachdemarische Zeit mag Fehler begangen haben, und sie hat Fehler begangen, aber die

Wegernschaften gegen das Reich beruhen zunächst doch auf elementaren Ursachen. Und Fürst Bülow hat es nicht ändern können, daß der Revanchegedanke in Frankreich nicht erloschen ist und in Anbänd nach dem Türkenkriege deutschfeindliche Strömungen sich geltend machten. Ist es schließlich so verwunderlich, daß unsere aus dem Wachstum der Bevölkerung und der Produktionskräfte hervorgehende wirtschaftliche Expansion die einst fremdlichen Gefühle des englischen Volkes wenigstens bei einem Teil des englischen Volkes in Mißtrauen verwandelt oder doch mit gewissen Vorurteilen erfüllt hat? Ich halte diese Wegernschaften nicht für unüberwindlich; manches wird die Zeit heilen oder mildern. Ich sehe keine nahe Kriegsgefahr. Was wir brauchen, ist Kaltblütigkeit, Jurastlosigkeit, Steigkeit (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ruhe nach außen und nach innen. (Lebhafte Beifall rechts.) Ich erinnere an das Bild Dürers von dem Reiter, der in voller Rüstung neben Tod und Teufel ruhig und kaltblütig dahintritt. Neben dieses Bild stelle ich ein anderes, das im vergangenen Frühjahr in einer französischen Zeitung erschien: Ein deutscher Kürassier mit Falloch und Helm, aber mit abgerissener Uniform streckte einem mit abweichender Geste vorübergehenden Fremden bettelnd die Hand entgegen. So stellt sich unsere finanzielle Lage und damit unsere Wehrfähigkeit, unsere Verteidigungsfähigkeit in weiten Kreisen des Auslandes dar. Hier liegt eine wirkliche und große Gefahr, und diese zu überwinden, hängt ganz allein von uns ab.

Sie kennen alle

die gegenwärtige Lage.

Es handelt sich nicht wie früher darum, ein paar neue Steuern zu bekommen, sondern wir wollen und müssen ganze Arbeit machen!

Wir hatten 1878 139 Millionen, 1888 884 Millionen und 1908: 4400 Millionen Schulden;

mehr als eine Milliarde steht wieder für das nächste Jahr in Aussicht. England hat im Laufe des vorigen Jahrhunderts fünf Milliarden von den zwanzig Milliarden Schulden, die es nach dem napoleonischen Kriege hatte, abgetragen. Der Vurenkrieg hatte die Schuldenlast wieder um drei Milliarden vermehrt, aber an der Abtragung dieser neuen Belastung hat England unausgesetzt gearbeitet. Der frühere Finanzminister und jetzige Premierminister Asquith konnte mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, daß die englische Staatschuld am 31. März 1909 bereits 10 Milliarden Mark weniger betragen werde als am 31. März 1899 vor dem Ausbruch des Vurenkrieges. (Hört! hört!) Frankreich hat von 1888 bis 1907 trotz enormer Aufwendungen für Heer und Marine jede öffentliche Anleihe vermieden. (Hört! hört!) Die Staatschuld Frankreichs hat seit 1890 abgenommen.

In Deutschland haben Reich, Einzelstaaten und Kommunen den Geldmarkt durch ihre Anleihen in beispielloser Weise in Anspruch genommen. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes ist durch Staats- und Reichsanleihen erschöpft und der Stand unserer Anleihen dauernd herabgemindert worden. Während die vierprozentige deutsche Rente am 31. August 1908 auf 97,65 stand, standen Italiener 104,75 (Hört! hört!), Spanier 96,05, Lärken 96,65, 2 1/2 prozentige englische Konsols 87,50, 3 prozentige französische Rente 85,30, 3 prozentige deutsche Reichsanleihe 83. (Lebhafte Hört! hört! und Bewegung.) Die wirtschaftliche Folge dieses Zustandes war ein rasch steigender Zinsfuß, der eine erhebliche Vermehrung der Ausgaben für den Schuldendienst verursachte, beklagenswerte Verluste der deutschen Anleger an den sinkenden Konsols, der Einwirkung des steigenden Zinsfußes auf den Reichsbankdiskont und daraus hervorgehend Nachteile für Handel und Industrie, die hier noch eingehend erörtert werden sollen. — 1897 erzielte das Reich für seine 3 prozentige Anleihe im Betrage von 82 Millionen Mark einen Durchschnittsbelegungspreis von 99,89. Seitdem hat das Reich Anleihen zu 3, 3 1/2, und 4 Proz. im Gesamtbetrage von 1782 Millionen Mark begeben, für die es jedoch nur 1686 Millionen Mark erhalten und sich einen

Zinsdienst von jährlich 50 Millionen Mark

ausgeladen hat. Wäre es dauernd möglich gewesen, den Bedarf durch dreiprozentige Obligationen zum Kurse von 1897 zu decken, so hätte das Reich einen um 87 Millionen Mark geringeren Betrag ausgegeben und jährlich einen um 8 Millionen Mark geringeren Zinsdienst gehabt.

Ende Oktober 1897 waren an Reichsanleihe zu 3 und 3 1/2 Proz. 3351 Mill. M. begeben, deren Kurswert sich, nach dem Durchschnittskurs des August berechnet, auf 2950 Millionen Mark stellte. Nach dem Kurs vom 31. August 1908 war der Kurswert dieser Reichsanleihe auf 2796 1/2 Millionen Mark gesunken. Somit hatte sich dieser Vermögensbestandteil des deutschen Volkes um 11,71 Proz. gemindert. Das ist um so bedauerlicher, als viele Käufer der Reichsanleihen, kleine Rentner, auf eine absolut sichere Anlage ihrer Ersparnisse angewiesen sind. Seit 1897 hat das Publikum für die begebenen An-

Latendrang und Abenteuerlust berechnet. Diese Anlagen werden durch die überspannten Schilderungen übermäßig gereizt und in falsche Bahnen gelenkt. Die Phantasie der Kinder wird überreizt, der Sinn für Wirklichkeit und Wahrheit zerhört. Ihr Geschmack wird verborben. Die Kinder werden unfähig zum Genuß guter Bücher. Sie werden zerfahren, arbeitsunfähig. Ja, in manchen Fällen werden sie roh und brutal. Zwar sind die Folgen nicht immer gleich zu sehen, aber sie stellen sich fast nach längerer oder kürzerer Zeit ein.

Wie oft ist der Reiz der Hefte so groß gewesen, daß das Geld zum Kaufen derselben auf unrechtmäßige Weise erworben worden ist. Wie manchen schwachen Charakter oder krankhaft betraugten jungen Menschen hat das Lesen dieser elenden Machwerke auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Aufhören wird die Wirkung dieser Hefte erst dann, wenn sie keine Käufer mehr finden.

Eltern, rafft Euch darum auf, dem Unwesen, das Eure Kinder verdirbt, zu steuern. Jagt Eure Kinder hinaus auf die Spielplätze, in die Badeanstalten, auf die Eisbahnen, daß gesunde, kräftige Bewegung ihren Latendrang stille. Laßt sie in den Ferien Wanderungen machen, daß sie selbst etwas erleben. Wenn sie aber lesen, so kümmert Euch um das, was sie lesen.

Eltern, es handelt sich um Euer Liebstes, um Eure Kinder! Seht darum nicht länger gleichgültig zu, wie man sie um schänden Rammons willen verderblich beeinflusst. Helft der Schule im Kampfe gegen diesen schlimmen Feind der Jugend.

Russ!

Am sogenannten Buhtag darf noch einer berühmten Polizeiverordnung nur russ! religiösen Charakters vorgeführt werden. Nun rechnet „man“ zu solcher Russ! auch „Oratorien“, wohl in der Meinung, der Name komme jedenfalls von orare = „beten“, und die Werke seien lebhaft religiös oder gar kirchlich. Tatsächlich jedoch ist die Ableitung unsicher und die Kunstform selbst schon von Anfang an halb weltlich — eine allmähliche Umformung des mittelalterlichen Theaterstückes zu einem Konzertspiele. Neben biblischen und namentlich alttestamentlichen Stoffen wurden längst schon unbillige benutzt, und der frühklassiker Joseph Haydn, „Guter Hohn“, gab in seinen zwei Oratorien „Die Schöpfung“ und „Die Jahreszeiten“ Werke, die sich von sonstiger unfruchtlicher Russ! höchstens durch eine sehr allgemeine Formlosigkeit unterscheiden. Aber weit ernstere Werke sind schon am Buhtage verboten worden, während die zwei „Oratorien“ dahins überal geflattert werden. So konnte man selbst in Hag. Opernhause den von höchster Weltlichkeit überstrahlenden Chor der Weisen in den „Jahreszeiten“ zur Feste des Tages hören. Dermal hat sich der Berliner Volkschor die in doppel-

leihen 1607 Millionen Mark zu bezahlen gehabt, während jetzt diese Anleihen nur noch einen Kurswert von 1586 1/2 Millionen Mark haben. Das bedeutet einen Kurs von 8,54 Proz. Die Durchschnittsverzinsung der englischen Konsols stellte sich 1907 auf 2,98, die der französischen Rente auf 2,18, die der deutschen 3 prozentigen Reichsanleihe auf 3,57 Proz. In gleicher Zeit war der durchschnittliche Bankdiskont 4,98 Proz. in England, 3,64 Proz. in Frankreich und 8,03 Proz. in Deutschland. Ich brauche nicht zu sagen, wie sehr diese Zinsunterfälle auf Staatsfinanzen, Landwirtschaft und Industrie eingewirkt, wie sie unsere Produktionsbedingungen verteuert und unsere Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt haben. Die politischen und militärischen Folgen dieser Situation treten hervor. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. (Beifall rechts.)

Der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers wird die Steuerpläne im einzelnen und im ganzen darlegen.

Die leitenden Gedanken bei der Auswahl der neuen Steuern waren: negativ keine Belastung der notwendigen Lebensbedürfnisse, positiv höhere Besteuerung allgemeiner Genußmittel, neue Abgaben für die Lieferung von Gas, elektrischem Licht, elektrischer Kraft und endlich stärkere Heranziehung des Vermögens in Form einer Erweiterung der Erbschaftsteuer.

Die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern ist überwiegend theoretischer Natur. Was die Anhänger direkter Steuern praktisch erreichen wollen, daß sich im wesentlichen mit dem, was ich als stärkere Heranziehung des Vermögens bezeichnete. Dazu treten noch erhöhte Marktarbeiträge.

Das deutsche Volk ist stark genug, neue Lasten zu tragen!

In Deutschland werden jährlich für fünf Milliarden Bier, Branntwein und Wein getrunken. Wir rauchen die billigsten und preiswertesten Zigarren der Welt. Bier, Branntwein und Tabak tragen in Deutschland weit geringere Lasten als anderswo. (Hört! hört. rechts.) Unser jährlicher Zuwachs an Nationalvermögen wird auf dreieinhalb bis vier Milliarden geschätzt. Die Gesamtsumme der Einnahmen der Sparkassen beträgt mehr als zwölf Milliarden. Ein solches Land ist nicht arm.

ein solches Land kann noch stärkere Lasten ertragen,

wenn unser Ansehen und unsere Sicherheit es erfordert. Professor von Schulze-Gaevernitz hat gesagt, die deutsche Finanzmiserere beruhe nicht auf Mangel an Steuerfähigkeit, sondern auf Mangel der Steuerwilligkeit. Und was gar mein alter Gönner Professor Wolf Wagner gesagt hat, will ich lieber gar nicht wiederholen. (Heiterkeit.)

Mit der Bewilligung neuer Steuern ist die Finanzreform noch nicht zu Ende. (Sehr richtig! rechts.) An sie schließt sich eine nicht minder ernste und nicht minder wichtige Forderung an, Volk, Reichstag und Regierung, Reich, Staaten und größere Kommunen haben über ihre Verhältnisse gelebt. (Hört! hört! rechts.) Sie haben Anleihen über Anleihen aufgenommen, für gewisse, lauter sehr hübsche, aber gewiß hier und da auch entbehrliche Dinge. (Sehr richtig! rechts. Zuruf links: So?)

Außer neuen Steuern ist größte Sparjamkeit nötig, und die Kommunen und die einzelnen müssen dazu mithelfen. Die Lebenshaltung des materiellen Genusses gefährdet das höchste Gut des Volkes, seine intellektuelle Kultur. Wir müssen

zurück zur größeren Sparjamkeit und Einfachheit!!

(Zurufe links: An allen Stellen!) Ich nehme niemanden aus. Neben den Wehrdienst muß die Sparjamkeit treten. Wer weniger verdient, aber spart, ist nützlich für die Nation als der, der viel verdient und viel verbraucht. (Sehr gut! rechts.) Es wird viel geparl, aber es kann noch viel mehr geparl werden. Wäßen Sie nur nach Frankreich, das seinen Reichtum nicht zum wenigsten der bewundernswürdigen Sparkraft seiner Bewohner verdankt. Alles sollte zusammenwirken, um den Spargedanken in unserem Volke zu fördern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich denke nicht daran, den kleinen Mann zur Einschränkung seiner Lebenshaltung aufzufordern; meine Mahnung richtet sich gegen den überflüssigen Luxus, in erster Linie an die mittleren und höheren Stände. Verhältnismäßig am einfachsten geht es noch in militärischen Kreisen zu. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gehet Sie nur dorthin, und Sie werden sich wundern, wie bescheiden es dort zugeht. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht zum Lachen, das ist ein viel zu ernstes Kapitel. (Beifall rechts.) Nicht neue Steuern genügen.

eine neue Aera der Finanzwirtschaft muß kommen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In alle Finanzgeschäfte der Regierung muß ein neuer Geist einziehen. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Wir müssen lernen, kaufmännischer zu arbeiten. Die Welt

dem Sinne heitere Situation zuzuführen gemacht und, wie früher die „Schöpfung“, so jetzt auch das andere Handstück Oratorium der Offenbarkeit vorgeführt.

Die Aufführung am Mittwoch zeigte wohl auch fernersprechenden Klar, was wir an dem Werke selbst, und was wir an dem Chor besitzen. Der Saal der „Neuen Welt“, 6000 Personen fassend und diesmal nahezu gefüllt, verlangt von allen Musikern sofort viel, als die nötigen feinen Nuancen doch nur in einer Vergrößerung gegeben werden können; und die Verhältnisse des Vollschores lassen die weit mehr als 200 Mitwirkenden, zumal das Orchester, nicht so gründlich einbezogener, wie es anderswo möglich ist. Wären der Chormitglieder noch mehr, so würde die Lage nicht etwa ungünstiger, sondern günstiger sein; und unsere gerechteste Kritik des Abends kam lediglich der Wunsch sein, daß noch weit mehr Sänger als bisher sich dem Chor anschließen und somit nicht nur die Sache, sondern auch sich selbst fördern.

Wie gut läßt doch ein solches Kunstwerk in Zeitlichen und Zeitloses hineinblicken! Der Text ist ein Auszug aus dem gleichnamigen poetischen Werke des Engländers J. Thomson, von dessen Einwirkung auf die deutsche Literatur zur Zeit Schloßers viel erzählt werden könnte. Nun wird den Hörern sowohl am Texte wie an seiner Vertonung vor allem eine so zufriedene, ruhige, dissonanzlose Stimmung ausgefaßt sein, wie wir sie nicht bald wieder bei einem Dicht- und Tonwerke finden. Cobann: mit welchem anspruchlosen Behagen werden (besonders im „Sommer“) die reinsten Gedanken und Gefühle ins Breite gezogen! Das alles spüren wir als das Zeitliche. Und daneben das viele Grobe, von dem wir uns nicht denken können, daß es in später Zukunft weniger gefallen sollte!

Im Laufe der Jahre hat uns der Vollschor schon mit recht Befriedigender Bekanntheit gemacht. Er lehrte uns Hohn und Schubert ebenso würdigen, wie Schumann und die Modernen. Kommt nun einer von denen, die nur hier und nicht auch dort eine wahre Kunst sehen wollen, so sind wir jetzt erfahren genug, um ihm Bescheid zu geben. Nicht darauf wird es zuerst ankommen, jeden Künstler „aus seiner Zeit heraus“ zu verstehen, sondern vielmehr, ihn trotz seiner Zeit zu verstehen. Was uns heute da oder da veraltet erscheint, das hätten wir eigentlich, wären wir dabeigewesen, gleich damals als minderwertig erkennen müssen. Und je mehr wir vergleichen lernen, desto mehr können wir auch vor Modernen wagen, zu unterscheiden, was davon bleiben wird, und was nicht bleiben wird, weil es eben bereits heute minderwertig ist. — Was es denen, die zum Vollschor so selbstlos zusammenhalten, noch künftig ebenso gut wie diesmal gelingen, uns in Vergänglichem und Übergänglichem Blicken zu lassen.

Kleines feuilleton.

Eltern, schüht Eure Kinder! Gegen die Schundliteratur, wie sie besonders von Schülern und jungen Leuten bevorzugt wird, hat die Hamburger Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungsweins eine energische Bewegung begonnen. Ein Flugblatt ist an alle Schullinder verbreitet worden, aus denen einige beherzigenswerte Stellen hier ihren Platz finden mögen.

Ihr Eltern wißt alle — heißt es darin — wie sich Kinder, junge Leute, ja selbst Erwachsene vor Papier- und Zigarrenläden, Zeitungsständen und Kolportagebuchhandlungen zusammendrängen und mit gierigen Blicken die ausgehängten Hefte: „Nix Carter“, „Buffalo Bill“, Kapitän Morgan“, „Fürst Petrows“, „Die rote Aule“, „Jungenfreude“ u. a. betrachten.

Und was sehen sie?

„Bilder“, die Unmögklichungen jener Hefte, die mit häßlichen, grellen Farben eine aufregende, grauenhafte, meist verbrecherische Szene aus der „Geschichte“ des betreffenden Hestes darstellen. Diese „Bilder“ reizen die Phantasie der leichtgläubigen Jugend und anderer unerfahrener Menschen so sehr, daß sie die Unmögklichkeit, die Unsinngkeit, die Verächtlichkeit des Dargestellten gar nicht erkennen. Den „Bildern“ entspricht der Inhalt jener Hefte. Die „Geschichten“ sind eine Anhäufung von Abenteuer, von Grenel- und Nordjungen. Der Hauptreiz der Hefte besteht darin, daß geprügelt, gekämpft, geschossen, oder sonst irgend etwas Aufregendes, ja meist Verbrecherisches getan wird. Dabei muß natürlich immer Blut fließen. Die Kinder verschlingen die Hefte förmlich und merken nicht, wie übertrieben, wie unmöglich, wie verlogen die „Geschichten“ sind.

Ueber diese Lesewut und die Dummheit der Leser freuen sich die Verleger, Verleger und Verkäufer der Hefte. Sie machen ein glänzendes Geschäft mit den Spargroschen Eurer Kinder, denn taunieder wird ihre schlechte Ware von Groß und Klein gekauft. Der Schreiber der Geschichten erhält 25 M. bis 100 M. Die Herstellungskosten eines Hestes betragen für den Verleger 2 bis 3 M. Ein Berliner Verleger hat jährlich 2 1/2 Millionen Mark an diesem Schand verdient. Der Händler verdient an einem 10 Pf. Hest mindestens 4 1/2 Pf. — 8000 selbständige Kolportagebuchhandlungen mit einem Heer von 30 000 Kolporturen ernähren sich durch den Vertrieb solcher und ähnlicher Hefte. Dieses Geld wird hauptsächlich den Bewohnern der dicht besiedelten Arbeiterstädte unserer Großstädte und der Tische gezogen.

Die Wirkung jener Geschichten ist in raffinierter Weise auf die Reizung natürlicher, gesunder Triebe in unseren Kindern wie

geschicht wird immer mehr zu einer Geschichte der finanziellen Beziehungen und Transaktionen. Wenn wir die Anleihewirtschaft fortsetzen, gefährden wir unser Ansehen, unsere Sicherheit und unseren Frieden. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) Werden neue Steuern gefordert, so erscheinen alle Interessenten auf dem Platze und stimmen die Melodie an: „Heiliger Florian, verdammt mein Haus, steh' andere an!“ (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Solche Gefinnungen kann das Reich nicht brauchen. Wir alle: alle Bundesstaaten, alle Parteien, müssen mitarbeiten, die auf den Bau des Reiches verwandten Baugelder abzutragen. Die Regierungen sind überzeugt, daß die Vertreter der Nation diese Aufgaben so lösen werden, wie es eines starken, friedlich verständigensfähigen und großen Volkes würdig ist. (Späterer Beifall rechts, der von lautem wiederholtem Pfiffen bei den Sozialdemokraten überdönt wird.)

#### Reichsschatzsekretär Sydow:

Die Reform der Reichsfinanzen hat eine dreifache Aufgabe: die Abkehr von der Anleihewirtschaft, die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben, und drittens die dauernde Klarstellung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten. In den Reichsschulden von 4 1/2 Milliarden kommen die Bundesstaaten in Höhe von 14 1/2, die Kommunen von 7 1/2 Milliarden. Freilich stehen diesen Schulden von 20 Milliarden Mark Aktiva gegenüber; denn unser Nationalvermögen wird von den verschiedenen Gelehrten zu 100 bis zu 350 Milliarden Mark geschätzt. Immerhin sind jetzt noch Reich 154 Millionen jährlich an Zinsen auszugeben. Dabei sind nur 17 Prozent der Anleihen für verbundene Zwecke gemacht worden, der Rest entfällt auf Befestigungen, auf Bewaffnung, auf Schiffbau, auf Unterdrückung von Aufständen, von denen die Generationen nach 20 bis 30 Jahren wenig mehr wissen, jedenfalls nur geringe Vorteile haben werden.

#### Wehr von der Anleihewirtschaft.

In Zukunft müssen Ausgaben für nicht verbundene Anlagen zunächst nicht mehr auf Anleihen genommen werden, wenn sich das in der nächsten Zeit auch nicht ganz vermeiden lassen. Die Anleihen zu verbundene Zwecke sollen in Zukunft in 30 Jahren getilgt werden, die für nicht verbundene Zwecke in 22 Jahren, die bereits bestehenden Anleihen sollen in 48 Jahren getilgt werden. Schulden tilgen und Anleihen vermeiden aber kostet Geld, und das fährt mich zu der zweiten Aufgabe, der

#### Herstellung des Gleichgewichts in Einnahmen und Ausgaben.

Hierbei sind wir auf die Mithilfe des Reichstages angewiesen, am möglichst sparsam zu wirtschaften, ich erinnere daran, daß der Reichstag mehrfach Wünsche geäußert hat, denen auch Folge gegeben ist, welche nicht unerhebliche Ausgaben verursachen. Würden die Ausgaben in dem bisherigen Maße die Einnahmen übersteigen, so würden wir im Jahre 1913 bereits bei einem Fehlbetrag von 737 Millionen Mark anlangen, wovon natürlich keine Rede sein darf. Aber nach den sorgsamsten Angaben der Reichsrechnung steigt der Fehlbetrag von 205 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 247 Millionen im Jahre 1913. Dazu kommen aber auch die Verbesserungen der Befolgungen, die 19 Millionen mehr jährlich erfordern, ferner die vom Reichstag verlangte höhere Löhning der Mannschaften bei Meer und Marine, wozu 20 Millionen Mark jährlich notwendig sind. Auch werden 1911, spätestens 1912, 20 bis 30 Millionen für die Zwecke des dann aufgebrauchten Reichsinvalidenfonds nötig, und weiter wird für die Schuldentilgung ein Mehr von 27 1/2 Millionen Mark erforderlich. Dazu gesellen sich Verminderungen in den Einnahmen, die Ermäßigung der Zuckerversteuerung mit 35 Millionen Mark und andere, die sämtlich den Fehlbetrag erhöhen. Auch die ungedeckten Matrifularbeiträge gehören hierher. Formell sind zwar die Bundesstaaten zu ihrer Zahlung verpflichtet, gerecht und billig wäre es aber nicht, das zu fordern. Als man sie fundierte, rechnete man darauf, den Minderertrag eines Jahres durch den Ueberschuß eines folgenden decken zu können; man dachte nicht an eine fortwährende Kette von Jahr zu Jahr sich fortplanzender Fehlbeträge. Sobald diese Gefahr auftaucht, haben die Bundesstaaten nicht unterlassen, zu protestieren, daß ihnen diese Ausgaben zur Last gelegt werden. Auch die Teuerungszulagen sind im März dieses Jahres von den verbündeten Regierungen beantragt und vom Reichstage bewilligt nur unter der Voraussetzung, daß sie nicht den Einzelstaaten zur Last fallen sollen. Es ist also mit einem jährlichen Solbbedarf von 400 bis 500 Millionen Mark zu rechnen, zu dessen Deckung, auch ganz abgesehen von den neuen Steuern, wir nicht nur einer festen Hand, sondern manchmal auch einer schweißigen Faust bedürfen.

Ich komme nun zu der Frage der Deckung des Solbbedarfs durch neue Steuern. Die Kosten müssen auf möglichst viele Personengruppen und Objekte verteilt werden, damit nicht der einzelne erdrückt wird. Auch haben ja alle Kreise der Erwerbstätigen, Landwirtschaft, Industrie, Handel usw. ein Interesse an der Ordnung der Reichsfinanzen. Diese Ordnung kann übrigens nicht erfolgen ohne Rücksicht auf die Bundesstaaten; denn Reich und Bundesstaaten bilden ein organisches Ganzes; das kann nicht oft genug betont werden. Von den neuen Steuern darf weder der Besitz allein noch der Verbrauch allein betroffen werden. Die Meinung, daß bei uns die direkten Abgaben im Verhältnis zu den indirekten vernachlässigt worden sind, ist viel verbreitet. Aus dem Munde vom Reichschatzsekretär zur Verfügung gestelltes Material — das leider erst in den letzten Tagen fertiggestellt werden konnte — geht in dieser Beziehung folgendes hervor: Die Steuern auf den Besitz betragen im Reich 26,5 Millionen, in den Bundesstaaten 684,2 Millionen, in den Gemeinden 925,1 Millionen, Kirchensteuern 59,3 Millionen, insgesamt 1610 1/2 Millionen oder 25,9 M. pro Kopf. Die Steuern vom Verbrauch,

#### die „sogenannten“ indirekten Steuern

betragen im Reich 1179 Millionen, in den Bundesstaaten 176 1/2 Millionen, in den Gemeinden 100 Millionen, zusammen 1455 Millionen — 22,9 M. pro Kopf. In Deutschland ist also das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern etwa 1:1, in Frankreich dagegen ist es 1:2.

Von der Linken wird nun stets das Verlangen geäußert, den Bedarf des Reiches allein aus den Steuern auf den Besitz zu decken. Schon heute aber betragen die Einkommensteuern 10 bis 15, ja in manchen Gemeinden 15 bis 20 Prozent des Einkommens. Sollte man noch die 500 Millionen neuer Steuern hinanzulegen, so würde die Einkommensteuer sich auf 25 Prozent des Einkommens erhöhen, was zweifellos einer Konfiskation des Einkommens gleich käme. Dazu kommt, daß die Bundesstaaten — ich erinnere an das Vorgehende in Preußen — für ihren eigenen Bedarf die Einkommensteuer erhöhen müssen. Die Vermögenssteuer andererseits ist lediglich eine Ergänzungssteuer, von ihr gilt also dasselbe wie von der Einkommensteuer.

Aber auch der Konsum aller in soll nicht von den neuen Lasten betroffen werden, schon mit Rücksicht darauf, daß die mindereinstelligen Kreise von den Verbrauchsabgaben im Verhältnis zu ihrem Einkommen härter belastet werden als die Besitzenden. Ihre Ausgaben für die notwendigen Lebensmittel machen einen höheren Prozentsatz ihres Einkommens aus als bei den bessergestellten Klassen. Die soziale Gerechtigkeit verlangt daher, die härtere Belastung der Mindereinstelligen durch die Verbrauchsabgaben dadurch auszugleichen, daß die Besitzenden Klassen zu erhöhten Abgaben für den Besitz herangezogen werden.

#### Ich komme nun zu den Steuern im einzelnen, zunächst zur

#### Brauntweinsteuer.

Das insbesondere der Trinkbrauntwein, den man als Volksgift bezeichnen kann, eine höhere Steuer ertragen kann, dürfte nicht bestritten werden. Die jetzige Belastung des Brauntweins macht kaum ein Drittel der Belastung in anderen Ländern aus. Außerdem bedarf das bisherige System der Brauntweinbesteuerung ohnehin einer Änderung. Aber übergestellt muß werden die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Brennereien! Das ist unmöglich, wenn das Reich den Einkauf und Verkauf des Brauntweins in die Hand nimmt, also ein

#### Monopol für den Zwischenhandel

errichtet wird. Die Liebesgabe soll beseitigt werden, allerdings nicht ohne Entschädigung für die Brennereien. In den Zeitungen hat gefunden, das Reichschatzamt hätte neben dem vorgesehene Gesetzesentwurf noch einen anderen in Reserve. Das ist aber nicht richtig. Die verbündeten Regierungen erwarten von der vorgelegten Steuer im großen und ganzen einen Ertrag von 100 Millionen Mark. Die Erhöhung des Preises durch diese Steuer wird nicht so hoch sein, um den Konsum wesentlich einzuschränken.

#### Tabak.

In zweiter Linie denken die verbündeten Regierungen an den Tabak, unbestreitbar wohl das erfolgreichste Genußmittel. In England kommt an Tabaksteuer auf den Kopf der Bevölkerung 8,63 M., in den Vereinigten Staaten 3,57 M., in Deutschland nur 1,19 M., nach dem neuen Entwurf 2,74 M. Das allgemeine Tabakmonopol ist seinerzeit — die meisten Leute werden jetzt wohl sagen leider — abgelehnt worden. Es jetzt einzuführen, ist nicht wohl möglich, weil die Tabakindustrie inzwischen noch mehr dezentralisiert ist und die zu zahlende Abfindung noch gestiegen ist; man schätzt sie auf 1 1/2 Milliarden. Auch der Weg des Nochtabakmonopols scheint mir nicht gangbar. Die verbündeten Regierungen empfehlen Ihnen vielmehr eine

#### Fabriksteuer in Form der Vanderostensteuer.

Diese trifft das Fabrikat erst, wenn es verkauft ist und läßt sich dem Werte derselben anpassen. Der billige Rauchtabak soll frei bleiben in Rücksicht auf das vielgenannte Pflöckchen des armen Mannes. Man hält dieser Steuer entgegen, sie werde einen Konsumrückgang und damit Arbeiterentlassungen im Gefolge haben. Daß bei einer Steuer auf den Verbrauch vorübergehend ein Konsumrückgang eintreten kann, ist nicht zu bestreiten; man geht zunächst zu einer geringeren Sorte über, dann kehrt man zu seiner gewohnten Sorte zurück, raucht aber eine Zigarre weniger, und wie lange das anhält, wozu wir abwarten. Jedenfalls ist nach dem Jahre 1879, als die Tabaksteuer wesentlich erhöht wurde, die Zahl der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen nicht gesunken, wie der frühere Abgeordnete v. Elm behauptete, sondern gestiegen. Herr v. Elm kam zu seiner Behauptung wohl dadurch, daß er die Ergebnisse der Verursachung von 1882 mit denen der Gewerbesteuerung von 1875 verglich. Vergleicht man, wie es allein zulässig ist, die Ergebnisse der Gewerbesteuerung, so zeigt sich nicht ein Sinken, sondern ein Steigen der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen von 110 800 im Jahre 1875 auf 114 500 im Jahre 1882 und auf 155 000 im Jahre 1895. — Weiter fürchtet man eine zentralisierende Wirkung der Vanderostensteuer. Nun, in den Vereinigten Staaten hat sie solche Wirkung nicht gehabt. Weiter fürchtet man, die Haus- und Heimindustrie würde durch diese Steuer unmöglich gemacht werden. Das ist aber nicht der Fall. Es sind keine Maßnahmen getroffen, um der Heimarbeit das Leben zu erschweren. Es ist dem Bundesrat zwar vorbehalten, Kontrollvorschriften zu erlassen, aber diese Kontrollvorschriften sind sehr einfach. Wenn es vielleicht einmal vorkommt, daß der Heimarbeiter aus dem ihm gelieferten Tabake die eine oder die andere Extrazigarre für sich herstellt, die der Besteuerung entgeht, so wird das Reich einen solchen Verlust ertragen können. Auch eine Abwanderung der Tabakindustrie von Nord- nach Süddeutschland — wie 1879 — fürchtet man. Wenn sie damals stattgefunden hat, so nur in minimalem Umfang. 1875 wurden in süddeutschen Betrieben 25,1 Proz., in den norddeutschen 74,9 Proz. der Arbeiter beschäftigt, 1882 in den süddeutschen Betrieben 25,6 Proz., in den norddeutschen 74,5 Proz., 1895 in Süddeutschland 32,2 Proz., in Norddeutschland 67,8 Proz. Außerdem hat sich die Zahl der Zigarrenarbeiter in Norddeutschland ständig vermehrt. Auch ist der frühere Unterschied der Löhne in Süd- und Norddeutschland so gut wie ausgeglichen. Für die verbündeten Regierungen kamen gegenüber all diesen Befürchtungen vor allem in Betracht die Erfahrungen, die mit ganz ähnlichen Befürchtungen bei der Zigarettensteuer gemacht worden sind. Wenn man jene Befürchtungen mit den gegenwärtigen Verhältnissen vergleicht, wird man doch ähnlichen Befürchtungen gegenüber etwas skeptisch.

Auch der Zigarettenkonsum ist nicht, wie man erwartete, zurückgegangen. Ich erkläre mir den Widerspruch gegen die Tabaksteuer daraus, daß die neue Form der Besteuerung von der bisherigen wesentlich abweicht. Aber gegenüber den wirtschaftlichen Vorteilen für das Reich werden die hieraus folgenden Unbequemlichkeiten überwunden werden können und müssen.

#### Ich gehe über zur

#### Besteuerung des Bieres,

bekanntlich des Nationalgetränkes der Deutschen. Wenn diese Steuer ein Mehr von 100 Millionen Mark bringen soll, so muß sie eine Form haben, welche dem Brauereigewerbe eine Abwälzung auf das konsumierende Publikum gestattet. Die verbündeten Regierungen glauben, durch die vorgeschlagene Staffelung den berechtigten Interessen der Brauereien Rechnung zu tragen. Wegen etwaiger Verluste der Brauereien, das Publikum in unbilliger Weise zu belasten, weicht sich dieses nach den bisherigen Erfahrungen zu wehren.

#### Das vierte Steuerobjekt ist

#### der Wein,

und zwar wird eine Besteuerung der Floßweine vorgeschlagen, die nicht den Winger trifft, sondern nur die wohlhabenden Käufer; ein Rückgang des Konsums ist deshalb auch nicht zu erwarten.

Ich wende mich nun zu der zweiten Gruppe von Verbrauchssteuern: die Industrie, Handel und Gewerbe treffen, zu der

#### Elektrizitäts- und Gassteuer,

die mehr als jede andere angegriffen ist. Die Elektrizität und ihre Anwendung haben sich außerordentlich entwickelt, und es ist vielleicht nicht unnatürlich, daß sich auf ein so trefflich entwickeltes Kind auch das vorsorgende Auge des Finanzmannes richtet. (Weiterkeit.) Auch betrachte ich die Heranziehung der Elektrizität zu den Einnahmen des Reiches als innerlich berechtigt wegen des Schutzes, unter dem der elektrische Verkehr sich hat entwickeln können. Es war ja auch die Rede von einem Elektrizitätsmonopol. Aber dazu ist mir die Industrie noch zu jung. (Weiterkeit.) Sie bedarf der Initiative und der Beweglichkeit der Privatindustrie und wird sie wohl auch für alle Zukunft bedürfen. Die Steuer muß so niedrig bemessen werden, daß durch sie die Entwicklung der Elektrizität und ihrer Anwendung nicht gefährdet wird. Das geschieht aber auch nicht durch die vorgeschlagene Steuer von 5 Proz. des Preises, die ja doch 1/10 Pfennig pro Kilowattstunde nicht übersteigen soll. Die Kommunen besteuern die Elektrizität ja auch, ohne daß die Entwicklung dadurch behindert wird; so gibt Berlin jährlich 5 Millionen Mark aus den Elektrizitätswerken. Warum soll es plötzlich kulturfeindlich sein, wenn der Staat das selbe tut wie die Kommunen? Die Besteuerung der Elektrizität zieht die ihres Konkurrenten, des Gases, nach sich. Auch das Gas macht höhere Belastungen durch bessere Einrichtungen bei der Verwendung wieder wert; so sind trotz der gestiegenen Kohlenpreise die Gaspreise in der Zeit von 1892—1907 beständig gesunken.

Wenn man mich auf Grund dieser Steuern als „Dunkelmann“ bezeichnet hat, so dürfte dabei doch eine Verwechselung zwischen innerer Erleuchtung und äußerer Beleuchtung zugrunde liegen. (Weiterkeit.) Eine Erleuchtung der Konkurrenzfähigkeit der elektrischen Industrie gegenüber der des Auslandes ist bei ihrer technischen Höhe nicht zu befürchten. Auch kommt man ja mit solchen Einwänden nicht, wenn es sich um sozialpolitische Fragen handelt. Besonders hat man von einer Vorkriegsbelastung des Südens gesprochen. Sie werden mir keinen Fall nennen können, wo das Reich den Süden abfällig stärker zu Steuern herangezogen hätte als Norddeutschland. (Widerspruch im Zentrum.) Ich will hoffen, daß die Ausnutzung der Wasserkräfte im Süden die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllt, obgleich ich diese Hoffnungen für etwas übertrieben halte. Aber, es ist zu beachten, daß die Gewinnung der Elektrizität aus Wasserkräften erheblich billiger ist, als die Gewinnung aus Kohlen. Infolgedessen trifft die Steuer die aus Kohlen

gewonnene Elektrizität viel höher, als die Elektrizität aus Wasserkräften.

#### Gegen

#### die Inkeratensteuer

hat sich die Presse ziemlich einstimmig ausgesprochen. Demgegenüber habe ich aus dem Publikum nach Hunderten Zustimmungserklärungen erhalten. (Weiterkeit.) Ich bin also im Zweifel, ob in diesem Falle die öffentliche Meinung mit der Presse in Uebereinstimmung ist. Im Grunde genommen ist die Anzeigensteuer eine populäre Steuer, ihre Veranlassung ist der zunehmende Gebrauch des Inkerats. Nach vorläufiger Schätzung werden jährlich 412 Millionen Mark für Inkerate ausgegeben, wahrscheinlich ist es mehr, etwa 500 Millionen Mark, also so viel, als das Reich an neuen Steuern braucht. (Weiterkeit.) Je mehr für Inkerate ausgegeben wird, desto größer ist der wirtschaftliche Vorteil. Es ist berechtigt, daß das Reich den dadurch erlangten Vorteil besteuert. Die Steuer muß so eingerichtet werden, daß nicht die Presse getroffen wird, sondern der Inkerant. In erster Linie sollen die Großinkeranten getroffen werden. Daß sie zufolge der Steuer weniger inkerieren werden, trifft nicht zu; denn sie versprechen sich vom Inkerieren wirtschaftliche Vorteile. Der Einwand, daß die Steuer eine Steuer auf die Bildung sei, ist ganz hinfällig.

Man sagt auch, die Inkerate werden abwandern in den redaktionellen Teil. Daß es dazu nicht kommt, daran hat die Presse selbst ein großes Interesse, und sollte es doch der Fall sein, so sieht der Gesetzentwurf vor, dem Bundesrat entsprechende Befugnisse zu erteilen. Die Presse sollte den Gesichtspunkt des eigenen Ruhms hinter den des Interesses der Gesamtheit zurücktreten lassen.

Ich komme nun endlich zu der Belastung des Besitzes. Es kann sich nicht um eine Sonderbesteuerung einzelner Besitzenden handeln, sondern alle Arten des Besitzes müssen gleich getroffen werden. Gegen eine Vermögenssteuer spricht die Notwendigkeit der Rücksicht auf die Einzelstaaten. Eine solche Vermögenssteuer durch das Reich würde je nach der Verschiedenheit der Einkommensteuer in den einzelnen Bundesstaaten in diesen sehr verschieden wirken. Eine Umlegung der Vermögenssteuer nach Kopfquoten auf die Bundesstaaten durch Erhöhung der Matrifularumlagen hat auch ihre großen Bedenken; die Finanzen der Bundesstaaten würden dadurch schwer geschädigt. Es bleibt also

#### die Erbschaftsteuer

übrig. Der Kern der Frage ist, ob die bestehenden Ausnahmen für Ehegatten und Lebenden, die drei Viertel aller Erbschaft ausmachen, mit Recht zu beseitigen sind. Jeder Erbschaft stellt für den Erben einen wirtschaftlichen Vorteil durch Zufall dar. Eine ganz allgemeine Nachlasssteuer findet sich fast im ganzen übrigen Europa, ferner auch in den Hansstädten und in Württemberg. Auch ist es nur bei dieser Form möglich, eine Art Wehrsteuer einzuführen. Der Entwurf will den Nachlaß von 20 000 M. an mit einer Steuer von 1/2 bis 3 Proz. belegen. Man wendet gegen die Steuer ein, sie werde den Familienstand beeinträchtigen. Aber eine enge Verbindung zwischen Familienstand und Besitz besteht gar nicht, die Nichtbesitzenden haben nicht weniger Familienstand als die Besitzenden. Man sagt, der Erbe habe oft beizugehen zum Erwerbe des Vermögens. Dann hat er aber auch den Vorteil davon gehabt. Weiter sagt man, die Vielwitwe werde verlegt, der Steuererklärer stelle sich beim Grabe ein! Aber jeder weiß doch, daß das nicht zutrifft. Eine gewisse Verechtigung hat der Einwand, daß der Grundbesitz schwerer getroffen wird, als der bewegliche Besitz. Aber diesem Umstande hat der Entwurf volkswirtschaftlich Rechnung getragen durch die Vorschriften: in welcher Weise die Schätzung des Grundbesitzes stattfinden soll, weiter dadurch, daß bei erneutem Todesfall in fünf Jahren die Steuer nicht wieder erhoben werden soll. Man kann also gewiß nicht sagen, wie es in einer Zeitung geschah, die hier vorgeschlagene Nachlasssteuer lege die Art an die Wurzel des besitzenden Grundbesitzes. — Auch bei dieser Steuer soll den Bundesstaaten eine Beteiligung an dem Ertrage der Steuer vorbehalten werden.

#### Ich komme noch kurz auf den Vorschlag der

#### Wehrsteuer.

Ihren Grundgedanken halte ich für berechtigt, doch waren die früheren Vordränge nicht durchführbar. Die einzig mögliche Art ihrer Verwirklichung, die auch jeden Verdacht beseitigt, als läme eine Ueberlastung vom Militärdienst in Betracht, ist ihre Verbindung mit der Nachlasssteuer in Form eines Zuschlages. Vorgeschlagen sind 1/2 Proz. des Nachlasswertes.

#### Redner geht des weiteren noch auf die

#### Neuregelung der Matrifularbeiträge

ein. Das System der aufgehobenen Matrifularbeiträge soll verfestigt werden und die Matrifularbeiträge auf eine Höchstgrenze festgesetzt werden.

An den Schluß meiner Darlegungen möchte ich ein Wort stellen, das ein englischer Staatsmann 1717 über neue Steuern gesprochen hat: „Die tägliche Erfahrung lehrt uns, daß es nichts gibt, was so den Reigungen der Menschen zuwider wäre, wie die Einführung von Steuern!“ (Lebhaftes Echo richtig! und Weiterkeit.) Sehr richtig! sage ich mit Ihnen. Bei all Ihrer Kritik der Regierungsvorschläge, die nicht ausbleiben wird, bitte ich Sie, eine Frage nicht unbeantwortet zu lassen, wenn Sie die vorgeschlagenen Steuern er-möglichen oder ablehnen wollen. Woher soll sonst das unbedingt nötige Geld kommen? (Sehr richtig! rechts.) Ueber die Einzelheiten wird sich diskutieren lassen, an gewissen Grundzügen aber müssen die verbündeten Regierungen festhalten. Erstens daran, daß neue Steuern in Höhe von 500 Millionen notwendig sind, zweitens, wenn gleichzeitig die Fabrikartensteuer beseitigt und die Zuckerversteuerung ermäßigt werden soll. Zweitens daran, daß die Steuern sowohl den Konsum, und zwar den Massenkonsum wie den Besitz, und zwar alle Arten des Besitzes, treffen müssen. Drittens muß die Regelung der finanziellen Verhältnisse zwischen den Bundesstaaten und dem Reich auf der Basis der Beseitigung der aufgehobenen Matrifularbeiträge und der festen Begrenzung derselben erfolgen. Viertens müssen die neuen Mittel zu einer energischen Anleihepolitik verwandt werden, und es muß bei Vermeidung neuer Objekte auf Anleihen mit allgeringster Realität vor-gegangen werden, sie muß womöglich ganz vermieden werden. (Bravo!) Endlich muß mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit in Zukunft der Grundjah gewahrt werden, daß neue Ausgaben nur übernommen werden dürfen, wenn auch Deckung dafür vorhanden ist. (Lebhaftes Zustimmung links und im Zentrum.)

Wir sind uns alle vollkommen bewußt, was es heißt, 500 Millionen Mark jährlich von dem deutschen Volke zu fordern. Wir sind uns aber auch bewußt, daß wir vor einer harten Notwendigkeit stehen. Die Frage ist: Will das deutsche Volk die Kosten übernehmen, die notwendig sind, wenn es die politische und wirtschaftliche Stellung aufrechterhalten will, die seiner kulturellen Bedeutung entspricht, oder soll es allmählich auf die Bahn herabgleiten, die das alte Deutsche Reich befolgt hat, das nicht zuletzt an der Schwäche seiner finanziellen Lage gescheitert ist? (Sehr richtig! rechts.) Ich zweifle nicht, wie die Mehrheit des Volkes antworten wird. Soll aber der Weg aufwärts gehen, so müssen alle Hindernisse überwunden werden; dazu gehört ein starker Wille, der den Blick richtet auf die unbedingt notwendige Notwendigkeit, das Ziel zu erreichen. Und dieser starke Wille muß getragen werden von dem kategorischen Imperativ einer starken, breiten, ich möchte fast sagen leidenschaftlichen Vaterlandsliebe. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

#### Darauf v e r t a g t sich das Haus auf Freitag 1 Uhr.

Interpellationen des Zentrums und der wirtschaftlichen Vereinigungen betr. das Grubenunglück auf Sege „Raddo“. Darauf Fortsetzung der heutigen Beratung.

#### Schluß 6 1/2 Uhr.

Die Ausführungen des Genossen Sebering in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages über die Arbeitslosen-Unterstützungen durch den Deutschen Metallarbeiterverband sind in unserem Bericht

nicht ganz genau wiedergegeben. Nach dem amtlichen Stenogramm sagte Genosse Severing:

Der 7. Bezirk des Metallarbeiterverbandes Rheinland und Westfalen zählte im Jahre 1907 83 738 M. an Arbeitslosenunterstützung, in drei Quartalen 1908 gab er die Summe von 170 782 M. aus. Die Verwaltungsstelle Bielefeld des Metallarbeiterverbandes zählte vom 1. Oktober 1906 bis zum 30. September 1907 — also vor der Krise — insgesamt 11 427,39 M. an Arbeitslosenunterstützung, vom 1. Oktober 1907 bis Ende Oktober 1908 dagegen 108 782 M. Die Verwaltungsstelle Solingen des Deutschen Metallarbeiterverbandes zählte in zwei Quartalen des Jahres 1908 89 470 M., der Industriearbeiterverband für den gleichen Zeitraum 45 777 M., die beiden Organisationen mit einigen anderen kleinen Gewerkschaften in Solingen zusammen in einem halben Jahre 150 000 M. Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes zählte in den ersten drei Quartalen des Jahres 1908 an 10 317 Arbeitslose die Summe von 581 619 M. Arbeitslosenunterstützung aus."

## Parlamentarisches.

### Seniorenkonvent des Reichstags.

Die Erwartung, daß dem Donnerstag in aller Frühe zu einer Mittagskündigung zusammenberufenen Seniorenkonvent des Reichstags nähere Mitteilung über den Vortrag des Reichsanwalters beim Kaiser gemacht würden, ist arg enttäuscht worden.

Der Präsident ließ sich daran genügen, den Senioren zu erzählen, daß der Reichsanwalt nach seiner Rückkehr von Potsdam, neben dem Staatssekretär des Innern und den preussischen Ministern auch den Reichstagspräsidenten zu sich gebeten habe, um ihm mitzuteilen, daß die offizielle Erklärung des Reichsanwalters über das Resultat der Unterredung, am Dienstagabend im „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben werde.

Da es sich nicht um eine Denkschrift an den Reichstag gehandelt habe, so nähme der Reichsanwalt, dem bisherigen Brauche folgend, davon Abstand, dem Reichstag selbst eine Mitteilung über den Verlauf der Unterredung zu machen, biete jedoch den Präsidenten, dem Reichstage in geeigneter Weise von seiner Unterredung mit dem Kanzler Kenntnis zu geben.

Auf eine Anfrage, ob der Präsident die Angelegenheit damit für den Reichstag als erledigt betrachte, meinte der Präsident, daß er nach Erledigung der ersten Beratung der Finanzreform vorschlagen werde, einen Scherzversuch abzuhalten, an dem voraussichtlich der freisinnige Initiativantrag auf Erlass eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes zur Verhandlung käme, wobei dann seiner Meinung nach auch die Kritik des „Reichsanzeigers“ diskutiert werden könne.

In einer längeren Aussprache wurde die Notwendigkeit betont, in Verbindung mit dem freisinnigen Antrag auch die sozialdemokratischen Initiativanträge auf Abänderung der Verfassung und der Geschäftsordnung, sowie den von dieser Partei eingebrachten Gesetzesentwurf betr. die Verantwortlichkeit des Reichsanwalters — Anträge, die in Konkurrenz der Verhandlungen über das „Kaiserinterview“ gestellt sind — zur Beratung zu stellen. Auch der Rentrumsantrag (Ministerverantwortlichkeit) sowie der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung (Adresse an den Kaiser) sollten gleichzeitig beraten werden, damit der Reichstag in der Lage sei, in einer einheitlichen Diskussion alle bei dieser Frage in Betracht kommenden Gesichtspunkte zu erörtern und zu einem abschließenden Urteil sowie den nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu gelangen.

Die in den Auskünften nach der Beratung der ersten Lesung der Finanzreform Folge gegeben werden, da man allseitig der Ansicht ist, daß diese Angelegenheit noch vor den Weihnachtsferien im Reichstag verhandelt werden müsse.

Von sozialdemokratischer Seite wurde nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen, neben der oben erörterten Frage auch die Interpellationen wegen des enstehenden Gebrauchungsplans umgehört zur Verhandlung zu bringen, und der Präsident ersucht, die Interpellationen auf die Tagesordnung für Freitag zu setzen. Der Reichstag könne und solle nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Verhandlung über die Ursachen dieses das ganze Volk aufs tiefste erschütternden Vorfalles noch länger hinausgeschoben werden, und wenn die Regierung mit der Verantwortung der Reichstagsinterpellationen noch warten wolle, so möge sie vor dem Lande die Verantwortung tragen. Eine Unterbrechung der Finanzreformberatung sei zwar nicht angenehm, aber gegenüber der Bedenksamkeit des Gegenstandes der Interpellationen nicht zu umgehen.

Die Notwendigkeit einer sofortigen Verhandlung der Interpellationen wurde von allen Seiten anerkannt. Der Präsident wurde vom Seniorenkonvent ersucht, als ersten Punkt für die Tagesordnung vom Freitag dem Hause die Beratung der Interpellationen vorzuschlagen. Falls die Regierung die Verantwortung an einem anderen Tage vornehmen will — ein ihr nach der Geschäftsordnung zustehendes Recht —, so wird die Beratung der Finanzreform fortgesetzt; in diesem Falle werden die Interpellationen vermutlich am Montag nächster Woche zur Beratung gelangen und die Verhandlung der Finanzreform für die Dauer der Interpellationsbesprechung ausgesetzt.

Da der Seniorenkonvent darüber einig ist, daß die Interpellationen, Anträge aus Anlaß des „Kaiserinterviews“, Finanzreform, Etat und Befoldungsvorlage — die Gesetze natürlich nur in erster Beratung — noch vor der Weihnachtspause erledigt werden sollen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Weihnachtsferien einige Tage später — etwa am 15. bis 18. Dezember — beginnen müssen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat am Donnerstag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Während die beantragte Erhöhung des Gehalts der Navigationslehrer, langjährigsten und technischen Lehrer abgelehnt wurde, gelangte ein Kompromißantrag auf Aufbesserung der Polizeigehälter zur Annahme. Die Beamten beziehen heute 3000 bis 5000 M.; sie sollen nach der Regierungsvorlage im Endgehalt bis auf 5400 M. steigen. Der Kommission geht das nicht weit genug, sie beschloß mit allen gegen 8 Stimmen eine Erhöhung des Endgehalts um weitere 600, also auf 6000 M. Der Vertreter des Finanzministers, Unterstaatssekretär Domböis, widersprach dem Antrag; er wies nach, daß die Polizeigehälter eine weitere Aufbesserung nicht nötig haben, da sie bereits den Wohnungszuschuß der höheren Beamten beziehen sollen, was für jeden Berliner Polizeibeamten allein 450 M. mehr als bisher ausmacht. Ferner warnte der Regierungskommissar davor, die Bureaubeamten besser zu stellen als die Beamten des Aufwendungsstellen. Er machte darauf aufmerksam, daß selbst die Polizeihauptleute in Berlin nur 5400 M. Höchstgehalt beziehen. — Die Kommission ging über alle diese Bedenken hinweg.

Weniger Entgegenkommen bewies die Kommission den Seminaroberlehrern: sie lehnte verschiedene Anträge, auch die auszubessern, rundweg ab. Gleichfalls abgelehnt — allerdings nur mit 13 gegen 12 Stimmen — wurden Anträge, die eine Verringerung der Geistlichen bei den besonderen Gefängnissen, bei der Strafanstaltsverwaltung, beim Charitékrankenhaus in Berlin sowie der Direktoren bei einigen Erziehungsanstalten betrafen. In der Debatte wandte sich Unterstaatssekretär Domböis grundsätzlich gegen die Gleichstellung der Geistlichen mit den Oberlehrern.

Eine lebhafteste Erörterung knüpfte sich an die Vorschläge der Regierung betr. die Befoldung der Beamten der Klasse 32 (3000 bis 6000 M. Gehalt). Dies Gehalt sollen auch eine Anzahl von erledigenden Sekretären bei den Ministerien beziehen. Es handelt sich da um Subalternbeamte, die über alle übrigen Subalternbeamten weit hinausgehoben werden. Während der Regierungsbekanntmachung dieser Maßnahmen mit dem Hinweis auf die historische Entwicklung begründet, waren sich alle Redner darin einig, daß es ungerecht sei, einfach alle diese Beamten so reichlich zu besolden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, doch wurde für die zweite Lesung ein Antrag angekündigt, die in Betracht kommenden Beamten in eine niedrigere Klasse (Klasse 3, mit 4200 bis 6300 M.) zu versetzen und nur besonders hervorragende von ihnen mit dem höheren

Gehalt zu bedenken. Eine andere Anregung ging dahin, sie in Klasse 28 (3000 bis 6000 M.) zu versetzen. Natürlich kann das nur für später anzustellende Beamte gelten, da jeder Beamte einen rechtlichen Anspruch auf das Gehalt besitzt, das er zurzeit bezieht.

Interessant war eine Auskunft des Geheimrats Krohne über die Gründe, aus denen die Direktoren der Strafanstalten so verschiedenen Gehaltsklassen angehören. Hiernach werden für solche Anstalten, die Zügelblinde aufnehmen, Arbeitsanstalten, Staatsanwaltschaft oder Geistliche als Direktoren angestellt, für Anstalten, die in der Hauptsache Vorbestrafte aufnehmen, dagegen ehemalige Offiziere. Sollte es im Hinblick auf das Ziel der Besserung der Gefangenen nicht angebracht sein, von der Anstellung von Offizieren völlig abzusehen?

Mit Rücksicht darauf, daß am Freitag das Plenum wieder zusammentritt, findet die nächste Sitzung erst am Montag, eventuell Montagabend statt.

Die Lehrerbefoldungskommission des Abgeordnetenhauses setzte Donnerstag vormittag nach fast achtstündiger Pause ihre Beratungen fort. Von seiten der Regierung wurde mit Genehmigung anerkannt, daß jetzt bei allen (?) Parteien Einigkeit darüber herrsche, daß, wenn der Staat Mindestgehälter festsetzt, er auch Höchstgehälter festsetzen müsse. Damit ist also die Bremse gesichert, was namentlich die Lehrer in den großen Städten und im Industriegebiet höchst unzureichlich berühren wird. Die Regierung begründet die Preiserei damit, daß das Gesetz von 1897 gescheitert sei, weil zwischen einzelnen Provinzen eine Differenz in den Gehältern in der Grenze von 1800 bis 3800 M. möglich war; es habe deswegen um die höheren Gehälter ein Kampf begonnen, der unbedingt im Interesse des Staates, der Gemeinden und der Volksschule beendet werden müsse. Diese Darlegung läßt ganz außer acht, daß doch schon vor 1897 ein heftiger Kampf der Lehrerschaft um Beförderung geführt wurde. Wenn es durch das Gesetz von 1897 nicht gelang, Ruhe zu schaffen, so ist dies ein sehr schlechtes Zeugnis für die Sachkenntnis, mit der das Gesetz geschaffen wurde.

Von den Preiskonferenzen und Konferenzen, die ja angeblich ein so warmes Herz für die Lehrer haben, wurde ein heftiger Kampf geführt, um die Ortszulage nicht pensionsfähig zu machen: Es sei gar keine Veranlassung, diese Zulage, die doch nur wegen der Teuerung am Dienstort gezahlt würde, bei der Pension zu berücksichtigen, da ja der in Ruhestand getretene Lehrer nach einem billigeren Orte ziehen könnte! Doch damit die Familien- und Gesellschaftsverhältnisse zerstört werden, das sich die „Freunde“ der Lehrer nicht an. Wenn nur dem Lande Leute zugeführt werden! Aus diesem Verhalten und aus den Neuierungen der höchsten Regierungsvertreter: daß der Hauptzweck der Regierungsvorlage sei, Ruhe, selbst unter Anwendung von Gewalt, zu schaffen, nicht aber die Beseitigung der unzulänglichen Gehaltsverhältnisse, wird den Lehrern ein Licht aufgeleuchtet, wie sie durch diese Vorlage auf lange Zeit in der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gehemmt werden.

Für die Berliner Lehrer würde die Nichtpensionsfähigkeit der Ortszulage bedeuten, daß die Pension beim Höchstgehalt um 800 M., die Witwenpension um 240 M., die Zulüsse an ein Kind um 40 M. herabgesetzt würden. Hier zeigt sich die ganze Gedankenlosigkeit und Oberflächlichkeit, mit der in dieser Kommission gearbeitet wird. Seitens der Regierung wurden diese Anträge nur sehr matt bekämpft, so daß für die Lehrer in größeren Städten tatsächlich die Gefahr besteht, eine wesentliche Verschlechterung ihrer Bezüge zu erhalten.

## Aus der Partei.

### Gemeindevahlen.

Im Fürstentum Neuchâtel, so wird uns aus Gera berichtet, finden zur Zeit die Ergänzungswahlen zu den Gemeinderäten statt. Bei den bisher vorliegenden Wahlen hat die Sozialdemokratie recht gut abgeschnitten. In Unterem Haus haben sie ein Mandat behauptet und eins erobert; in Zwölven wurden ihre acht Kandidaten gewählt, ohne daß die bürgerlichen Parteien eine Gegenliste aufgestellt hätten; in Langenberg siegte ebenfalls ihre Liste. In Unterem Haus und Langenberg sind die sozialdemokratischen Stimmen erheblich gewachsen.

Die Schweizerische sozialdemokratische Partei hält am 28. und 29. November in Olten ihren diesjährigen ordentlichen Parteitag ab. Auf der provisorischen Tagesordnung stehen u. a. die staatliche Mobilitätsversicherung, internationales sozialistisches Bureau, Revision der Parteistatuten, das Getreidemonopol, die Wählbarkeit der Eisenbahner in Gemeinde- und Kantonsbehörden. Unter den Anträgen figuriert einer der agrarischen Bräutigame, der die Partei auffordert, die Volksabstimmung für die Proportionalwahl des Nationalrates zu verlangen. Mit diesem Antrag hat sich bereits die Parteipresse beschäftigt und sie stimmt ihm zu mit Ausnahme des Luzerner „Demokrat“, der in seiner Kritik zu scharf und zu weitgehend von „Dummheiten“ redet. Berggegenwärtig man sich aber, daß die sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich zu den letzten Nationalratswahlen nicht einmal einen eigenen Kandidaten aufstellte, trotzdem 1906 der sozialdemokratische Kandidat 2714 Stimmen erhalten hatte und in die Stichwahl gekommen war, so könnte man fast von einer Konsequenz der Taktik der Passivität reden. Gemäßigt ist allerdings der „Demokrat“ ebenfalls für die proportionale Wahl des Nationalrates. In dieser Frage gab es schon vor acht Jahren, am 4. November 1900, eine Volksabstimmung, in der aber die Proporzinitiative mit 270 502 gegen 145 936 Stimmen verworfen wurde. Seitdem hat aber der Proporzgedanke in der Schweiz und im Auslande weitere praktische Geltung und die sozialdemokratische Partei hat eine erhebliche Verstärkung erfahren, mit der ihre Vertretung im Nationalrat im schreiendsten Mißverhältnis steht. Inzwischen hat die christlichsoziale Partei des Kantons Zürich bereits die Volksinitiative für die Proportionalwahl des Nationalrates beschlossen, zu deren Durchführung sie mit anderen Parteien zu gemeinsamem Vorgehen in Verbindung treten will.

Zum Thema Getreidemonopol hat Genosse Seidel als Referent bereits eine längere Resolution aufgestellt, in der er das Getreidemonopol fordert zur Beseitigung des Privatmonopols der Getreidehändler und der Ausbeutung der Konsumenten, wobei es sich um eine Summe von 150 Millionen Franken jährlich handelt; zur Bekämpfung der Mähererei und der Zerstörung der ausländischen Mähererei; zur Herbeiführung menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse mittels Gemeinde- und Genossenschaftsbäckereien. Endlich soll das staatliche Getreidemonopol bewickeln, daß genügende Getreidevorräte zur Volksernährung aufbewahrt und den Konsumenten billiges Brot beschafft werde. Daher soll das Monopol weder fiskalischen, noch agrarischen Zwecken dienen und ein eventueller Gewinn soll zur Sicherung und zum Ausbau der Monopolverwehre selbst sowie zu sozialen Zwecken (Alter- und Invalidenversicherung, Förderung des Genossenschaftswesens) verwendet werden.

Verzweigt hat sich auch der Parteisekretär Dr. Bauer für das Getreidemonopol ausgesprochen, aber für ein solches à la Remy nur zur Sicherung hoher Getreidepreise für die Agrarier. Für ein staatliches Getreidemonopol zu diesem Zwecke müßten sich die Arbeiter schämebedenken. Denn dabei kämen sie vom Regen in die Traufe.

### Die Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei.

London, 14. November. (Fig. Ver.)

Die britische Arbeiterpartei hält ihre 9. Jahreskonferenz Ende Januar 1909 in Portsmouth ab. Allein schon am 1. November lagen die Resolutionen der Organisations- und Parteivorstände vor und sie wurden gestern veröffentlicht. Die gedruckten Resolutionen gehen sodann an die Organisations- und Parteivorstände, die das Recht haben, Zusatzanträge (Amendements) zu stellen. Einige Wochen vor der Konferenz werden die Resolutionen nebst Zusatzanträgen gedruckt und dienen als Beratungsgegenstände der Konferenzteilnehmer. Unter den Resolutionen sind folgende bemerkenswert:

Die Tagesleiter beantragen folgenden Zusatz zu den Parteiforderungen: „Das Endziel der Partei besteht darin, den

Arbeitern die ganzen Ergebnisse ihrer Arbeit zu sichern durch den Umsturz des herrschenden kapitalistischen, auf Konkurrenz begründeten Systems und der Einführung eines Systems gesellschaftlichen Eigentums und gesellschaftlicher Verwaltung der Produktionsmittel.“

Die Organisations- von West Ham und Huddersfield verlangen, daß die Parteikandidaten entweder als Arbeiter oder als sozialistische Arbeiter auftreten sollen.

Der Briefträgerverband beantragt ein Labelstotum gegen den Parteivorstand wegen dessen ablehnender Haltung bei der parlamentarischen Wahl in Dundee, wo der Vorstand den Genossen Stuart nicht unterstützen wollte.

Die Dockarbeiter beantragen: „Es soll keinem Arbeiter- Abgeordneten oder Arbeiterkandidaten gestattet sein, in Versammlungen zu sprechen, die legislative Fragen der Religion, Temperenz oder Politik behandeln sollen und von der Regierungspartei einberufen sind, außer wenn solche Gesetzesmaßnahmen von den Konferenzen der Arbeiterpartei gebilligt worden sind.“

Zur Verbesserung des Alterspensionsgesetzes beantragen die Dockarbeiter: „Die Altersgrenze ist auf 55 Jahre zu setzen; im Falle der Invalidität soll die Pension schon mit dem 30. Jahre beginnen; die hierzu nötigen Finanzmittel sind zu beschaffen durch eine Steuer von 10 Proz. bei Einkommen von über 20 000 Pfd. Sterl.; 15 Proz. bei Einkommen von über 30 000 Pfd. Sterl.; 20 Proz. bei Einkommen von über 40 000 Pfd. Sterl.; 5 Proz. bei Einkommen von über 50 000 Pfd. Sterl.“

Das Internationale Bureau der sozialistischen Jugendorganisationen zu Wien erläßt folgende Erklärung:

Zu der Erwägung, daß die italienische sozialistische Föderation Nationale Giovanile Socialista, da sie außerhalb der italienischen Parteioffiziellen steht und somit auch nicht der sozialistischen Internationalen angehört, auch nicht Mitglied der Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen sein kann;

in der ferneren Erwägung, daß diese Organisation in der Zeit ihrer bisherigen Mitgliedschaft die Pflichten gegenüber dem Internationalen Sekretariat stets vernachlässigt hat;

Beschließt das Internationale Bureau den Ausschluß dieser Organisation aus der Internationalen Verbindung.

Die der italienischen Partei angeschlossene Federazione Italiana Giovanile Socialista wird definitiv in die Internationale Verbindung aufgenommen.

## Professor Dr. Ruhland kontra Professor Dr. Biermer

Vor der 147. Abteilung des Schöffengerichts unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Jodisch stand gestern Hauptverhandlungstermin an in der Privatklage des Professors Dr. jur. et phil. Ruhland wider den Professor der Staatswissenschaften an der Universität Gießen, Dr. jur. et phil. Magnus Biermer. Letzterer wird vom Rechtsanwalt Leop. Gottschall und Geh. Justizrat Gustav Gießen (Gießen) verteidigt. Rechtsbeistände des Privatklägers sind die Rechtsanwälte Ulrich und Dr. Friedrich Arthur Meyer. — Gegenstand der Privatklage ist eine im Jahre 1903 erschienene Streifenschrift des Professors Dr. Biermer unter dem Titel: „Ruhland, Adler-Langsdorf u. Co.“. Diese Broschüre enthält eine scharfe beleidigende Charakteristik des Privatklägers. Es wird unter anderem ausgeführt, daß es in Preußen, insbesondere in der Nationalökonomie und Theologie, Straßprofessuren gebe, um auf den Universitäten die freibetrieblichen Richtungen nicht aufkommen zu lassen, trotzdem sei es dem Professor Ruhland noch nicht gelungen, in Preußen einen Lehrstuhl zu finden. Ruhland sei diese Jahre Freihändler, Goldwährungsmann und „Güterzertrümmerer“ gewesen, der im Auftrage eines Großindustriellen, der auch Großgrundbesitzer werden wollte, zahlreiche Bauerngüter für diesen aufgekauft habe. Er habe einmal der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ den Vorstoß gemacht, eine Antigranitsäule zu gründen, sei aber damit hinauskomplimentiert worden. Dann sei er plötzlich mit einer Broschüre über die Rolle der Landwirtschaft in die Öffentlichkeit getreten, habe darin den Freihandel heftig bekämpft, sei für die Doppelwährung eingetreten und habe den Antrag Rahn als unerlässliche Forderung seines Agrarprogramms bezeichnet. Danach sei er bald bezahlter Experte des Bundes der Landwirte geworden. Die Broschüre Ruhlands wird als Beweis des mangelnden Verständnisses für das soziale Empfinden der Volksmassen hingestellt und Professor Ruhland als wissenschaftliches Chamäleon behandelt, der es fertig gebracht habe, obwohl Protestant, an der katholischen Dominikaner-Lehranstalt in Freiburg (Südwest) eine Professur zu übernehmen. Alle anständigen deutschen Katholiken hätten sich von dieser Lehranstalt abgewandt, weil sie fortgesetzt das Deutsche Reich bespöche. Der antisemitische heftige Landtagsabgeordnete Adler-Langsdorf gehe in der zweiten heftigen Kammer unter Berufung auf den Bund der Landwirte in der aufdringlichsten Weise für eine Professur Ruhland hafteren, es sei der Firma „Ruhland, Adler-Langsdorf u. Co. G. m. b. H.“ für akademische Stellenvermittlung — aber noch nicht gelungen, einen Erfolg zu erzielen usw. usw. — Durch den Inhalt dieser Broschüre fühle sich Professor Ruhland beleidigt und hat die Klage angehängt. Diese wird im kleinen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichtgebäudes verhandelt. Als Sachverständige sind geladen: Professor Dr. Conrad-Halle a. S. und Professor Dr. Veris-Göttingen.

Vor Eintritt in die Verhandlung stellt Rechtsanwalt Dr. Meyer einen Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen Prof. Dr. Conrad in Aussicht. — Rechtsanwalt Dr. Gottschall wendet sich gegen den Antrag. Es sei sehr bezeichnend, daß, nachdem die Professoren Schmoller, Brentano und Wagner abgelehnt worden, nun auch Professor Conrad abgelehnt werden solle. Wenn alle Sachverständigen abgelehnt werden sollen, dann würde vielleicht nur noch der Generalsekretär des Bundes der Landwirte als der dem Privatkläger genehme Sachverständige übrig bleiben.

Das Gericht beschließt, den Antrag des Verteidigers auf Ablehnung des Professors Conrad als Sachverständiger abzulehnen. Es erfolgt hierauf die Verlesung der ganzen Broschüre des Angeklagten, welche 54 Druckseiten umfaßt.

In der Broschüre wendet sich der Verfasser gegen die Degradierung der Nationalökonomie als Lehrfach zu einem Mittel für die bessere Vertretung selbsttätiger wirtschaftlicher Interessen. Behauptet ist in der Broschüre unter anderem, nicht Herr Adler-Langsdorf, sondern Professor Dr. Ruhland habe den Antrag Adler-Langsdorf beantragt oder mindestens inspiriert, er sei der eigentliche spiritus rector „der ganzen widerlichen Affäre“. Unter dem Vorwande, für die Parität wissenschaftlicher Richtungen an den Universitäten grundsätzlich eintreten zu wollen, inszeniere man einen Konkursausverkauf, in dem man einen agrarpolitischen Publizisten, den man schon lange auf Lager habe, den aber keine andere Reichsuniversität wegen seiner notorischen Gesinnungs- und Charakterlosigkeit auch nur zur Habilitation als Privatdozent zulassen würde, dem heftigen Staate als Ordinarius „50 Prozent unter dem Selbstkostenpreise“ offeriere. Wenn sich ein Nationalökonom, überhaupt ein Gelehrter, zu einem solchen verwegenen Wandeber herbeige, so richte er sich in den Augen aller anständigen Menschen ganz von selbst.“ Es wird dann dargelegt, daß Professor Ruhland noch 1894 den Standpunkt der Freihändler „entschieden als richtiger“ anerkannt als den der Schutzhändler, er habe dann Wandlungen ganz unvermittelter Art erlebt, die über das Maß des Erlaubten hinwegwühlten hinausgingen. Heute sei Herr Ruhland Bauerfreund, radikaler Agrarhülfskäufer und Angestellter des Bundes der Landwirte.

In der Weisaufnahme wird zunächst der Abgeordnete Adler-Langsdorf vernommen, der auch den Wahlkreis Gießen im deutschen Reichstage vertritt und am 19. Dezember 1902 bei der zweiten heftigen Kammer den in der Broschüre des Angeklagten behandelten Antrag bezw. die Anfrage gestellt hat. Er bestreitet, daß Professor Ruhland irgend etwas dazu getan habe, um ihn zu be-

wegen, Professor Ruhland zu präsentieren. Nicht dieser habe ihn, sondern er habe Professor Ruhland gelobt.

Zeuge Schriftsteller Edmund Klapper: Er habe auf den Antrag Köhler-Langdorf weder brieflich noch mündlich eingewirkt, auch nicht gewußt, daß überhaupt beabsichtigt war, eine neue Professur für Nationalökonomie an der Universität Gießen einzurichten. Als er die Nachricht aus Dessen erhielt, sei er sehr überrascht gewesen, er habe die Nachricht Herrn Ruhland mitgeteilt und die Empfehlung gehabt, daß dieser ebenso überrascht war und auch vorher von dem Antrag nichts wußte. Der Zeuge erklärt auf Verlangen, daß er seit einigen Jahren mit dem Privatkläger befreundet sei, aber doch noch bis in die neueste Zeit hinein manche sachliche Differenzen mit demselben auszulämpfen gehabt habe.

Der Personal-Dejement aus dem Kultusministerium Geh. Rat Ester soll bekunden, ob die Behauptung des Angeklagten richtig ist, daß der Zeuge im Auftrage des Kultusministers an ihn, den Privatkläger, die Frage gerichtet habe, ob er eine Professur an einer preussischen Universität annehmen wolle, und daß der Privatkläger abgelehnt habe.

Geh. Rat Ester: Vor einigen Jahren habe eine Unterredung stattgefunden, die durch den Abgeordneten Frh. v. Wangenheim veranlaßt worden sei. Frh. v. Wangenheim habe mit Erzellenz Althoff und ihm, dem Zeugen, gesprochen, ob es nicht möglich sei, dem Professor Ruhland eine Professur an einer preussischen Universität zu übertragen. Es sei ihm darauf die Antwort gegeben: Ja, warum nicht? Wenn er seitens einer Fakultät vorgeschlagen werde! Der Kultusminister habe immer den Standpunkt vertreten, daß allen wissenschaftlich legitimirten Richtigungen Raum auf den Universitäten gewährt werden sollte. Dann habe ihn Professor Ruhland eines Nachmittags im Ministerium aufgesucht und über dieses Thema mit ihm gesprochen. Er habe ihm nichts anderes erwidert, als was er Herrn v. Wangenheim gesagt hatte: „Gewiß können Sie berufen werden, wenn Sie vorgeschlagen werden, aber ein solcher Vorschlag liegt nicht vor.“ Die Sache sei nicht so weit gekommen, daß sie dem damaligen Kultusminister vorgebracht wurde, sondern es handelte sich nur um eine vorläufige und unverbindliche Besprechung. Er, Zeuge, wäre gar nicht berechtigt gewesen, bei Herrn Professor Ruhland anzufragen, ob er bereit wäre, eine Professur an einer preussischen Universität anzunehmen. — Professor Ruhland: Der Unterredung mit dem Zeugen ging ein längerer Vortrag beim Kultusminister voraus. — Prof. Ruhland bleibt dabei, daß der Zeuge beim Empfang die Frage an ihn gerichtet habe: Ich habe im Auftrage des Ministers Sie zu fragen, ob Sie eine Professur an einer preussischen Universität annehmen wollen? Er habe darauf erwidert: Die Nationalökonomie, welche heute auf den Universitäten gelehrt werde, halte er für falsch, wenn er diese Lehren wollte, müßte er gegen seine Ueberzeugung handeln, deshalb müsse er ablehnen, bis er sein „System“, von dem erst der erste Band vorlag, fertiggestellt habe. — Geh. Rat Ester: Er habe keinen Auftrag vom Kultusminister gehabt, einen Ruf an den Privatkläger ergehen zu lassen. Für ihn sei es ganz ausgeschlossen, daß er einem Herrn eine „Professur in Preußen“ anbiete. Wir haben in Preußen 10 Universitäten, er hätte also doch mindestens sagen müssen, welche Universität in Frage komme. Herr von Wangenheim habe angeregt gehabt, ob es nicht möglich sei, die Kraft des Herrn Ruhland an einer preussischen Universität zu verwenden, eine so wichtige Sache werde aber doch nicht so en passant abgemacht. — Professor Biermer: Der Privatkläger hat auch den Antrag auf Ruhe gestellt, weil nach der Broschüre angeblich das Kultusministerium die Verhandlungen mit dem Privatkläger abgebrochen habe. — Geh. Rat Ester: Mit Professor Ruhland haben weder vorher noch nachher irgendwelche „Verhandlungen“ stattgefunden. — Rechtsanwalt Dr. Meher: Wenn jetzt an den Zeugen erneut die Frage nach einer Uebertragung einer Professur an Professor Ruhland herantrete, würde da nicht die Broschüre einen schädlichen Einfluß ausüben? — Geh. Rat Ester: Wenn heute der Privatkläger vorgeschlagen werden würde, so würde gesagt werden können: Die Fakultät hat zweifellos die Angriffe geprüft und ihnen keine Bedeutung beigelegt. Das Kultusministerium würde es aber für seine Pflicht halten, selbst an die Sache heranzutreten und zu prüfen, ob die Angriffe berechtigt sind.

In bezug auf die Frage der Ruhe wird der Direktor des Bundes der Landwirte, Besau, vernommen. Er glaubt, daß der Privatkläger durch die Broschüre materiellen Schaden erlitten habe. Der Bund der Landwirte habe seinerzeit beabsichtigt, in Berlin einen „Getreidemarkt“ zu gründen. Zum Leiter desselben sei Professor Dr. Ruhland gewählt worden. Während des Reichstagsamtes des Innern ursprünglich seine moralische und materielle Unterstützung zugesagt hatte, habe es dann diese Zusage zurückgezogen und der Privatkläger habe infolgedessen auf Gehalt verzichtet. Der Zeuge glaubt, daß die veränderte Haltung des Reichsamtes des Innern auf das Erscheinen der Broschüre zurückzuführen sei.

Es folgt dann die Verlesung der Aussagen mehrerer kommissarisch vernommener Zeugen und einiger Artikel der „Münchener Post“. Es handelt sich dabei darum, daß behauptet wird, der Privatkläger habe sich mit dem Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Münchener Post“ seinerzeit in Verbindung gesetzt und ihm in Aussicht gestellt, daß er das Blatt mit ausgiebigen Mitteln unterstützen könnte, wenn es sich einschließen könnte, Bismarcks Reichspolitik zu unterstützen. Professor Ruhland hat diese Behauptung seinerzeit energisch bestritten, während sie von der „Münchener Post“ in den zur Verlesung gebrachten Artikeln ebenso energisch aufrechterhalten wurde. Rechtsanwalt Gottschalk betont, daß schon in diesen Artikeln und in anderen Zeitungsartikeln äußerst heftige Angriffe gegen den Privatkläger erhoben worden seien, ohne daß dieser die Klage angeklagt habe.

Der kommissarisch vernommene Gutbesitzer Schmidmann, bei dem der Privatkläger 1891—1893 engagiert war, hat unter anderem ausgesagt, daß es eine leichtfertige Behauptung sei, wenn es so geschildert werde, als seien seine zu volkswirtschaftlich-humanitären Zwecken unternommenen Gütertransaktionen „Güterausföhlungen“ gewesen.

Der gleichfalls kommissarisch vernommene Reichstagsabgeordnete Dr. Oeser, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, hat unter anderem ausgesagt: Dr. Ruhland sei gelegentlicher Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ gewesen, insbesondere über das Thema der Getreideverfeuerung in Deutschland. Er kam in die Redaktion zur Rücksprache über agrarische Fragen. Es sei zu der Zeit gewesen, als die Agitation des Bundes der Landwirte einlebe. Im Laufe des Gesprächs habe sich in verschiedenen Einzelfragen der Agrarpolitik eine Uebereinstimmung der Ansichten ergeben. Dr. Ruhland bekannte sich als ein Gegner der Getreidezölle und als Anhänger jener Vorgehens, die man als eine Politik der kleinen Mittel bezeichne. Die Herr Dr. O. weiter mitteilte, sei es sein damaliges Bestreben gewesen, eine Art Gegenbewegung gegen den Bund der Landwirte zu entwickeln auf Grund des eben skizzierten Programms. Ruhland habe erzählt, daß eine Zusammenkunft in Ulm a. Donau in Aussicht genommen sei, in der über diese Pläne weiter beraten werden solle. Die Vorschläge des Dr. O. haben den Zeugen interessiert und er habe seine Sympathie dafür zum Ausdruck gebracht. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß Dr. O. die hier in Betracht kommende Bewegung im Anschluß an die süddeutsche Volkspartei ins Leben rufen wollte. Sie sollte sich gegen den Bund der Landwirte richten und den Zweck haben, der extremen und verfehlten Politik des Bundes der Landwirte die vernünftige Politik des praktisch durchführbaren entgegenzusetzen.

Zur Verlesung gelangt noch die umfangreiche Aussage des Prof. Dr. Brentano, die so schnell und so leise zum Vortrag gebracht wird, daß sie in dem Verhandlungslokal, der an sich schon eine aufsehend schlechte Akustik hat, fast gänzlich unverständlich bleibt. Soweit zu verstehen ist, hat der Zeuge unter anderem behauptet und dies nachzuweisen versucht, daß der Privatkläger seit seiner Tätigkeit für den Bund der Landwirte wissenschaftlich und praktisch das Gegenteil von dem vertreten, was er früher vertreten habe. Er habe sich in Juridik und nicht in Münchener habilitiert, weil er das Doktoratenergebnis nicht gemacht habe. Er behauptet, daß sämtliche Professoren der Nationalökonomie den wahren Bedürfnissen der Landwirtschaft verständnislos gegenüberstünden. In Streitschriften gegen ihn (Zeugen) habe der Privatkläger unwider-

Verdächtigungen gegen seine Tätigkeit aufgestellt und sei dann zu direkten Verleumdungen übergegangen. Der Zeuge bezeichnet den Privatkläger als wissenschaftlichen Hochstapler. Unter einem Hochstapler verstehe man jemand, der um sich einen Namen zu verschaffen, sich als mehr ausgibt als er ist. Brentano sucht nachzuweisen, daß dies auch bei dem Privatkläger zutrifft und verbindet damit den nach seiner Ansicht zutreffenden Nachweis, daß Dr. Ruhland nicht die Qualitäten besitze, die man an den Inhaber eines Lehramts an einer Universität stellen müsse. Auch dessen sittliche Qualitäten werden bemängelt. Es sei wohl anzunehmen, daß es den Dominikanern, an dessen Institut Herr Dr. Ruhland tätig gewesen, nicht bekannt gewesen sei, daß N. Protestant ist, denn bekanntlich betreiben die Dominikaner nachdrücklich die Häresie. Die Tätigkeit als Gutbesitzer des Gutbesizers Schmidmann siehe im Gegensatz zu Ruhlands Bauenfreundlichkeit. Ruhland habe seinerzeit versucht mit Hilfe der Zentrumsleute als Strafprofessor nach München zu kommen. Gegen die Darlegungen des Prof. Brentano hat der Privatkläger verschiedene Einprüche erhoben, Prof. Brentano hat aber seine Behauptungen in einer zweiten Vernehmung durchaus aufrechterhalten zu müssen erklärt, insbesondere noch einmal die Wandelbarkeit der nationalökonomischen Anschauungen des Privatklägers nachzuweisen versucht. Die Verhandlung soll am Freitag fortgesetzt werden.

## Soziales.

### Königliche Unterrichtsanstalten.

Große Entrüstung rief in der letzten Stadtverordneten-Sitzung zu Halle a. S. eine Erklärung hervor, die der Medizinrat Schmidt-Rimpler bezüglich der von ihm vertretenen großen Krankenanstalt abgab. Die Hallenser Arbeiter verlangten wegen der Art der Behandlung in der Klinik ein städtisches Krankenhaus. Der Magistrat hat sich dem Verlangen der Arbeiterschaft angeschlossen, da er in Ermangelung eines eigenen Krankenhauses die städtischen Kranken der Klinik überweisen muß und die Klinik dafür jährlich rund 95 000 M. erhält. Die Krankenhausdirektoren und -Ärzte sind nun in der großen Mehrzahl gegen die Errichtung des städtischen Krankenhauses, weil ihnen dadurch, so sagte man in der Sitzung, das Material zu Studienzwecken entzogen werde. In der Debatte rückte dann Herr Medizinrat Schmidt-Rimpler zum Erstaunen aller Anwesenden mit dem Bekenntnis heraus: „Der Kultusminister habe an den Kliniken nur insofern Interesse, als sie Studier- und nicht Kurieranstalten seien.“ Unsere Genossen besorgten es dem Herrn mit dem Hinweis, daß die Kranken-Protokolle sich ferner nicht mehr zu Versuchszwecken benutzen lassen wollten. Der Oberbürgermeister Dr. Nive, der gleichfalls schwere Beschuldigungen gegen die Kliniken vorzubringen hatte, wollte die Öffentlichkeit ausgeschlossen wissen, damit er sich ungeniert äußern könne. Er erzählte dann, trotzdem man öffentlich weiterverhandelte, daß u. a. ein Klinikarzt ein von der Stadt in Behandlung gegebenes zehnjähriges ohrenkrankes Kind bei der Operation geschlagen habe. Die Strafbehörden in Halle a. S. und Naumburg haben ein Verfahren gegen den angezeigten Arzt abgelehnt, da ihm von der Mutter des Kindes das Juchtsungsrecht übertragen sei. Schließlich habe man das kranke Kind von der Behandlung ausgeschlossen, weil der Fall Anlaß zu einem Vergernis gegeben habe. Der Herr Medizinrat rebanchierte sich dann damit, daß er dem Oberbürgermeister vorwarf, im städtischen Siechenhause sei ja auch ein Kind von einem Inspektor geschlagen worden. — Trotz dieser Widerstände lehnte das „liberale“ Kollegium die Forderung der Arbeiter nach Errichtung eines städtischen Krankenhauses ab.

## Aus Industrie und Handel.

### Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft.

Der Abschluß des Geschäftsjahres 1907/08 der A. E. G. gewährt interessante Einblicke in das finanzielle Naderwerk eines modernsten Großbetriebes. Ueberraschend — d. h. in Gegenüberstellung zur allgemeinen Wirtschaftslage — kommt die Mitteilung, daß die Gewinnziffern vom Vorjahre noch gesteigert worden sind. Ohne Gewinnvortrag beträgt der Reingewinn 15 931 211 M. gegen 14 888 175 M. im Vorjahre. Die Abrechnung ist nach finanziellen Resultat aus der Zeit der Hochkonjunktur, die auch der A. E. G. einen riesigen Auftragsbestand anverwandte. Dazu kommt, daß die ganze Gewinnrechnung überhaupt nur eine grobartige Vereinfachung ist. So wird mitgeteilt, daß der erzielte Gewinn nur aus den Erträgen der Fabrikation und des Wareneinkaufes besteht. Sicher bedeutet dies riesige Profite. Vom Kabelwerk Oberspreewitz a. H. mitgeteilt, daß die Verbilligung der Produkte desselben gegen das Vorjahr infolge des Rückganges der Rohmaterialienpreise auf zehn Millionen geschätzt wird. Weitere Angaben über die erheblichen Schwankungen der Metallpreise, insbesondere des Kupfers, fehlen vollständig. Wie hoch ist aber der Gewinn aus den Finanzierungs- und Vorkaufgeschäften? Es ist bekannt, daß die A. E. G. weit über 100 Millionen in Beteiligungen, Effekten usw. stecken hat. Die daraus entstehenden Gewinne werden geheim gehalten, es wird nur mitgeteilt, daß sie zu Abschreibungen benutzt worden seien; die Höhe derselben wird aber auch nicht mitgeteilt! Hierbei kann sehr gut an die preussische Regierung die Frage gestellt werden, ob sie wirklich meint, die richtige Höhe dieser Abschreibungen, die bei Zutrittstreten des Gesellschafters steuerpflichtig sein wird, erfahren zu können. Vorläufig ist daran noch sehr zu zweifeln.

Eine eigentümliche Rolle spielen in der Abrechnung auch die Berliner Elektrizitätswerke. So wird beispielsweise der von den A. E. G. empfangene Verwaltungsbeitrag auch nicht mitgeteilt. Welchen Grund hat dies? Diese Tochtergesellschaft wird von ihrem Mutterinstitut systematisch ausgebeutet, so daß man wirklich fragen muß, ob die damit verbundene Schädigung des Publikums so ganz unbeabsichtigt und unbewußt geschieht. Erst vor einiger Zeit haben sich die A. E. G. die Aktien der Elektrizitätslieferungsgesellschaft — einem Teufel der A. E. G. — erwerben müssen, damit die letztere und die Wank für elektrische Unternehmungen ihre Bestände an Aktien der Elektrizitätslieferungsgesellschaft mit großem Nutzen abstoßen könnten. Die Abrechnungen beider Betriebe konnten so etwas günstiger ausfallen. Zur Durchführung dieser Transaktion und zur Verstärkung der Betriebsmittel mußte das Stammkapital um rund 13 Millionen erhöht und 10 Millionen Vorzugsaktien ausgegeben werden. Dies bedeutet für die A. E. G. noch einmal Gewinn von einigen Millionen, da sie die Hälfte junger Aktien vertragenmäßig al pari, also zum Nominalwert zu beziehen berechtigt ist. Es stellt dies nach geschätzter Vereinstufung des Wertes sicher einen Gewinn von 70—100 Proz. dar.

Charakteristisch ist, daß im offiziellen Geschäftsbericht nichts gegen die drohende Elektrizitätssteuer und die Gesellschaftsteuer gesagt wird. Fürchtet man eine Wirkung solcher Neuperungen an der Zahl der vom Staat weiterhin noch zu bestellenden Akkumulatorenanlagen zu bemerken? Zu den aller Wahrscheinlichkeit nach offiziellen Berichten ist die Direction nicht so schüchtern. So war kürzlich in „Berliner Börsen-Courier“ in einer Besprechung des Betriebsergebnisses zu lesen: „An erster Stelle ist zu betonen, daß die ungünstige auswärtige Politik, welche das Deutsche Reich verfolgt, sich in empfindlicher Weise bemerkbar macht. Neizeu die Hälfte der deutschen elektrotechnischen Erzeugung ist auf den Export angewiesen, und bei diesem Export löst man gegenwärtig auf

enorme Schwierigkeiten, welche durch den Widerwillen der Ausländer gegen den Ankauf deutscher Fabrikate hervorgerufen werden. Unsere auswärtige Politik hat es dahin gebracht, daß wir in allen Ländern nur noch Feinde haben, die auch auf wirtschaftlichem Gebiete aus ihrer Abneigung gegen Deutschland keinen Hehl machen.“

Der Fiskus voran! Der Saarfiskus, der das Anziehen des Preisfiskus noch besser verstanden hat als das in dieser Beziehung das gewiß nicht anglische Kohlen Syndikat, ließ vor einigen Tagen eine neue Preisliste veröffentlichen, nach der für einzelne Sorten Abzüge von 20 bis 60 Pf. — pro Tonne vorgenommen worden sind. Das hat gewiß für die Konsumenten der betreffenden Sorten einige Bedeutung, wenn sie nicht noch auf längere Zeit zu höheren Preisen vertraglich verpflichtet sind. Für den Kohlenmarkt im allgemeinen ist der Preisnachlass nicht von Einfluß.

Vom Stahltraß. Einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus New York zufolge ist der Vizepräsident des Stahltraß, Garch, von seinem Posten zurückgetreten.

## Verfammlungen.

Ueber die letzten Vorgänge im Reichstage sprach Genosse Stüdele am Dienstag in einer Versammlung des sechsten Wahlkreises, die im Zwingersmünder Gesellschaftshaus tagte. In anschaulicher Weise schilderte der Redner die bekannten Vorgänge, welche den Reichstagsdebatten über das Kaiserinterview zugrunde lagen, und knüpfte daran unter lebhaftem Beifall der Versammlung eine Kritik des persönlichen Regiments. Weiter führte Genosse Stüdele aus: Mit den Erklärungen des Reichsanzlers im Reichstage und mit der Verständigung zwischen Kanzler und Kaiser könne die Krise nicht als beigelegt betrachtet werden. Dieser Abschluß der Angelegenheit könne uns nicht befriedigen, denn das persönliche Regime mit seinen Willkürlichkeiten und Blödsinnigkeiten sei damit nicht beseitigt. Wenn auch die bürgerlichen Parteien mit dem Abschluß der Affäre zufrieden sein mögen, so wird die Sozialdemokratie darauf bestehen, daß Garantien gegeben werden für die Durchführung einer verfassungsmäßigen Regierung, für die volle Verantwortlichkeit der Minister und für die Mitwirkung des Volkes in allen entscheidenden Angelegenheiten, namentlich auch die Entscheidung über Krieg und Frieden müsse dem Volke zustehen. In diesem Sinne werde die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage die Interessen des Volkes vertreten. — Die Versammlung gab durch lebhaften Beifall ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zu erkennen.

Deutscher Arbeiter-Abkntenten-Bund. Ortsgruppe Berlin: Heute abend 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus: Vortrag.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 8. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Bekannter Bericht. — Reform und Revolution von H. Kautsky. (Schluß.) — Der Kongress in Toulouse. Von Ch. Rappoport (Paris). — Owen und Ricardo. Zum 50. Todestag Robert Owens (17. November). Von R. Kojanoff. (Schluß.) — Grundriss zur Reform der Arbeiterversicherung. Von Gustav Hoch (Hannau). — Altertümliche Rundschau: J. Reintz, Haedels Romanismus und seine Freunde. Von A. P. — Briefkastenhaus. — Kalendarium der Neuen Zeit Nr. 10 und 11: Der Ursprung des Christentums. Von F. Rehring. Der Beolotter in der baltischen Kunst. Von John Schittowski. Die Entwicklung des Westfalls. Von Anton Bannhoff. Richard Dehmelt. Von Paul Jerschke. Aus der russischen Literatur: Glanin. Von H. Lampert. — Böhmerland: Max Adler, Marx als Denker. Rudo Moritz Hartmann, Theodor Mommsen. Hans Haunold. Erzählungen. Ernst Preygang. Im Strom der Zeit.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ gelangt in den nächsten Tagen die 24. Nummer des 21. Jahrganges zur Ausgabe. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Gros von Karls Reichthum“ und „In Sydons Baumgasse“, sowie die weiteren Illustrationen „Circulus vitiosus“, „Guluns Gulien“, „Onkel Eduard“, „Der starke Mann“, „Die vollständige Behandlung der Regimentsaffäre im Auswärtigen Amt“, „Ein Zukunfts-Bild“, „Der Blockade“, „Gründer“, „Jesus Serolima“, „Tortmoor“, „Die Mauer“, „Die trübenlose Luft“, „Der Herr Schulmeister“, „Der kleine Gernegroß“ und „Berliner Freundschaften“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die herrlichen Zeiten“, „Die Blamage“, „Reichsminister“, „Jordan v. Ströder aus Henschel“, „Die Kultur“, „Saarbrücken“, „Stöckel der preussischen Richter und Staatsanwälte“, „Ein Wahlrechtskampf“, „Die Pastorin von Schneibitz“ von Rada Rada, „Helden“, „Zeitungsbetriebe“, „Die heilige Ordnung“, „Reife Licht“ und außer zahlreichen kleineren literarischen Beiträgen noch die Nummern „Des jungen Serenissimus Klassenauflauf“ und „Die Gruppen“. Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Die Kunst des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart. Ein Grundriß der modernen Plastik und Malerei. Lieferung 13—15. Preis a 1.20. Von Dr. S. Damm. Verlag: G. Battenberg in Berlin W. 57.

Janet-Almanach auf das Jahr 1909. Herausgegeben von F. G. Schulz. Leipzig, im Insel-Verlag. Kartomet. — 60 M.

Auf dem Menschenstein. Von E. Bösch. 344 Seiten. Verlag: G. Reischer in Dresden.

„Kirkers Jahresbuch“ 1909. Herausgegeben von G. Hilger. Preis 1 M., geb. 1.50 M. Verlag: G. Hilger in Leipzig.

Die weibliche Jugend und ihre Organisation. Von R. Peters. 15 Pf. Verlag: „Arbeteude Jugend“, Berlin O. 2.

Staatssekretär Dernburg in Britisch- und Deutsch-Südafrika. Von Dr. D. Bongard. Verlag: B. Sifferkot in Berlin W. 30.

W. Schmidbann: Der Graf von Gleichen. Schauspiel. 2 M. — Laurids Bruun: Die Ritternachtskomödie. Roman. 3 M. — G. von der Gabelens: Um eine Krone. Roman. 8 M. — P. O. Höder: Die verdohene Frucht. Roman. 3.50 M. — G. Keller: Unheilbarer Straub. Roman. 3.50 M. — Raoul Auernheimer: Die man nicht beiraten. Romane. 2 M. — Raoul Auernheimer: Die Dame mit der Maske. Zwischenfälle. 2 M. — S. v. Verfall: Ritter und Damen. Roman. 4 M. — F. Kahl: Hans Jädelers erstes Lebensjahr. Roman. 3.50 M. — G. v. Jodelitz: Der heilige Sebastian. Geschichte einer Ehe. 4 M. — Verlag: G. Hempel u. Co., Berlin W., Rasttr. 10.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde Anders Lindentrage Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10 Fahrstuhl, 10 nachmittags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Gestern 7 Uhr Sonntagabend begann die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer 7 ein Quatrate und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Die zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage verbleiben. Gütige Kräfte tragen man in der Ehrenrunde vor.

G. 5. 45. 1. Der Brief könnte Hinterlegung der gesamten Briefe für die ganze Vertragsdauer verlangen. 2. Nein, aber eine gültige Vereinbarung würde doch möglich sein. — G. 3. 77. 1. Ja, 2. Nein, falls nichts Ungewöhnliches geschieht. 3. Nein. — G. 3. 37. Den Lehrern steht dies Recht zu. — M. 10. 1. Eine Forderung für Waren, die zum Geschäftsbetrieb gebraucht werden, verfährt in vier Jahren vom Ablauf des Jahres ab gerechnet, in dem die Forderung fällig geworden war. 2. Die Frage wäre zulässig. — G. 23. 25. Werden Sie sich an die Polizeibehörde. — Kritik. 1. Gewöhnlich wird auch ein Landbesitzer erfordert. 2. Ja, 3. Nein. — G. 94. Klagen Sie kein Uebervorteil auf die Differenz zwischen Lohn und Frachtpreis. — Oldenburg. Ztr. 38. Eine bestimmte Rate ist nicht vorgeschrieben. Sie würden sich an die Adresse zu wenden haben, die die Rechnung Ihnen übersendet hat. — Weltgeschichte. Es gibt keine kurze Weltgeschichte, die wir empfehlen könnten. Ihren Zweck dürfte am ersten ein Lehrbuch erfüllen, etwa G. Webers vierbändiges, oder der Auszug daraus von D. Langer (geb. 4.80 M.). Fremdwörterbücher gibt es eine ganze Reihe. Sehen Sie sie in der Heemannschen Verlagsbuchhandlung. — G. 8. 50. Das Gesetz können Sie direkt an das Amtsgericht richten. — G. 70. 1. Die Rechnung geht an das Polizeipräsidium. 2. Ja. — Gräner Weg 110. Die Karten und die Lesebücher sind der Verlegerempfehlung, namentlich Carl S. einzuweichen. — G. 7. G. Nixdorf. Ist die Wohnung gemietet, so ist die Wohnung zu verlassen und anzunehmen ist, so nicht können das Recht an auf Anrechnung des Vertrages und auf Schadenersatz zu legen. — M. 10. Sie haben nur bis zum Schluß des Jahres 1908 Kirchensteuer zu zahlen und können dies der Kirchenbehörde mitteilen. — G. 21. Ja, aber auf Antrag ist der Anwaltskostenempfänger von der weiteren Rechtsprechung zu befreien. — G. E. 1867. Wenn nicht gutwillig Lösung erfolgt, müßten Sie Klage erheben.

# Das Riefengrab von Radbod.

Wer sind die Schuldigen?

Aus den Kreisen der Steiger schreibt man uns:

Auf „Radbod“ hat das viele Bestrafen wegen Fördern unreiner Kohle sehr die Mißstimmung gegen die unteren Beamten ausgelöst. Die Strafanordnungen hat die Verwaltung gegeben; die unteren Organe müssen die Bestrafungen beantragen und den zum Ausschlag gelangenden Strafzettel unterschreiben. Schreiber dieses ist selbst auf der Unglücksstätte gewesen und hat dort von Arbeitern erfahren, daß ungeheuer viel gestraft worden ist. Daß Kameradschaften bis zu 45 Mark Strafe in einem Monat zahlen mußten, wäre nichts Seltenes gewesen. Die Föße seien sehr unrein; daher wäre es fast unmöglich, reine Kohlen zu liefern. Die Leute hätten deswegen nichts verdienen können, weil beim Laden der Kohlen sich in der Regel zwei Mann an den Wagen stellen mußten, um die Steine herauszulefen. Man hätte reine Kohlen verlangt und streng bestraft, ob aber bei den Bedingungen (Klford) reine Kohlen geliefert werden konnten, danach habe man nicht gefragt. Da liegt schon ein Verschulden der Verwaltung vor. Um halbwegs zu Lohn zu kommen, mußten die Leute darauf loswählen, konnten nicht die nötige Vorsicht walten lassen, die bei dem starken Ausströmen von Grubengas unbedingt nötig war. Auch die Wetterführung, die als vorzüglich gepriesen wird, hat nicht Anspruch auf solches Lob. Daß für 1800 Mann 8000 Kubikmeter Luft durch den Ventilator in die Grube geschafft wurden, darauf kommt es gar nicht an; das hineingeschaffte Quantum Luft muß auch auf alle Grubenräume so verteilt werden, daß an jeden Arbeiter genügend frische Wetter gelangen kann. Das ist auf „Radbod“ aber nicht der Fall gewesen. Vor einigen Betrieben war der Druck so stark, daß die Leute beim Arbeiten kaum die Augen offen halten konnten wegen des Aufstiegens kleiner Kohlen- und Steinsüßchen; andere Betriebe befamen dagegen fast gar nichts. Hier war die Kohle förmlich heiß, so daß man sich die Hände dran erwärmen konnte, wenn man von dem kalten Schacht kam, und die Sicherheitslampen brannten schlecht. So waren Schlagwetteranmeldungen unvermeidlich. Auf dem Wetterriß, der von dem Wettersteiger angefertigt und von der königlichen Bergbehörde begutachtet und sanktioniert wird, ist alles in schönster Ordnung; da klappt alles wie ein Uhrwerk. Die Herren Vertreter der königlichen Behörde sollten einmal mit einem solchen Wetterriß in der Hand die Gruben befahren, dann würden sie staunen über den Unterschied zwischen angefertigtem Riß und Wirklichkeit. Bei Grubenfahrten auf dem Betriebsführerbureau findet man das nicht, das Einfahrersystem hat nicht viel gebessert.

Wenn die Wetterüberhauen und Wetterstreden dauernd in gutem Zustande gehalten werden sollen, wie es in der Wetterpolizeiordnung des Oberbergamts Dortmund vom 12. Dezember 1900 so schön heißt, dann sind dazu Reparaturarbeiten nötig und die wollen und können nicht umsonst arbeiten. Wetter ist Holz nötig und das kostet ebenfalls wieder Geld. Die Selbstkosten gehen dadurch in die Höhe und das darf doch nicht vorkommen. Die Aktionäre wollen Gewinn, recht hohen Gewinn; darum werden hauptsächlich nur die Förderstreden in Ordnung gehalten. Die Wetterstreden kommen erst dran, wenn es gar nicht anders mehr geht. Die müssen erst vollständig zu Bruch gegangen sein, so daß dadurch eine Gefahr auch für die Kohlen- gewinnung entsteht. So werden Katastrophen geradezu herauf- beschworen.

Auf der Zeche „Radbod“ kommt zu dem großen Grubengas- gehalt der Kohlenflöße noch die Neigung zur Staubbildung. Der Explosionsherd kann nur auf der dritten Sohle liegen, denn der Wetterzug wird stets bis zum tiefsten Punkte — hier die dritte Sohle — eingeführt, um über die höchstgelegene Sohle — hier die erste — wieder abgeführt zu werden. Bei einer Explosion, die auf der unteren Sohle stattfindet, können daher wohl auf den oberen Sohlen Leute im mit dem Wetterzuge aufsteigenden Nachschwadern ersticken, nicht aber können die höher gelegenen Sohlen so in Mitleidenschaft gezogen werden, daß kein Mensch mehr zum Schacht gelangen konnte. Vom sachmännischen Standpunkte aus muß man daher zu der Annahme kommen, daß auf der dritten Sohle eine Schlagwetterexplosion eingetreten ist, die den massenhaft vor- handenen Kohlenstaub zur Entzündung gebracht hat. Dadurch sind die Strecken zimmerung in Brand geraten, wesleht auch die grubengasreichen Kohlenflöße. Durch die fort- während zuströmende frische Luft angefaßt, hat sich der Brand dann durch Leberhauen und Bremsberge, wo in der Regel der meiste Staub liegt, weil dort am wenigsten gerieft wird, bis zur zweiten Sohle fortgepflanzt. Das nimmt aber einige Zeit in Anspruch. Die Leute auf der zweiten Sohle hätten wenigstens zum Teil gerettet werden können. Warum ist es nicht geschehen? Sollte der Explosionsherd aber auf der zweiten Sohle liegen, dann ist es noch unerklärlicher, daß die Belegschaft der dritten Sohle nicht gerettet worden ist. Abgesehen von den beiden Spurlatten (Führung für die Förderkörbe), die am Hüllort dieser Sohle durch die Gewalt der Explosion aus dem Schachte gerissen sind, ist der ganze Schacht betriebsfähig geblieben. Will man nicht an- nehmen, daß durch die Explosion das ganze Grubengebäude plötzlich zusammengestürzt ist, dann mußten wenigstens die in der Nähe des Schachtes beschäftigten Leute diesen erreichen können. Mit noch mehr Berechtigung ist dies in bezug auf die zweite Sohle anzunehmen, die 107 Meter über der dritten liegt, wenn auf der letzten Sohle der Herd des Unglücks zu suchen sein sollte.

Wenn auch der Generaldirektor der Gesellschaft Trier, Herr Bergassessor Janßen, nicht an eine Schlagwetterexplosion in Verbindung mit Kohlenstaubentzündung glauben will, so steht es doch für jeden Sachmann fest, daß es nichts anderes sein kann. Die Tatsachenmitteilungen der Arbeiter und unteren Beamten können diese Auffassung nur bestärken. Daß das Unglück so grauenvoll in seinen Folgen geworden ist, daran mag auch noch die geringe Anodehnung des Gruben- gebäudes — 950 Meter in der Strecksrichtung und 800 Meter querschlägig — sowie der Umstand, daß sämtliche Strecken in Holzbohlen standen, schuld sein. Ueber die mit Ihren Er- klärungen in Widerspruch stehende Tatsache, daß Kohlenstaub vorhanden war und verbrannte, kommen Betriebsverwaltung, Bergbehörde und Minister nicht hinweg.

Die in der schon zitierten Wetterpolizeiordnung vor- geschriebene Sprigwasserleitung war auf „Radbod“ wohl vor-

handen, aber es fehlte Wasser. Tagelang hat man nicht riefern können! In ein Wasserwerk war die Zeche noch nicht angeschlossen. Man unterhandelte dieserhalb schon seit zwei Jahren mit der Stadt Hamm. Als Gegenleistung für die Wasserentnahme vom Hammer Wasserwerk sollte Hamm eine Straßenbahn zur Zeche „Radbod“ bauen, und die elektrische Energie dazu vom Kraftwerk der Zeche nehmen, obgleich Hamm selbst ein Elektrizitätswerk hat! Um Sprigwasser für — die Kessel zu haben, hat die Zeche sich mit einer primitiven Wasserleitung von der Lippe her beholfen. Da die Leitung für die Verrieselung nicht ausreichte, hatte man im Schacht, unterhalb der Fließschicht, ein Stützrohr ein- gebaut. Das war nur Notbehelf und genigte den berg- polizeilichen Vorschriften in keiner Weise. Und trotz alledem die ungläubliche Erklärung der Bergbehörde und des Ministers Delbrück: die Zecheverwaltung sei schuldlos!

Die Quelle im Schacht verlagte oft, während das Stütz- rohr bei niedriger Temperatur zustror. Wenn ein Be- such der Bergbehörde angekündigt war — die An- kündigung geschieht immer — dann wurde des Nachts gerieft, was nur gegeben werden konnte. Am anderen Morgen war die Quelle erschöpft und vor 9 bis 10 Uhr an ein Riefeln nicht zu denken. An den letzten drei Tagen vor dem Unglück war überhaupt kein Wasser vorhanden!

Die gräßlich verstümmelten und verkohlten Proletarier- leichen und die in Rot und Elend geratenen Hinterbliebenen klagen die Zecheverwaltung und die Behörde an, verlangen Sühne von der Gesellschaft und vom Staat. Wer sind die Schuldigen? Paragraph 36 Absatz 2 der Wetterpolizei- ordnung vom 12. Dezember 1900 sagt:

„Die genannten Beamten (Abteilungssteiger oder deren Stell- vertreter) haben bei ihren Befahrungen darüber zu wachen und dafür zu sorgen, daß die mit der Befahrung beauftragten Per- sonen ihren Verpflichtungen nachkommen, sowie daß Rängel und Schäden der Befahrungseinrichtungen sobald beseitigt werden, oder, sofern dies nicht möglich ist, die Arbeiten an den betreffenden Betriebspunkten einzustellen.“

Wollten die Steiger danach handeln, so würde man sie nicht mehr gebrauchen können. Sie haben getan, was sich mit ihrer Existenz als Beamter vereinen ließ, nämlich Be- schwerde geföhrt bei der Betriebsleitung. Und als man sie dennoch hafbar machen wollte, haben sie die Verantwortung abgelehnt. Die Verwaltung der Zeche „Radbod“ wußte, daß das zur Verfügung stehende Wasser bei der großen Staubbildung zur Verrieselung nicht ausreichte. Trotz- dem ist nichts geschehen. Jahrelang schachtet man mit der Stadt Hamm um eine Straßenbahn und um die Strom- lieferung dazu.

Und was tut die aufsichtsführende königliche Bergbehörde? Obwohl sie wissen mußte, daß es mit der Verrieselung faul war, daß es tagelang an Wasser gefehlt hat, ist von einem Ein- schreiten ihrerseits nichts bekannt geworden.

Die Jagd nach Kohlen, die Sucht nach Gewinn läßt keine Ordnung im Grubenbetriebe aufkommen. Mit 0,8 Tonnen Leistungseffekt pro Mann und Schicht ist man nicht zufrieden, es muß mindestens 1 Tonne sein. Der Direktor wird mit Lantienen bezahlt, der Inspektor ebenfalls; Betriebsführer, Fahrsteiger und Steiger sind am Gewinn beteiligt, bekommen oft mehr Prämie als festes Gehalt. Und sie alle sind nicht zu gebrauchen, wenn nicht das herauskommt, was die Aktionäre in den Bankhäusern im voraus ausgerechnet oder was der Direktor oder Inspektor versprochen haben. So geht es überall und so war es auch auf „Radbod“. Oberbürger- meister Cuno in Hagen tat diesen Auspruch:

„Das Hinübergehen in die Privatindustrie, das Einzelheiraten in die Kreise der Bergwerksbesitzer usw. bringt die Bergarbeiter zu der Auffassung, daß diese Beamten viel mehr das Interesse der Privatunternehmer wahren, als das der Arbeiter.“

Cuno ist selbst Verwaltungsbeamter und kein Sozial- demokrat; er muß es also wohl wissen.

Wer sind die Schuldigen an der Katastrophe auf der „Radbod“-grube?

## Der Aufmarsch der Knappen.

In den Versammlungen, die am Mittwoch in allen Revieren des Ruhrkohlenbezirks stattfanden und teilweise tausendköpfigen Besuch aufwiesen, nahmen die Knappen Stellung zu dem Unglück auf „Radbod“. Eine Versammlung in Sodingen, in der die Ab- geordneten Leinert, Sachse und Hür sprachen, zählte zirta 7000 Be- sucher. Die Bergwerksverwaltung von „Radbod“ hatte mit Bezug auf Vorwürfe, die in den am Sonntag abgehaltenen Versammlungen erhoben worden sind, eine „Berichtigung“ an die bürgerliche Presse gesandt, aus der das „V. L.“ folgendes mitteilt:

1. Wenn in der Versammlung von einem „fogenannten systematischen Ausbau“ und von „Raubbau“ gesprochen ist, so können in diesen Ausführungen jedenfalls vorläufig nur nichts- sagende Schlagwörter erdicht werden.

2. Auch die Verwaltung nimmt an, daß bei der Explosion Kohlenstaub mitgewirkt hat. Die wiederholten Sachverständigen- beobachtungen zeigen die Grube keineswegs als eine besonders kohlen- staubgefährliche erkennen. Hauptursache ist aber, daß die zur Un- schädlichmachung des Kohlenstaubes dienende Verrieselung in einer unzulässigen und völlig ausreichenden Anlage vorhanden ist. Diese Anlage war regelmäßig in Betrieb, und der Betrieb ist regelmäßig kontrolliert. Ein bei 717 Meter Tiefe angelegtes Reservoir von 20 Kubikmeter Inhalt hält die Verrieselungsanlage ständig unter Druck. Das Hochreservoir erhält den Wasserzufluß aus eigenem an- gelegten Brunnen und, soweit notwendig, aus der nur 300 Meter entfernt liegenden Lippe. Wie bei dieser Einrichtung für den Wasserzufluß Montag und Dienstag vor dem Unglück das Wasser überhaupt gefehlt haben soll, ist unerfindlich. Für die Ver- waltung steht das Gegenteil fest, und sie hat selbst den dringenden Wunsch, daß nach dieser Richtung die genauesten Untersuchungen angestellt werden.

Que erklärte, daß trotz Ablehnungsversuchen die Behauptung, „Radbod“ sei reich gewesen an Mischständen, aufrecht erhalten werde. Der Wetterstrom sei nicht in Ordnung gewesen, dasselbe gelte von der Verrieselung. Sachse teilte folgendes mit:

Eine Reihe von Bergleuten sei von Beamten des Verbandes verhört worden. Dabei habe einer der an den Rettungsarbeiten be- teiligt gewesen Leute behauptet, als die Rettungsmannschaften weiter hätten vorgehen wollen, um Leute herauszuholen, die nach ihrer Meinung noch zu retten gewesen seien, habe sich „der Dick“ (gemeint ist offenbar Generaldirektor Janßen) ins Mittel gelegt: „Es ist doch unvernünftig, hier weiter vorzu- gehen, wie müssen zurück, sonst geht uns die ganze Zeche verloren.“ (Quirats). Zum Schluß gelangt eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der gesagt wird:

Soweit die bisher von wirklich betriebskundigen und sach- verständigen Leuten mitgeteilten Einzelheiten über die Zustände

in dem Unglückschacht ein Urteil zulassen, kann es nur lauten: Die Bergbehörde muß neben der verantwortlichen Betriebsdirektion auf die Anklagebank!“

Auch der Steigerverband will zu der Grubenkatastrophe in einer Versammlung Stellung nehmen. Man will darlegen, daß nicht die unteren Beamten an dem Unglück mit schuld sind. Am kommenden Sonntag soll eine öffentliche Grubenbeamtenversammlung in Herne stattfinden. Die Tagesordnung lautet: „Die Katastrophe auf „Radbod“, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Grubenbeamten?“

## Riefengrab.

Der Bergmann Karl Meyer, der dem Berichterstatter des „Ber- liner Volksanzeiger“ die Verwaltung der Zeche „Radbod“ schwer belastende Mitteilungen gemacht hatte, ist, wie die „Frankf. Ztg.“ wissen will, von der Staatsanwaltschaft eidlisch vernommen worden. Meyer hat unter seinem Eide seine dem Berichterstatter gegenüber abgegebenen Erklärungen nicht aufrechterhalten, sondern erklärt, daß er das, was er dem Berichterstatter gesagt habe, nur vom Hörensagen wisse. Der zweite Bergmann namens Gard, der erst seit Anfang November auf der Zeche tätig ist und der dem Bericht- erstatter ebenfalls schwer belastende Angaben gemacht hatte, ver- suchte, der Vernehmung durch Abreise zu entgehen. Er wurde aber festgehalten und eidlisch vernommen. Ueber seine Aussagen ver- lautet noch nichts. Auf eine Anfrage bei dem Bergwerksdirektor Holländer in Hamm, ob die Mitteilung der „Bergarbeiterzeitung“, die Beamten von „Radbod“ hätten ihr erklärt, sie könnten die Verantwortung für die Verrieselung nicht mehr übernehmen, den Tatsachen entspreche, erklärte Holländer, es sei unwar, daß er irgendwelche Mitteilungen solcher Art von Beamten oder Arbeitern erhalten habe. Die Angaben der Zeitung seien völlig aus der Luft gegriffen.

## Sammlungen und Anubgebungen.

München, 18. November. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion und der Liberalen bewilligte das Münchener Stadtverordneten- kollegium 5000 M. für die Opfer von „Radbod“.

Leus, 18. November. Das Bureau der nationalen Bergarbeiter- vereinigung von Frankreich sandte an den Reichstagsabgeordneten Sachse folgendes Telegramm: „Tiefbewegt von der schrecklichen Katastrophe von Hamm, sprechen wir im Namen der nationalen Bergarbeitervereinigung von Frankreich den Familien der Opfer unser herzlichstes Beileid aus.“

Frankfurt a. M., 18. November. Der Antrag des Magistrats, 5000 M. für die Hinterbliebenen der Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche von „Radbod“ zu bewilligen, wurde angenommen.

Magdeburg, 19. November. Die Stadtverordnetenver- sammlung bewilligte auf Antrag des Magistrats für die Hinter- bliebenen der Opfer des Grubenunglücks auf Zeche „Radbod“ 5000 M. aus Stadtmitteln.

## Explosionen in deutschen Gruben.

In den letzten Jahrzehnten ereigneten sich auf Gruben in Deutschland u. a. folgende Massenunglücke:

Jahr	Name der Zeche	Tote
1869	Neu-Nerlohn	81
„	Burgler Schächte	269
1876	Neu-Nerlohn	33
1879	Bräunberg-Schächte	89
1881	Luisa Tiefbau	17
1885	Camphausen	181
1893	Kaiserstuhl	63
„	General Blumenthal	20
1895	Prinz von Preußen	37
1896	Aleophasgrube	30
1897	Kaiserstuhl II	20
1898	Zollern	45
„	Karolienglück	119
1901	König Ludwig	10
„	Konolidation	18
1907	Reeden	148

Das Unglück auf „Radbod“ schlug den Rekord in der Massenvernichtung. Es wird übertriften durch das furchtbare Unglück von Courrières in Frankreich. Nach jedem Massen- unglück ist „festgestellt“ worden, daß die betreffenden Gruben- verwaltungen keine Schuld trifft; Mißstände waren angeblich auf den Werken nicht vorhanden. Nach jedem Unglück hört man die Rede von dem „unerforschlichen Ratschlag Gottes“, der es zugelassen habe, daß so oder so viel „brave Bergleute“ einen frühen Tod fanden. Diesmal liegt des Systems Schuld aber doch zu offenkundig auf der Hand, als daß es gelingen könnte, die öffentliche Meinung irrezuföhren. Daß endlich die Quelle solcher Katastrophen nach Mög- lichkeit verstopft wird, das ist nun das wichtigste!

## Versammlungen.

### Protest gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer

erhob eine Parl. besuchte öffentliche Versammlung der Gas- und Elektrizitätsarbeiter, welche der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Mittwoch nach Kellersaal in der Kopenstraße einberufen hatte. — Der Vorsitzende des genannten Verbandes, A l b i n R o h s, trat als Referent auf. Er kritisierte den Entwurf des Gas- und Elektrizitätssteuergesetzes und verwies darauf, daß die Arbeiter dieser Industriezweige erheblich geschädigt werden, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte. Jede Steuerbelastung gebe Anlaß, eine Verbilligung der Produktion herbeizuföhren, um die Belastung des Produkts durch die Steuer auszugleichen. Die Ver- billigung der Produktion geschehe aber in der Regel auf Kosten der Arbeiter. Wie sich dieser Prozeß bei der Gasproduktion vollziehen werde, lasse sich schon voraussehen. Man werde die Einführung der neuen Kammeröfen in den Gasanstalten beschleunigen und das bis- herige Retortensystem abschaffen. Das bedeute, daß der vierzehnte Teil der Gasarbeiter überflüssig werde. Auch die durch eine Be- steuerung einwirkende Verminderung des Konsums werde eine Ein- schränkung der Produktion und dadurch eine umfangreiche Ent- lastung von Arbeitern zur Folge haben. Aber nicht nur die unmittel- bare Schädigung der Arbeiter veranlasse diese, gegen das neue Steuerprojekt zu protestieren, sondern auch der Umstand, daß die Besteuerung von Gas und Elektrizität die kulturelle Entwicklung hemmen werde. — Nach kurzer Diskussion, die sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten bewegte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Gas- und Elektrizitätsarbeiter er- hebt Protest gegen die geplante Einführung des Gas- und Elektri- zitätssteuer.“

Die Versammelten erließen in der Verwirklichung dieses Problems eine schwere Schädigung der Gas- und Elektrizitäts- industrie. Eine solche Steuer würde nicht allein eine bedenkende Preisverhöhung von Licht und Kraft, sondern auch der zu ihrer

Verwendung notwendigen Produkte zur Folge haben. Eine Einschränkung des Konsums und mit ihr der Produktion wäre unausbleiblich. Mindereinnahmen aus diesen Betrieben würden auf die Konsumenten und produzierenden Arbeiter abgewälzt.

Die Gas- und Elektrizitätsarbeiter träge doppelter Nachteil, und zwar als Konsumenten und Produzenten.

Diese Belastung der Industrie zöge ein noch weiteres Sparen an Arbeitskräften nach sich. Arbeiterentlassungen erfolgen in größerem Maße als bisher. Die Gas- und Elektrizitätsarbeiter würden also in ihrer Erwerbquelle erheblich beeinträchtigt. In ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die so schon ungünstig sind, kämen noch weitere Verschlechterungen zur Geltung.

Aus diesem Grunde protestieren die Gas- und Elektrizitätsarbeiter gegen die Einführung dieser Steuer und erwarten vom Bundesrat und Reichstag die Ablehnung resp. Zurückziehung des kulturfeindlichen Gesetzentwurfes.

Die Versammelten beauftragen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Bundesrat und Reichstag diese Resolution mit nöherer Begründung zu überreichen.

**Wetterprognose für Freitag, den 20. November 1908.**  
Mäßig, zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regen, Schnee oder Graupelschauern und ziemlich starken nordwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

Witterungsübersicht vom 19. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Emmende	756	SW	4	Regen	5	Daparunda	750	SW	4	wolfig	-10
Damburg	753	SW	7	Regen	6	Petersburg	746	SW	2	bedeckt	1
Berlin	758	SW	4	bedeckt	5	Scilla	764	SW	5	bedeckt	10
Kranf.a.M.	762	SW	5	Regen	3	Übersee	760	SW	3	bedeckt	4
Münden	766	SW	5	wolfig	1	Paris	763	SW	3	bedeckt	7
Stettin	767	SO	1	Rebel	-6						

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Freitag, 20. November.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die Habsburgerin.  
**Deutsches.** Die Revolution in Krähwinkel.  
**Kammerspiele.** Frühlings Erwachen. Anfang 8 Uhr.  
**Neues Schauspielhaus.** Blau der Berge.  
Anfang 8 Uhr.  
**Königliches Opernhaus.** Sardanapal.  
**Neues kgl. Opernhaus.** Parsipol.  
**Berliner.** Der Geldkassier.  
**Neues.** Abadon. Anfang. Die Silberfische.  
**Leitung.** Gedenker.  
**Westen.** Der ideale Bauer.  
**Kleines.** Moral.  
**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
**Reifen.** Kümmere dich um Amelie.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Der schwarze Kavaller.  
**Schiller O.** Charlottenburg. Der Familienstag.  
**Friedrich-Wilhelmstädt.** Schauspielhaus. Als ich wiederkam.  
**Wilhelm-Theater.** Die Schöpfung.  
**Thalia.** Bruder Sträubinger.  
**Luisen.** Eine tolle Nacht.  
**Antiquar.** Madame Flirt.  
**Trilikon.** Die Liebe macht.  
**Neues Operetten.** Die Dollarprinzessin.  
**Berliner Operetten-Theater SW.** Davana.  
**Gastspiel-Theater.** Demimonde.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bernhard Rose.** Baronin Gisela.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Ausgemietet. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Gebrüder Hermann.** Die beiden Bindelbands. Vorher: Intern.  
**Apollon.** Eine lustige Spreewaldfahrt.  
**Metropol.** Donnerwetter - tadellos.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Wanaga.** Spezialitäten.  
**Kassino.** Die Dianabäder. Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Walhalla.** Spezialitäten.  
**Folies-Caprice.** Die Brautjungfer.  
**Anton Behrens.** Eine lustige Spreewaldfahrt.  
**Carl Gaverland.** Spezialitäten.  
**Urania.** Tauentzstraße 18/19.  
Abends 8 Uhr: Jerusalem.  
**Sternwarte.** Anshandem. 87/62.

**Urania.**

Wissenschaftliches Theater.  
Tauentzstraße 18/19.  
Abends 8 Uhr:  
**Jerusalem.**

**Lustspielhaus.**

Abends 8 Uhr zum erstenmal:  
**Madame Flirt.**

**Luisen-Theater.**

Abends 8 Uhr:  
**Eine tolle Nacht.**

**BERNHARD ROSE THEATER**

Dr. Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
**Baronin Gisela.**

**Rixdorfer Theater**

Bergstraße 147.  
Sonntag (Toten Sonntag), 22. Nov.:  
**Keine Vorstellung.**  
Montag, den 23. November 1908:  
4. Soli-Vorstellung zu halben Preisen:  
**Ueber unsere Kraft.**  
Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater**

Täglich 8 Uhr:  
**Donnerwetter - tadellos!**  
Totensonntag, 22. November, abends 8 Uhr: **Fastnacht.** Schauspiel in 2 Akten von Rich. Jaffé. Er. Bild n. d. Pariser Leben i. 1 Akt von O. Métténier.

**WINTER GARTEN**  
2. November - Attraktionen.  
D'Angelo's lebende Bilder.  
Louise Blau.  
**WOODWARD'S STEELWORKS**  
**WOODWARD'S STEELWORKS**  
LA TITCOMB'S SINGING FIRE.  
OLA SELBIE.  
DIE SLEDES, das mysteriöse Haus.  
GOLEMANN'S DREI WITTE.  
ANNA'S JAPANER TRUPPE.  
BROS. MARTIN Xylophonisten.  
Der Biograph.

**Apollon Theater**

Eine lustige Spreewaldfahrt.  
Burgstraße, Musik v. Paul Lincke.  
9.00: Das Attraktions-Programm und Siegwart Gentes als **fromme Helene.**  
Ab 1. Dezember: **Mizl Gisl.**

**Passage-Theater.**

Abends 8 Uhr:  
**Das glänzende November-Programm**

**Schneider - Duncker**

**9 Yankee Doodle Girls**  
und 14 neue ...  
Variété-Attraktionen

**Walhalla Variete-Theater**

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 Uhr:  
**Das neue November-Programm.**  
**Perzina m. seinen 110 Tieren**  
Am Tunnel Regimentskasseler etc.  
Theaterbesucher das freien Eintritt.

**Schiller-Theater.**

O. (Wallner-Theater.)  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der schwarze Kavaller.**  
Ein deutsches Spiel in 3 Akten von Heinrich Villenfeld.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Zwillingsschwester.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Zuspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Julius Caesar.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Graf von Charolais.**

**Zirkus Schumann.**

Heute Freitag, den 20. November 1908, abends präz. 7 1/2 Uhr:  
**Große außerordentliche Vorstellung und um Beginn der diesjährigen großen Pracht-Ausstattungs-Pantomime**  
**Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler.**  
5 wunderbare Akte mit sich von Akt zu Akt steigenden, feenhaften neuen, noch nie gesehenen Effekten. Zum Schluß: Ein Märchen aus 1001 Nacht.  
Vorher: Gala-Programm und der Riesen-Affe  
**Bumbola** Ein wirkliches Naturwunder.

**Prachtsäle des Ostens** Frankfurter Allee 150-151.

Sonntag, den 22. November 1908:  
**KONZERT**  
der Gustav Voigtschen freien Sänger-Akademie  
ausgeführt von 24 Damen und Herren.  
Zum Vortrag gelangen: Soli, Duette, gemischte und Männer-Chöre u. eine dramat. Aufführung a. d. Op. „Iphigenie“ v. Gluck.  
Billetts a 50 Pf. inkl. Tanz sind in folgenden Restaurationen zu haben: Rudolf Pleisch, Löbberner Straße 1, Paul Hoffmann, Oppelner Straße 47, Robert Hellriegel, Weidenweg 66, Willy Hentschel, Zorndorfer Straße 41.

**Bolero**  
ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die **feinste 2 Pf.-Zigarette.**  
Garantiert Handarbeit!

**Kölnischer Palas**

Vorherstr. 22/24. Ständige Eisbahn.  
Von morg. 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet.  
**Großes Konzert.**  
Abends 9 Uhr:  
Auftreten einer Kunstläufer und -adulserinnen.

**Passage-Panoptikum.**

Ohne Extra-Entree!  
Lebend! Das Lebend!  
**Bärenweib.**  
Simpson der lebende Amboß der Mann mit dem Steinkörper.  
Neapolitanische Briganten.  
Panophon-Vorträge:  
**Alexander Girard,**  
**Otto Reutter, Caruso etc**  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50 Pf.  
Ruber, Soldaten 25 Pf.

**Königstadt-Kasino.**

Holzmarktstr. 72.  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Seefadett.**  
Singspiel in 2 Bildern von O. Richter. Musik von G. Stiefens.  
Vorher um 8 Uhr:  
**Die November-Spezialitäten**  
mit Franz Sobanski.

**Reichshallen-Theater**

**Stettiner Sänger**  
Zum Schluß neu:  
**Der Kompagnie-Ball.**  
Militärische Nummern von Heysel.  
Auf nachts 8 Uhr,  
Sonntag 7 Uhr.

**Casino-Theater**

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
8 Uhr:  
**Das glänzende bunte Programm.**  
9 1/2 Uhr:  
Großer Lachserfolg!  
**„Die Dianabäder“.**  
Sonntag 4 Uhr: Nick Carter.

**Folies Caprice.**

Abends 8 Uhr:  
**Die Brautschau.**  
Unter Solist.  
**Die lästige Witwe.**  
Sonntag, den 22. November: Gimmisch.  
Gesamtschp. u. Zeit. v. William Löwe:  
**Die Haubenlerche.**

**Brauerei Friedrichshain**

Am Königsdor.  
Heute, Freitag, 17. Tag der **Gr. Internationalen Ringkampf-Konkurrenz**  
um den **Großen Preis von Berlin - 6000 M. in bar.**  
Heute ringen 5 Paare:  
Petrowski-Bulgarien gegen Wachturoff-Rußland.  
Neger Zippo-Nord-Amerika gegen Antonsch-Bedrien.  
Sabatie-Frankeisch gegen Pyllasinski-Warshaw.  
Sauerer-Wünchen gegen Van Dem-Beigen.  
Ferner außer Konkurrenz:  
Fretter-Ringkampf, alle Griffe erlaubt.  
Tiberio-Spanien gegen Ali Oglu-Turkehan.  
Vor den Ringkämpfen: Vollständig neues Spezialitäten-Programm. Anfang 8 Uhr.  
Eintritt 1 M. incl. Platz 1,50 M.  
Rum. Tisch 2 M.

**XIV. Saison: Zirkus Busch.**

Heute Freitag, 20. November, abends präz. 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Galaabend.** U. 9 U. ca.:  
**Mensch oder Affe?**  
Das vielumstrittene Naturwunder aus Paris.  
Kapitan Webbs 9 dreifache Seelöwen! Die Heilmö. Ferner: Herr Burghard-Jottit, Schulfreier, Herr Ernst Schumann, Neubresl. Nat. Reiz, Schulkreit. Um 9 1/2, ca.:  
**Barbarossa!!**  
Sonntag, 22. Nov.: Totensonntag 7 1/2 U. Nur eine Vorstellung. 7 1/2

**Wilhelm-Theater**

Brückstr. 2, a. d. Jannowitzbrücke.  
Täglich Anfang 8 Uhr.  
**Die Schöpfung.**  
Naturwissenschaftliches Schauspiel von Prof. Joh. v. Sienker.

**Gastspiel-Theater**

Köpenicker Straße 68.  
8 1/2 Uhr:  
Gastspiel Hedwig Lange.  
**Demimonde.** 16/15  
Morgen u. folgende Tage 8 1/2 U.:  
**Demimonde.**

**Brunnen-Theater**

Babstraße 58. Direktion: Willy Volgt.  
Freitag, den 20. November 1908:  
**Winterfegen**  
oder:  
**Die Perle von Savoyen.**  
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von W. Aledrich.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
**Herrnsfeld's größter Erfolg!**  
**Die beiden Bindelbands.**  
Dazu: Künstlerteil.  
Sonntag: Bestvorstellung:  
**Zum 50. Male:**  
**Die beiden Bindelbands.**  
Sonntag: Einmalige Aufführung:  
**Die letzte Ehre.**  
**Hausierer Jockele.**  
Künstler-Teil.

**Stadt-Theater Moabit.**

Alt-Moabit 48.  
Größter und vornehmster Theater-saal Moabit.  
Sonntag, den 22. November:  
**Schloß Greifenstein**  
Schauspiel in 6 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Anf. d. Vorst. 7. Kasseneröffnung 6 Uhr.  
Konzert 6 1/2 Uhr.  
Nach der Vorstellung: **Hall.**  
Montag, 23. November: **Coitee**  
der Lustigen Säger.

**W. Noacks Theater**

Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.  
**Mathilde, ein deutsches Frauenherz**  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Sonntag, 21. Nov.: Operabend.  
20jähriges Bühnenjubiläum des Dir. Rob. Dill.

Gustav Behrens-Theater.  
Goltzstr. 9.  
Madame Colley Ashton genannt **Der weibliche Koudini**  
Großer Fesselt!  
Größte Sensation des 20. Jahrhunderts.  
Näherdem das **Elite-November-Programm.**  
**Schlager auf Schlager!**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.

**Bürgerliches Schauspielhaus**

Kastanien-Allee 7-9.  
Zum 1. Male:  
**Ausgewiesen.**  
Sogales Drama von Carl Döbner.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Ab 1. Dezember, 3. Dezember:  
**IV. Opernabend.**

**Palast-Theater**

Burgstr. 24, 2 Min. v. Spt. Böse.  
Täglich 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.  
**Das glänzende November-Programm.**  
Der Spion!! Vondares Wunderaffen.  
Mr. Carlo. Steve und Ella.  
Feldow Sengall. Finlay Brothers.  
Les 3 Soraines. Ella Vondaro Trio.  
Rämbler Comp. Biographische Bilder.  
**Die Frau mit den drei Männern.**  
Familienkarten, wochentags halbe Preise, überall gratis.

**Sanssouci, Kollbuser**

Direktion Wilhelm Kollmer.  
Montag, Donnerstag und Sonntag:  
**Hoffmanns Norddeutsch. Sänger**  
und Tanztruppen.  
Einakter, Ensembleszenen.  
Beg. Sonntag 5, wochent. 8 U.  
Totensonntag: Gr. Vereinsfeierlichkeit-Geschlossen

**Wilhelm-Kasino**

Brückenstr. 2, a. d. Jannowitzbrücke  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Familien-Bierecabaret**  
das neue  
**November-Program.**

**Hühner, Enten, Tauben,**

ig. Gänse empfiehlt reich und billigt  
Wegner, Berlin SO., Rahlmenstr. 34

**Möbelfabrik Julius Apelt**

6 Adalbert-Str. 6  
Hochbahn-Postkasseler Tor  
(früher Stalitzer-Str. 6)

**14 Tage auf Probe**

verleihen a. meine Geschwisterkinder **H. Harzer**  
Kanarien-Vögel sowie Vogelfutter u. Einsatz-Bauer.  
Verlangen Sie Preisliste kostenfrei von:  
**L. G. Müller, Vogelzüchterei,**  
Nordhausen 10 a. Hs.

**Neu erschienen:**

**Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während der Jahre 1789-1794.**  
Ein Beitrag zur Geschichte der französischen Revolution und Partei-Kämpfe gegen Ende des 18. Jahrhunderts von **Heinrich Cunow.**  
Preis broschiert 5,50 M. geb. 7,50

**Expedition des „Vorwärts“**

Berlin SW. 68  
Eisenstr. 69, Laden.

**Möbel-Dessin**  
C. Rosenthaler  
Straße 39  
Stadtbahnhof Böse  
Vorwärtsleiter erhalten bei Kalkhof

# Steppdecken Spezialhaus

## Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen  
Gelegenheitskauf!

Bunt Cretonne Ersatz für Deckbett 300

Similiseide in den Farben (525 750)

Wollatlas rot, blau, oliv (675 850)

Bunte Normal-Schlafdecken 175 250 350

Wolldecken ganz dick 900 400

Reisedecken engl. gefertigt 6, 8, 10 H.

Pracht-Katalog

ca. 600 Illustrationen, künstlerisch ausgestattet, gratis und franko.

Kassenhänder jeder Mitt. August-Bad, Radebeurgstr. 60

# Weihnachts-Prämien

für die Leser des „Vorwärts“.

Hackländers Werke  
2 Bände illustriert 3,50 M.

Freiligraths sämtl. Werke  
3 Bände elegant geb. 3,— M.

Gerstäckers Werke  
2 Bände illustriert 3,50 M.

Grillparzers sämtl. Werke  
2 Bände illustriert 3,— M.

Goethes Werke  
2 Bände illustriert 3,50 M.

Reuters sämtl. Werke  
2 Bände illustriert 3,— M.

Schillers Werke  
2 Bände illustriert 3,50 M.

Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.  
Eleg. geb. statt 12 nur 8,— M.

Expedition des „Vorwärts“  
Lindenstr. 60 (Laden).

# Hygienische

Bedarfsartikel, Neues Katalog  
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.

H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Carlo N.W., Friedrichstrasse 91/92

# Arbeiter finden für den Winter

gute und billige Unterkleider in großer Auswahl

Brunnenstr. 158, Gelber Laden.

# Heute früh 8 Uhr!

kannte noch niemand meine herbesetzt billigen Preise.  
Ich empfehle einen Posten getragener Monats- und  
roben, in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herr-  
schaften, Kavaliere, Reisenden nur Wochen gebrauchte

Monats-Anzüge 8, 10, 14, 18 Mk.  
Monats-Paletots 6, 8, 12, 16 Mk.  
Monats-Hosen . . 2.50 - 5.00 Mk.

Auch mache ich auf meine grosse Ab-  
teilung neuer Garderoben aufmerksam.

J. Wand Hauptgeschäft:  
Grosse Frankfurterstr. 116  
2. Gesch.: Chausseestr. 89 (Bitte Haus-No. beachten!)  
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

# Bei Bleichsucht, Blutarmut, Appetitlosigkeit, Nervosität

gebrauche man **Physionon**

das neue auf elektrischem Wege hergestellte Eisenpräparat, ein von ärztlichen Autoritäten glänzend begutachtetes **Kräftigungsmittel.**

Originalflaschen: Mk. 1,75 u. Mk. 3,—  
in den Apotheken erhältlich.

General-Depot für Deutschland:  
Dr. Wasserschlag, Frankfurt a. M., Theaterplatz 2

Viktor-Apothek, Dr. Laboschin, Friedrichstr. 19. Apothek zum gekr. schwarzen Adler, Auguststr. 60. Junge Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königstr. 50. Dr. Kortums St. Georgen-Apothek, L. Wollenberg, Landsberger Str. 30. Roland-Apothek, N. Bornmann, Tarmstr. 18. Adler-Apothek, Artur Auerbach, am Weddingplatz. Humboldt-Apothek, Potsdamer Straße 29. Elefant-Apothek, Leipziger Str. 74, am Dönhofsplatz. Hertha-Apothek, Schöneberg, Hauptstr. 162. Hohenzollern-Apothek, Dr. Hans Virchow, Königin-Augusta-Straße 50.

# Konzert und Theater im Hause.

## Umsonst

erhalten Sie unsern eleganten Konzert-„Schallophon-Musik-Sprechapparat“ bei Jahresbestellung von monatlich zwei dopp. seitig 25 cm bester Schallplatten (Orchester, Gesang, humor. Vorträge). Mit dem Apparat werden 4 Platten (8 Stücke) nach Wunsch geliefert.

Katalog und Verzeichnis frei.

Schallophon Co., Hamburg 101

# „Unsere Toten“

Vortrag vom Stadtv. Waldeck Manasse  
am Totensonntag, den 22. November,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im City-Hotel, Dresdener Straße 52-53.

Nach dem Vortrage: **Diskussion.**

62/7\* Zur Deckung der Unkosten Entree 10 Pf.

A. Hoffmann, Blumenstr. 14.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

# Maschinenarbeiter.

Montag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Arbeiterscheids Genossen G. Zink über: „Die Unfallversicherung und ihre Bedeutung für die Arbeiter.“ 2. Dis-  
kussion. 3. Branchenanliegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Kollegen von SW. sind besonders hierzu eingeladen.  
Die Branchenkommision.

# Branche der Näh- und Damen-Schreibtischmacher.

Montag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Kluge,  
Langestr. 15, Ecke Fruchtstraße.

## Versammlung.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen wird erwartet. Die Kommission.

# Vergolder.

Montag, den 23. November, abends 8 Uhr, in den  
Neuen Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Vortrag des Genossen Schütte über: „Königliche Geschichte.“  
2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.

# Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Zur Beachtung! Die Vertrauensleute sämtlicher Betriebe werden  
erlaubt, am **Sonntag, den 21. November**, abends von 7 bis  
9 Uhr, im Verkehrtstafe Alsterstraße 59, die Wahllegitimationen zur  
Gewerbegelehrtenwahl in Empfang zu nehmen. Die Branchenkommision.

NB. Die Branchenversammlung am Montag, den 23. November er-  
fällt aus.

# Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

## Achtung! Militär-Sattler! Achtung!

Sonntag, den 22. November, vormittags präzis 10 Uhr,  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (gr. Saal):

## Außerord. Branchenversammlung

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Vertrauensleute über die Verhandlungen  
mit den Arbeitgebern. 158/7  
2. Unsere weitere Stellungnahme.  
Kollegen! Die wichtige Tagesordnung erfordert, daß alle Militär-  
sattler zur Stelle sein müssen. Die Ortsverwaltung.

# Tischler-Verein E. H. No. 80.

Sonabend, 21. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, **Versammlung.**  
Weichstr. 15:  
Sichtbildvortrag des Herrn R. Wiedemann: „Die fromme  
Gelenk“ von B. Busch. — Unterstützungsgelag. 199/11

Der Vorstand.

# Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 22. November, vormittags 10 Uhr, Weinstr. 11:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Alwin Körben über: Die bevorstehenden  
Gewerbegelehrtenwahlen für Berlin. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest.  
3. Verhandlungsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 54/17

Der Vorstand.

# Arbeiter-Abstinenter-Bund.

Ortsgruppe Berlin.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:  
Vortrag des Genossen P. Lenzner über:

## Wesen und Hygiene der geistigen Arbeit.

Freie Diskussion. — Kein Trinkzwang. 292/19

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

# Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. 8. Jährlich.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
— Wilh. Wolffs Hamburger Sänger. —  
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
Eintritt 30 Pfennig. 2181b\*  
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Am Montag, den 16. November  
verstarb plötzlich mein lieber Mann,  
unser guter Vater, Bruder und  
Schwager, der Schankwirt  
**Fritz Langanke**  
Gabelsbergerstr. 9.

Um stille Beileid bitten  
**Die Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 23. November, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-  
hause aus statt. 28045

# Dankfagung.

Für die freundliche Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes,  
des **Wälfers August  
Grund**, sage ich allen weisen  
Freunden und Bekannten meinen  
berühmtesten Dank. 28155

Witwe Agnes Grund geb. Mansfeld.

# Orts-Krankenkasse der Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarettenfortierer

und deren gewerblich. Hilfsarbeiter  
zu Berlin.

Am Freitag, den 27. November,  
abends 7 Uhr, findet in den „Musik-  
hallen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a, die  
**General-Versammlung** der  
Arbeitgeber statt.

Tagesordnung: 1. Wahl von drei  
Vorstandsmitgliedern. 2. Wahl eines  
Delegierten zur Vorprüfung der  
Jahresabrechnung. 2808b

In demselben Tage und in dem-  
selben Saal findet abends 8 1/2 Uhr  
die **General-Versammlung**  
der Arbeitnehmer statt.

Tagesordnung: 1. Bericht des  
Vorstandes. 2. Bericht der Kommission.  
3. Bericht über den Krankentafel-  
kongress. 4. Neuwahl von sechs  
Vorstandsmitgliedern sowie Ersatzwahl  
für ein ausgeschiedenes Vorstands-  
mitglied. 5. Wahl von zwei Dele-  
gierten zur Vorprüfung der Jahres-  
abrechnung. 6. Stellungnahme zu  
dem ablaufenden Bescheid des Ober-  
präsidenten betreffs Herabsetzung der  
Kassenbeiträge.

Rur die am 18. November  
1908 gewählten Delegierten haben  
Vortr. Einladungskarte legitimiert.  
Der Vorstand.

# Bekanntmachung

## Orts-Krankenkasse Britz bei Berlin.

Am Montag, 23. November, abends  
8 1/2 Uhr, findet die  
**ordentliche  
General-Versammlung**  
der Vertreter der Arbeitnehmer und  
Arbeitgeber im Restaurant A. Radatz,  
Britz, Chausseestr. 39, statt.

Tagesordnung:  
1. Neuwahl von einem Vorstands-  
mitglied der Arbeitgeber und zweien  
der Arbeitnehmer.  
2. Ersatzwahl für ein Vorstandsmit-  
glied der Arbeitgeber.  
3. Wahl des Prüfungsausschusses.  
4. Feststellung eines Vertrages durch  
die Versammlung.  
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.  
279/17 Behrend.

# Sozialdemokratischer Wahlverein

für den  
**6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

## Nachruf.

Am 14. November verstarb  
unser Mitglied, der Arbeiter  
**Karl Alwart**  
Kasse Hofstr. 2.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat am Donnerstags-  
nachmittag auf dem Begräbnis-  
platz der Dankesgemeinde in Rei-  
noldendorfer Platz, 100/100.

Der Vorstand.  
281/6

# Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
Bezirk Wedding.

## Nachruf!

Durch die proletarischen Anfechtung  
verstarb der Kollege  
**Wilhelm Alwardt**  
im 45. Lebensjahre. 131/15

Er war ein pflichtgetreuer  
Kollege, dessen Andenken wir  
stets in Ehren halten werden!

Der Zweigvereinsvorstand.

# Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe.

Mitgliedschaft Berlin.

Filiale der Lithographen.

Am 13. November 1908 verstarb  
unverwartet unser Mitglied, der  
Lithograph  
**Gottlob Bajohr**  
im Alter von 44 Jahren.

Ehre seinem Andenken!  
292/18 Die Verwaltung.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion  
der Gips- und Zementbranche.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Karl Hartfiel**  
am 17. November nach langem  
Leiden verstorben ist. 140/6

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 21. November,  
vormittags 11 Uhr, auf dem  
Südlichen Friedhof in Friedrichs-  
felde statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Sektionsvorstand.

# Todes-Anzeige.

Am Montag, den 16. November,  
starb mein lieber Mann, unser  
guter Vater, der Maurer  
**Johann Knoll**  
im 51. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 20. November, nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem neuen  
katholischen Kirchhof (Mariendorfer  
Feld). 5112b

Frau Johanna Knoll  
nebst Kindern.

# Hoher Nebenverdienst!

Wer übernimmt den Vertrieb hoch-  
eleganter Weihnachtsgeschenkartikel  
an Private, Vereine, Kollegen usw.?  
Sonntag, Zwölkau I. S., Glauß-Str. 54.

# Kranz-, Bukett- u. Girlandenanfertiger.

Palmenarrangements, Vereinskränze  
werden geschmackvoll und billig an-  
gefertigt. **Hans Schumacher**  
Blumengeschäft, Rosenpflanzengraben 78.

# A. JANDORFF & Co

Pittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

## Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

**Ehe**

Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie bitte ohne Kaufzwang

**Paul Burows**  
Möbelfabrik  
Lindenstraße 105 (Hall. Tor)  
Großer Räumungs-Ausverkauf  
wegen Umzuges zu Fabrikpreisen !!  
Event. Teilzahlung

**Singer Nähmaschinen.**  
Einfache Handhabung! 44592\*  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!

Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.

Huettgeltlicher Unterricht, auch in moderner Konfektureri.  
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

**10. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 19. November 1902, vormittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

250 209 394 663 63 933 85 1911 [1000] 323 079 39 610  
811 [1000] 2010 499 751 835 934 3148 [1000] 91 828 78 237  
631 351 927 4699 81 429 522 81 5418 737 [1000] 966  
6181 238 [1000] 541 82 432 336 7243 495 896 897 8925  
123 61 585 729 9032 47 61 143 [1000] 227 88 548 931 911  
10213 [1000] 75 05 [1000] 271 485 648 [1000] 40 890 67  
[1000] 901 11055 178 305 892 12185 225 [1000] 35 84  
801 682 787 803 38 92 05 13267 958 [1000] 789 915 14178  
210 24 [1000] 307 663 713 [1000] 850 969 15026 770 [1000]  
370 85 623 784 837 16035 505 946 17536 410 56 [10 000]  
225 39 420 18034 98 [1000] 97 703 [1000] 40 [1000] 337 473  
[1000] 583 725 850 81 19079 280 583 930  
20218 453 734 803 21169 879 411 308 60 903 12 78  
[1000] 22275 174 [1000] 209 48 434 [1000] 79 275 99 14178  
931 23112 64 373 668 [1000] 797 [1000] 879 254 997 211  
424 582 91 359 890 325 25119 819 [1000] 401 01 533 639  
424 825 26095 [1000] 187 383 594 [1000] 414 43 27064 427  
[1000] 583 964 00 29157 [1000] 811 488 623 723 54  
30228 88 78 563 670 [1000] 902 31251 201 482 [1000]  
725 531 [1000] 78 32471 80 [1000] 648 8127 33123 259 63 692  
925 34216 87 807 782 88 [1000] 843 35063 183 237 89 376  
437 307 809 18 [1000] 818 901 71 36019 43 83 34 246 330  
458 624 800 37027 200 288 831 708 911 [1000] 38232 491  
229 81 [1000] 881 596 [1000] 39012 111 303 81 445 80 614  
23 29 [1000] 81 793  
40870 200 89 36 487 788 52 41932 [1000] 363 [1000]  
520 49 683 30 [1000] 67 485 42007 123 379 282 631 25  
43 [1000] 805 21 43000 [1000] 183 [1000] 85 207 23 333  
934 759 [1000] 913 44030 [1000] 130 349 91 [1000] 678  
[1000] 845 45411 372 [1000] 898 896 40177 426 300 47108  
333 409 20 521 604 71 [1000] 47121 26 206 602 [1000] 399  
71 720 [1000] 924 40093 [1000] 100 93 214 533 482 784  
50129 67 87 121 514 27 51210 500 [1000] 27 859  
944 52127 33 83 292 341 436 [1000] 500 [1000] 600 730 [1000]  
53083 171 88 [1000] 228 72 319 433 508 88 679 37 709  
853 54026 70 495 600 [1000] 97 914 48 [1000] 55512 71  
81 195 [1000] 215 49 24 438 434 26 787 845 091 56251 455  
97 303 809 70 72 [1000] 828 83 57088 [1000] 157 251  
917 097 717 011 58291 305 711 831 [1000] 592028 267  
[1000] 770  
60104 [1000] 224 621 743 983 61029 135 288 87 383  
496 49 683 30 [1000] 67 485 42007 123 379 282 631 25  
[1000] 805 21 43000 [1000] 183 [1000] 85 207 23 333  
934 759 [1000] 913 44030 [1000] 130 349 91 [1000] 678  
824 66 447 710 504 67077 [1000] 83 127 318 324  
444 [1000] 548 623 774 818 68110 222 83 [1000] 81 725 035  
09611 309 200 203 567 633 72 784 [1000] 510 91  
7014 [1000] 335 [1000] 512 32 689 309 [1000] 71 24  
71024 112 59 281 809 70 867 [1000] 709 990 72082 184  
300 644 [1000] 831 64 [1000] 7312 220 41 413 64 51 25 670  
759 282 74250 42 [1000] 409 232 800 75232 866 453 99  
810 901 76182 218 512 745 103 85 947 58 77201 30 837  
306 27 49 82 78292 241 419 617 63 89 953 67 79295 78  
122 82 86 235 624 637 930  
80127 220 50 [1000] 404 318 682 761 806 85 328 60 67  
[1000] 81289 423 787 34 809 82786 679 976 83069 11 24  
819 671 99 739 818 84040 178 99 248 530 [1000] 455 525  
812 815 789 990 34 85172 17 226 [1000] 304 302 75 86029  
83 282 814 33 87 8735 140 49 018 620 [1000] 278 250 439  
78 510 35 782 88120 40 [1000] 82 449 89 922 949 89699 774  
90141 502 72 03 020 [1000] 47 81 892 914 91320  
801 89 685 321 [1000] 92288 [1000] 103 52 [1000] 88 299  
214 021 [1000] 29 292 91 [1000] 705 89 [1000] 634 93284 200  
828 [1000] 946 221 400 530 975 95 012 85 [1000] 378  
698 810 [1000] 96800 4 211 [1000] 905 97035 [1000] 50  
233 407 506 27 88 57 780 [1000] 219 29 89 98079 334 543  
83 91 622 87 78 91 [1000] 856 99848 81 801 615 781  
100448 208 27 808 89 423 511 50 877 722 301 55  
61 [1000] 91 101080 281 401 81 216 [1000] 43 [1000] 603  
53 102217 98 319 438 58 [1000] 829 778 83 082 103161  
211 220 50 [1000] 89 53 312 74 454 018 622 [1000] 80 870  
988 10421 437 91 629 51 765 [1000] 80 927 105185  
212 424 715 810 [1000] 99 840 [1000] 106305 729 83 805  
82 92 832 107610 81 [10 000] 175 300 421 280 93 [1000] 890  
108977 113 77 422 90 676 943 88 109003 26 57 121 65  
419 88 364  
110209 62 313 415 72 84 [1000] 845 111093 [1000]  
259 90 317 89 481 [1000] 808 8 [1000] 6 789 523 112294  
124719 291 325 94 407 61 581 684 820 50 125817 252  
[1000] 480 [1000] 717 79 843 126406 [1000] 39 623 57 711  
856 [1000] 79 879 127111 [1000] 323 350 434 553 [1000]  
83 948 84 128483 4 737 907 129714 411 603 [1000]  
754 806 914  
130039 291 464 20 131602 253 280 407 7 947 [1000]  
132259 245 611 [1000] 11 86 [1000] 94 630 787 [1000] 986  
133111 321 984 134193 213 237 84 486 307 12 20 811  
[1000] 9 135190 418 819 683 43 88 729 81 40 90 51 824  
136010 148 231 489 [1000] 644 754 [1000] 27 853 73 82  
137045 140 224 48 382 419 [1000] 37 82 540 699 707 17  
814 [1000] 138300 [1000] 95 170 63 306 690 [1000] 179099  
83 41 223 87 894 48  
140215 890 470 618 897 141011 [1000] 18 20 79  
425 294 467 297 830 90 142860 949 43103 306 15 82

**Pelzwaren!!!**

Reinickendorfer Straße 1  
am Wedding-Platz, Berlin N.  
Eigene Kürschnerei.

Pelzwaren, die von Dauer,  
Kauft man bei Krakauer!

**Echt Skunks-Stola** von . . . 25 M. an.  
Fabelhafte Auswahl.

**Echt Nerzmur-Stola** von . . . 18 M. an.  
Enorm billige Preise.

**Echt Tibet-Stola** von . . . 9 50 an.  
Ohne jede Konkurrenz.

**Größtes Lager**  
Pelze, Pelz-Hosen, Pelz-Jacken.  
Prima Felle aller Arten.

**Reparaturen** schnell,  
gut, billig.

Gesundheit ist Reichtum!  
Bade Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art  
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen  
406L und Herren.  
2 Wannenbäder mit je 2 Hand-  
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badozeit.)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

**Die allerbeste Puppe**  
erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der  
Puppen-Fabrik Otto Kreyszig  
88 Brunnenstr. 88, schrägüber der Allgemeinen  
Elektrizitäts-Gesellschaft.  
Reparaturen erbitte schon jetzt, beim Einkauf  
von Ersatzteilen gratis!

**10. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 19. November 1902, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

250 209 394 663 63 933 85 1911 [1000] 323 079 39 610  
811 [1000] 2010 499 751 835 934 3148 [1000] 91 828 78 237  
631 351 927 4699 81 429 522 81 5418 737 [1000] 966  
6181 238 [1000] 541 82 432 336 7243 495 896 897 8925  
123 61 585 729 9032 47 61 143 [1000] 227 88 548 931 911  
10213 [1000] 75 05 [1000] 271 485 648 [1000] 40 890 67  
[1000] 901 11055 178 305 892 12185 225 [1000] 35 84  
801 682 787 803 38 92 05 13267 958 [1000] 789 915 14178  
210 24 [1000] 307 663 713 [1000] 850 969 15026 770 [1000]  
370 85 623 784 837 16035 505 946 17536 410 56 [10 000]  
225 39 420 18034 98 [1000] 97 703 [1000] 40 [1000] 337 473  
[1000] 583 725 850 81 19079 280 583 930  
20218 453 734 803 21169 879 411 308 60 903 12 78  
[1000] 22275 174 [1000] 209 48 434 [1000] 79 275 99 14178  
931 23112 64 373 668 [1000] 797 [1000] 879 254 997 211  
424 582 91 359 890 325 25119 819 [1000] 401 01 533 639  
424 825 26095 [1000] 187 383 594 [1000] 414 43 27064 427  
[1000] 583 964 00 29157 [1000] 811 488 623 723 54  
30228 88 78 563 670 [1000] 902 31251 201 482 [1000]  
725 531 [1000] 78 32471 80 [1000] 648 8127 33123 259 63 692  
925 34216 87 807 782 88 [1000] 843 35063 183 237 89 376  
437 307 809 18 [1000] 818 901 71 36019 43 83 34 246 330  
458 624 800 37027 200 288 831 708 911 [1000] 38232 491  
229 81 [1000] 881 596 [1000] 39012 111 303 81 445 80 614  
23 29 [1000] 81 793  
40870 200 89 36 487 788 52 41932 [1000] 363 [1000]  
520 49 683 30 [1000] 67 485 42007 123 379 282 631 25  
43 [1000] 805 21 43000 [1000] 183 [1000] 85 207 23 333  
934 759 [1000] 913 44030 [1000] 130 349 91 [1000] 678  
824 66 447 710 504 67077 [1000] 83 127 318 324  
444 [1000] 548 623 774 818 68110 222 83 [1000] 81 725 035  
09611 309 200 203 567 633 72 784 [1000] 510 91  
7014 [1000] 335 [1000] 512 32 689 309 [1000] 71 24  
71024 112 59 281 809 70 867 [1000] 709 990 72082 184  
300 644 [1000] 831 64 [1000] 7312 220 41 413 64 51 25 670  
759 282 74250 42 [1000] 409 232 800 75232 866 453 99  
810 901 76182 218 512 745 103 85 947 58 77201 30 837  
306 27 49 82 78292 241 419 617 63 89 953 67 79295 78  
122 82 86 235 624 637 930  
80127 220 50 [1000] 404 318 682 761 806 85 328 60 67  
[1000] 81289 423 787 34 809 82786 679 976 83069 11 24  
819 671 99 739 818 84040 178 99 248 530 [1000] 455 525  
812 815 789 990 34 85172 17 226 [1000] 304 302 75 86029  
83 282 814 33 87 8735 140 49 018 620 [1000] 278 250 439  
78 510 35 782 88120 40 [1000] 82 449 89 922 949 89699 774  
90141 502 72 03 020 [1000] 47 81 892 914 91320  
801 89 685 321 [1000] 92288 [1000] 103 52 [1000] 88 299  
214 021 [1000] 29 292 91 [1000] 705 89 [1000] 634 93284 200  
828 [1000] 946 221 400 530 975 95 012 85 [1000] 378  
698 810 [1000] 96800 4 211 [1000] 905 97035 [1000] 50  
233 407 506 27 88 57 780 [1000] 219 29 89 98079 334 543  
83 91 622 87 78 91 [1000] 856 99848 81 801 615 781  
100448 208 27 808 89 423 511 50 877 722 301 55  
61 [1000] 91 101080 281 401 81 216 [1000] 43 [1000] 603  
53 102217 98 319 438 58 [1000] 829 778 83 082 103161  
211 220 50 [1000] 89 53 312 74 454 018 622 [1000] 80 870  
988 10421 437 91 629 51 765 [1000] 80 927 105185  
212 424 715 810 [1000] 99 840 [1000] 106305 729 83 805  
82 92 832 107610 81 [10 000] 175 300 421 280 93 [1000] 890  
108977 113 77 422 90 676 943 88 109003 26 57 121 65  
419 88 364  
110209 62 313 415 72 84 [1000] 845 111093 [1000]  
259 90 317 89 481 [1000] 808 8 [1000] 6 789 523 112294  
124719 291 325 94 407 61 581 684 820 50 125817 252  
[1000] 480 [1000] 717 79 843 126406 [1000] 39 623 57 711  
856 [1000] 79 879 127111 [1000] 323 350 434 553 [1000]  
83 948 84 128483 4 737 907 129714 411 603 [1000]  
754 806 914  
130039 291 464 20 131602 253 280 407 7 947 [1000]  
132259 245 611 [1000] 11 86 [1000] 94 630 787 [1000] 986  
133111 321 984 134193 213 237 84 486 307 12 20 811  
[1000] 9 135190 418 819 683 43 88 729 81 40 90 51 824  
136010 148 231 489 [1000] 644 754 [1000] 27 853 73 82  
137045 140 224 48 382 419 [1000] 37 82 540 699 707 17  
814 [1000] 138300 [1000] 95 170 63 306 690 [1000] 179099  
83 41 223 87 894 48  
140215 890 470 618 897 141011 [1000] 18 20 79  
425 294 467 297 830 90 142860 949 43103 306 15 82

Im Gewinnrade verbleiben: 1. Prämie zu 200.000 M.  
1 Gewinn zu 200.000, 1 zu 100.000, 1 zu 100.000, 1 zu  
10.000, 2 zu 5.000, 1 zu 2.000, 2 zu 1.000, 1 zu 500, 1 zu  
100, 1 zu 50, 1 zu 25, 1 zu 10, 1 zu 5, 1 zu 2, 1 zu 1, 1 zu  
0,5, 1 zu 0,25, 1 zu 0,1, 1 zu 0,05, 1 zu 0,02, 1 zu 0,01, 1 zu  
0,005, 1 zu 0,002, 1 zu 0,001, 1 zu 0,0005, 1 zu 0,0002, 1 zu  
0,0001, 1 zu 0,00005, 1 zu 0,00002, 1 zu 0,00001, 1 zu 0,000005,  
1 zu 0,000002, 1 zu 0,000001.

**10. Ziehung 5. Kl. 219. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 19. November 1902, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

250 209 394 663 63 933 85 1911 [1000] 323 079 39 610  
811 [1000] 2010 499 751 835 934 3148 [1000] 91 828 78 237  
631 351 927 4699 81 429 522 81 5418 737 [1000] 966  
6181 238 [1000] 541 82 432 336 7243 495 896 897 8925  
123 61 585 729 9032 47 61 143 [1000] 227 88 548 931 911  
10213 [1000] 75 05 [1000] 271 485 648 [1000] 40 890 67  
[1000] 901 11055 178 305 892 12185 225 [1000] 35 84  
801 682 787 803 38 92 05 13267 958 [1000] 789 915 14178  
210 24 [1000] 307 663 713 [1000] 850 969 15026 770 [1000]  
370 85 623 784 837 16035 505 946 17536 410 56 [10 000]  
225 39 420 18034 98 [1000] 97 703 [1000] 40 [1000] 337 473  
[1000] 583 725 850 81 19079 280 583 930  
20218 453 734 803 21169 879 411 308 60 903 12 78  
[1000] 22275 174 [1000] 209 48 434 [1000] 79 275 99 14178  
931 23112 64 373 668 [1000] 797 [1000] 879 254 997 211  
424 582 91 359 890 325 25119 819 [1000] 401 01 533 639  
424 825 26095 [1000] 187 383 594 [1000] 414 43 27064 427  
[1000] 583 964 00 29157 [1000] 811 488 623 723 54  
30228 88 78 563 670 [1000] 902 31251 201 482 [1000]  
725 531 [1000] 78 32471 80 [1000] 648 8127 33123 259 63 692  
925 34216 87 807 782 88 [1000] 843 35063 183 237 89 376  
437 307 809 18 [1000] 818 901 71 36019 43 83 34 246 330  
458 624 800 37027 200 288 831 708 911 [1000] 38232 491  
229 81 [1000] 881 596 [1000] 39012 111 303 81 445 80 614  
23 29 [1000] 81 793  
40870 200 89 36 487 788 52 41932 [1000] 363 [1000]  
520 49 683 30 [1000] 67 485 42007 123 379 282 631 25  
43 [1000] 805 21 43000 [1000] 183 [1000] 85 207 23 333  
934 759 [1000] 913 44030 [1000] 130 349 91 [1000] 678  
824 66 447 710 504 67077 [1000] 83 127 318 324  
444 [1000] 548 623 774 818 68110 222 83 [1000] 81 725 035  
09611 309 200 203 567 633 72 784 [1000] 510 91  
7014 [1000] 335 [1000] 512 32 689 309 [1000] 71 24  
71024

Freitag, den 20. November: Lese- und Diskutier-Abend für Frauen

in den bekannten Lokalen.

Sonntag, den 22. November von 8 Uhr früh an

Flugblattverbreitung

für die Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbegericht von den Bezirkslokalen aus.

Partei-Angelegenheiten.

Nizdorf. Heute, Freitag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr findet bei Reich, Kuesbedstraße 48/49 eine öffentliche Wähler-versammlung für den 11. und 12. Kommunalwahlbezirk statt.

Sonntag, den 22. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Theater von Nizdorf die vom Bildungsverein arrangierte Theater-vorstellung mit der Aufführung „Kora“ statt.

Steglich-Friedenau. Auf das Winterfest, das der Steglitzer Bahnbereich am morgigen Sonnabend im Rheinischloß in Friedenau veranstaltet, werden wir hierdurch noch einmal die Genossinnen und Genossen um das Besondere zu juglich für die Verbreitung der Frauenorganisation auszusprechen, wird Genossin Luise Zieg eine Ansprache halten.

Trebbin. Am Sonnabend, den 21. November, abends 8 Uhr, bei Wolf: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Ball Mehrgauer.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 22. d. Mts., früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung und Agitation für den „Vorwärts“ von den Bezirkslokalen aus statt.

Frank-Buchholz. Am Sonntag, den 22. November, findet eine Handzettelverbreitung über den ganzen Bezirk statt.

Berliner Nachrichten.

Kesselexplosion in den D. C. W.

Mittwoch, nachmittags gegen 5 1/2 Uhr, platzte aus noch nicht aufgeklärter Ursache in dem Kesselhause der Berliner Elektrizitäts-Werke in dem Hofgebäude ein Rohr des Röhrenkessels Nr. 8, während sich der Kessel in vollem Betriebe befand.

Kinder im Dienste des „Kreuzer-Kreuzes“.

Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben: „Als ich mit einem Bekannten am letzten Sonntag 8 Uhr abends in einem Automatenrestaurant in der Potsdamer Straße saß, betrat ein Kind im Alter von sechs bis sieben Jahren das Lokal.“

in Viertlokale auszugeben oder direkt an die Gäste zu verteilen. Die Gefährten, denen hier die Kinder ausgegibt werden, sind unermesslich. Dazu kommt, daß es am letzten Sonntag erheblich kalt war und die Kinder über keine Ueberkleider verfügten.

Weihnachtsmarkt. Gemäß § 21 der Polizeiverordnung vom 12. Juni 1888, betreffend den Verkehr auf den Berliner Jahr- und Weihnachtsmärkten, in der Fassung der Polizeiverordnung vom 24. November 1906, findet der diesjährige Weihnachtsmarkt auf dem Antoniaplatz und dessen Umgebung sowie in der Warschauer Straße (von der Revaler Straße bis zur Frankfurter Allee) und in der Weidenburger Straße statt.

Los von der Kirche! Am Vortag stand im „Berliner Lokal-Anzeiger“, just in jenem Blatt, in dem Dörfelinger und andere Altartikler für blanke Zwangsmarkte ihren frommen Senf abzugeben pflegen, der folgende Schmerzensschrei eines Geistlichen, von Freundeshand beschützt, zu lesen:

„Ich suche für meinen Freund eine Lebensgefährtin. Derselbe, ein hochangesehener Geistlicher, leidet schwer unter diesem Beruf und wünscht sehnlich, ihn mit einer freien Tätigkeit zu vertauschen.“

Die Zahl derjenigen Milchhändler, die bisher noch unter diesem Preis vertrieben, scheint nicht gering zu sein, sonst hätte es doch einer Wiederholung des schon vor Jahr und Tag geschehenen Beschlusses nicht bedurft.

Milchpreiserhöhung. In einer am Montag, den 16. d. M., in Kellers Resthän, Kopenstr. 20, stattgefundenen, von annähernd 1500 Milchhändlern und Molkereibesitzern Groß-Berlins besuchten Versammlung wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Milchhändler und Molkereibesitzer von Groß-Berlin erklärt, daß es angesichts der hohen Milchpreise und der enorm gestiegenen Kosten dem Milchhandel nicht möglich ist, bei dem Preise von 20 Pf. für reelle Vollmilch seine Existenz auszuhalten.“

In dem Artikel „Der Armensarg“ (Nr. 270 des „Vorwärts“) ist die Andeutung gemacht worden, daß von Freiwilligen gelegentlich die Kränze bald nach der Beerdigung verschwinden.

Wir berichteten vor einiger Zeit über ein Erlebnis, das der Genosse O. Hammerichmidt anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin mit der Polizei hatte. Bekanntlich wurde H. in aller Herrgottsfrühe aus dem Bette heraus verhaftet und nach der Polizei geführt.

Der Polizeipräsident Berlin O., den 10. November 1908. Abteilung I. Zogeb. Nr. I. 5715. 08.

Eine polizeiliche Entschuldigung. Wir berichteten vor einiger Zeit über ein Erlebnis, das der Genosse O. Hammerichmidt anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin mit der Polizei hatte.

gewiesen ist. Dieser Mißgriff ist dadurch verursacht worden, daß das Signalement eines von der königlichen Staatsanwaltschaft in Berlin erlassenen Steckbriefes, wie Sie selbst anerkannt haben, im allgemeinen auf Ihre Person paßte.

Der Herr Otto Hammerichmidt (Name unleserlich) in Braunshweig.

Nach Lage der Sache konnte zwar der Polizeipräsident nichts anderes mehr tun, als sich entschuldigen; allein die Beamten des 28. Reviers, die die Verhaftung ausführten, hätten sich genauer vergewissern müssen, bevor sie zur Verhaftung schritten.

Ueber die Ursache des Zusammenstoßes zweier Stadtbahnzüge auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke teilt die Eisenbahndirektion folgendes mit:

„Durch die Untersuchung des Eisenbahnunfalls auf Bahnhof Jannowitzbrücke am 17. November d. J. ist festgestellt worden, daß die Schuld an dem Vorkommnis den Signalwärter trifft. Dieser hatte das Ausfahrtsignal für den Zug 2721, das infolge der Mitwirkung des Zuges nach Verlassen der isolierten Schienenstrecke selbsttätig auf Halt gefallen wäre, irrtümlich vorzeitig auf Halt gestellt.“

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

„Wer liest den „Vorwärts“?“ zu stellen. Eine Umfrage in meiner Klasse hat ergeben, daß niemand von „einem Auswärtigen der Kinder bezüglich der „Vorwärts“-Lektüre“ etwas weiß. Ich muß Sie deshalb bitten, Ihre Auslassungen zu widerrufen.“

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

Der Herr Herr Fischer? Ueber den Lehrer Fischer von der 282. Knaben-Gemeinschaft (Logauerstraße) hatten wir in Nr. 205 gemeldet, daß er an Schüler seiner Klasse die Frage gerichtet habe, wessen Eltern den „Vorwärts“ lesen.

**Kopf hinweg.** M. erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Moabit gebracht. — Vom Automobil der städtischen Straßenreinigung überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern Abend der Buchhalter Bruno Eshard vom Nürnberger Hof. E. war im Begriff gewesen, an der Ecke der Friedrich- und Mohrenstraße den Fahrradweg zu überschreiten, als der Krafwagen in ziemlich schnellem Tempo herangefahren kam. Da in dem gleichen Moment noch zwei Droschken den Kreuzungspunkt passierten, so war es für E. nicht möglich, dem Automobil auszuweichen; er wurde umgerissen und das schwere Gefährt ging über ihn hinweg. In besinnungslosem Zustande schaffte ein Schuhmann den Überfahrenen nach der Unfallstation in der Kronenstr. wo der Arzt schwere innere Verletzungen und Verstaumelungen des Kopfes feststellte. Nach Anlegung von Rotverbänden wurde E. in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus Moabit eingeliefert. — Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat der 43. Jahre alte Arbeiter Ernst Schubert den Tod gefunden. Er war die Treppe des Hauses Heidestraße 53 hinaufgestiegen und im vierten Stockwerk angelangt, trat er fehl, verlor das Gleichgewicht und stürzte rücklings in die Tiefe. Er zog sich einen schweren Schädelbruch zu und starb nach wenigen Minuten. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

**Eine Petroleumsendung in Flammen.** Ein großes Lösch- und Verbot der Berliner Feuerwehr wurde gestern nachmittag kurz nach 4 Uhr infolge mehrfachen Alarms nach dem Schleifischen Güterbahnhof in der Mühlentstraße gerufen. Als die Rüge dort eintrafen, fanden sie ein mit Petroleumfässern voll beladener Eisenbahnwagen in hellen Flammen. Nach halbstündigem Wassergeben war der Brand erloschen. Von der Petroleumladung konnte jedoch nichts mehr gerettet werden. Der Wagon brannte bis auf die Eisenteile nieder. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts festgestellt. Der Güterzug war erst um 8 Uhr auf dem Schleifischen Güterbahnhof eingelaufen. Die Petroleumladung kam aus Galizien und war für eine Berliner Firma bestimmt.

**Der Gesangverein „Rote Rose“ (M. d. V. S. V.)** veranstaltet am Sonntag, den 22. d. M. (Totensonntag), in Joseph Franke's Festsaal, Badstr. 19, ein Vokal- und Instrumentalkonzert unter gütiger Mitwirkung von Mitgliedern des Sinfonie-Orchesters (Dir.: Maxim. Fischer). Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 0,30 M., an der Kasse 0,40 M.

**Feuerwehrbericht.** Die Berliner Feuerwehr wurde am Vortage nachts um 11 Uhr böswilligerweise nach der Schloßbrücke alarmiert. Der Täter war bei der Ankunft der Feuerwehr gestrichelt. Um 8 Uhr abends wurden zwei Brände in der Ritterstr. 94 und Kochstraße 24 gelöscht werden. Auf den Höfen der beiden Grundstücke brannten Kisten, Stroh, Papier und anderes. Kellerbrände wurden gestern aus der Oranienstr. 130a, Reichenberger Str. 102 und anderen Stellen gemeldet. Stroh, Holz, Kisten usw. brannten dort. Die Schönberger Feuerwehr hatte eine volle Stunde in der Bahnstr. 84 mit sich einem Kellerbrande zu tun. Der neunte Berliner Löschzug wurde wegen einer Benzinexplosion nach der Linkstr. 27 alarmiert, wo bei Ankunft der Wehr Antoreifen brannten, Fenster, Türen usw. hochabgingen. Ferner hatte die Wehr Prinz-Eugen-Straße 12, in der Königsgraber Str. 62, Landsberger Str. 114, in der Laubentkolonie „Verg und Tal“, Schönhauser Allee 63, Birkenstr. 57, Sparrstr. 1 und anderen Stellen zu tun. Watten, Wäsche, Kleider, Möbel, Schaldecken, Lauben, Kartons, Späne und anderes wurden bei diesen Bränden in Raub der Flammen.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordneten hatten es seinerzeit abgelehnt, die Linienführung der Straße 71 auf dem ehemaligen Dotti'schen Gelände nach dem Vorschlage des Magistrats zu genehmigen, dafür aber einem Vorschlage aus der Mitte der Versammlung zugestimmt. In der letzten Sitzung teilte nun der Magistrat der Versammlung in einem Schreiben mit, daß er wohl dem Beschlusse beigetreten sei, aber nur, um nicht die rechtzeitige Fertigstellung damit zusammenhängender Bauprojekte für Schulbauten zu gefährden. Kamens unserer Genossen verwahrte sich Stadtv. Brauer gegen diesen Vorgang, der einer Vermahnung, ja einer Mäßigung der Stadtverordneten sehr ähnlich sehe und verwies die Versammlung unter Weisfall der Versammlung auf den geschäftsordnungsmäßigen Weg. Der erste Bürgermeister wollte die dem Magistrat unterstellte Absicht nicht gelten lassen. — Nachdem einige Festlegungen von Kostenverteilungsplänen über Neuherstellung von Bürgerhäusern im Sinne des Ortsstatuts die Zustimmung gefunden, kam folgende Interpellation Schwadtel und Genossen (Grundbesitzervereiner) über die geplante Hochbahn in der Frankfurter Allee zur Besprechung: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um zu verhindern, daß bei der in Aussicht genommenen Fortführung der Untergrundbahn vom Alexanderplatz durch die Frankfurter Allee dieselbe als Hochbahn weiter geführt wird. Ist der Magistrat entschlossen, eventuell den Austritt der Stadt Lichtenberg aus dem Verkehrsverband anzufordern, wenn die Stadt Berlin der Fortführung der Untergrundbahn als Hochbahn durch die Frankfurter Allee zustimmen sollte?“

Stadtv. Schwadtel wies auf die Gefahren hin, die dem Osten in seiner Entwicklung bei Verwirklichung des Hochbahnprojektes drohen. Die nach Blättermeldungen vom Oberbürgermeister Richter gemachte Bemerkung, daß die erhobenen Einsprüche einseitige Grundbesitzerinteressen wahren sollten, lehnte der Redner entschieden ab und empfahl dem Magistrat, eventuell von einem Beitritt zum Zweckverband Abstand nehmen zu wollen. In der folgenden Besprechung gab zunächst namens des Magistrats Stadtbaurat Knipping die Erklärung ab, daß der Magistrat in allen Stadien der Entwicklung nachdrücklich die Interessen des Ostens und im besonderen die Lichtenbergs zu wahren sich bemüht habe. Leider sei der letzte Einspruch des Magistrats bei der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahn nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Eine andere Frage aber sei es, ob es zweckdienlich sei, daß schon heute zu dem letzten Mittel, Fernbleiben von dem Zweckverband, gegriffen werden müsse. Die Frage müsse reiflich erwogen werden. Stadtv. Hedert (Soz.) erklärte namens seiner Freunde die nachhaltigste Unterstützung zu dem Bestreben, an Stelle der Hochbahn eine Untergrundbahn zu schaffen. Die Frage des Austritts aus dem Zweckverband müsse er als unzulässig erachten. Stadtv. Brauer (Soz.) schloß sich den Ausführungen des Stadtv. Hedert an und brachte dann in längeren Ausführungen die ganze Unzulänglichkeit und Schädlichkeit der Verkehrspolitik, wie diese durch die Privatgesellschaften getrieben werde, zur Sprache. Besonders betonte der Redner die Vernachlässigung des Ostens gegenüber dem Westen und ermahnte den Magistrat, mit den Nachbargemeinden auf Ausbau oder Schaffung neuer Verbindungen unter einander und mit der Hauptstadt in eigener Regie in Unterhandlungen zutreten. In der Frage der Untergrundbahn verlangt Brauer nicht nur deren Fortführung bis zum Bahnhof Lichtenberg, sondern darüber hinaus durch Friedrichsfelde nach Weddow bzw. dem Ragerviehshof. Ein solches Ziel sei aber nicht durch Austritt aus dem Zweckverband, sondern durch energisches Vertreten solcher Forderungen im Zweckverband zu erreichen. — Die Verichterhaltung in der Frage des Krankenhausbaus in einer „geheimen“ Sitzung haben unsere Genossen nicht zu verhindern vermocht. Beschlüssen wurde, die von der gemischten Kommission empfohlenen Anträge an die Kommission zurückzuverweisen und diese zu beauftragen, neue Verhandlungen auf Grund neuer Offerten, soweit es sich um die Bauplätzefrage handelt, anzuknüpfen!

**Arbeiter-Schulungsschule Berlin.** Wegen plötzlich eingetretener Erkrankung des Lehrers, Genossen Grünwald, muß heute Abend der Unterricht in Rationalökonomie ausfallen.

### Charlottenburg.

Zur Jahreshauptfeier der preussischen Städteordnung fanden sich gestern die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats, ferner die Ehrenbeamten und die besoldeten Beamten der Stadt nebst den Vertretern staatlicher Behörden zahlreich im Festsaal des Rathhauses ein. Die Festsprache hielt Herr Stadtrat Professor Dr. Jastrow, der in reichlicher vollendeter Ausführungen die Bedeutung des Freiherren vom Stein für das Zustandekommen der Städteordnung hervorhob, auf die wesentlichen Merkmale des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden einging und an einigen Beispielen den Fortschritt zeigte, der so gut auf dem Gebiete der Armenpflege, des Schulwesens, als in Bezug auf die Erfüllung sozialer Aufgaben nur dem regen Eifer der sich selbst verwaltenden Gemeinden zu danken sei. Etwas gezwungen klang es, als der Redner auf das harmonische Zusammenarbeiten staatlicher und städtischer Behörden hinwies. Die Gegenwart und die jüngste Vergangenheit haben diese Harmonie oft genug vermiffen lassen.

Nach der Festsprache hielt noch der Oberbürgermeister eine kurze Ansprache, bei der der Redner die von den städtischen Körperschaften zu diesem Städteordnungs-Jubiläum geschaffenen Stiftungen öffentlich bekannt gab. Es wurden gewidmet 50 000 M. für einen dem Gedächtnis des Herrn v. Stein gewidmeten Brunnen auf dem Steinplatz und 100 000 M. zur Errichtung einer Frau v. Stein-Stiftung, aus deren Fintertragnissen bedürftige und würdige Angehörige und Hinterbliebene städtischer Ehrenbeamte unterstützt werden sollen.

### Wilmerdorf.

Bei den gestrigen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung der dritten Abteilung sind die von uns aufgestellten Kandidaten leider mit 200 Stimmen den vereinigten bürgerlichen Parteien gegenüber in der Minderheit geblieben. Während auf diese 1300 bis 1430 Stimmen entfielen, erhielten unsere beiden Parteigenossen Riedel und Westphal 1201 und 1194 Stimmen. Wir sind somit den Gegnern hart auf den Fersen und hoffen, daß wir bei den nächsten Wahlen, auch wenn die ungerechte Wählerwahl beibehalten werden sollte, die Mehrheit erhalten.

Die Wahlbeteiligung war bedeutend schwächer als vor zwei Jahren. Damals erhielten die bürgerlichen Kandidaten 1700 bis 2500 und unsere Kandidaten im Durchschnitt 1400 Stimmen.

### Friedrichshagen.

Die gegenwärtige politische Lage besprach in einer gut besuchten Versammlung am Vortage Genosse Dr. Oskar Cohn. Redner entwarf in markanter Weise ein Bild von den letzten Ereignissen und übte scharfe Kritik an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien gegenüber dem persönlichen Regiment. Durch ihren Verfall bewies die Versammlung am Schluß des Referats, daß sie sich mit den Ausführungen voll und ganz einverstanden erklärte. Einstimmig wurde die den Protestversammlungen der vorigen Woche vorgelegte Resolution angenommen.

### Mariendorf-Südende.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung referierte am Dienstag im Lokale „Zum alten Köppler“ Genosse Kallist über das Thema: „Köpenick und Jena“. Dem Referenten wurde während und am Schluß seiner Ausführungen reichlicher Weisfall gezollt. Die Versammelten nahmen hierauf folgende aus der Mitte der Versammlung eingegangene Resolution einstimmig an: „In Erwägung, daß die heutige Politik unserer Regierung die Masse des Volkes immer mehr in Gefahr und Elend bringt, vertritt die heute am Ort tagende Versammlung, mit aller Macht dahin zu wirken, daß das persönliche Regiment beseitigt wird und der arbeitenden Klasse die Rechte im Parlament eingeräumt werden, welche es zu beanspruchen hat.“ Nachdem noch die Genossen Reichardt und Suter einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache gebracht, wurde die imposant verlaufene Versammlung geschlossen.

### Stralau.

Der Gesangverein „Vorwärts VI“ veranstaltete am Sonntag, den 22. November, abends 6 Uhr, in den Markgrafenälen, Markgrafen-damm 24, einen Unterhaltungssaband. Da genannter Verein stets bei allen Parteifestlichkeiten mitgewirkt, erludten wir die Genossen um rege Beteiligung.

### Pankow.

Bei der am Dienstag stattgefundenen Gewerkegewerkschaftswahl der Arbeitnehmer wurde, da Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren, die Kandidaten des Gewerkschaftsvereins gewählt. Von 906 eingeschriebenen Wählern übten 320 ihr Stimmrecht aus. Bei der Arbeitgeberwahl siegte die Liste der Gegner. Wären unsere Arbeitgeber auf dem Posten gewesen, so hätte ein Kandidat durchgebracht werden können.

Die heliographische Verbindung Potsdam—Sperenberg bei Natterbog, die vom geodätischen Institut des Potsdamer königlichen Observatoriums eingerichtet wurde, ist bereits in das Versuchsstadium getreten. Auf der höchsten Erhebung des 78,5 Meter hohen Sperenberges wird ein Steinfeiler errichtet, auf dem die heliographischen Instrumente befestigt werden. Die Distanz der Verbindung beträgt 82 Kilometer. Die Verbindung wird durch Sonnenpiegel hergestellt und gleicht der bereits bestehenden Heliographenstation auf den Müggelbergen, die auch mit dem Potsdamer Observatorium durch Leuchtsignale in Verbindung tritt. Ein Versuch hat sich als erfolgreich erwiesen.

### Potsdam.

Den Bau einer Warmbadeanstalt verlangen die gesamten hiesigen Ärzte. Die Flußbadeanstalten sind mit einer Ausnahme alte, primitive Einrichtungen, die drei Privatanstalten mit Bannbädern genügen nicht im mindesten den hygienischen Ansprüchen. Die Stadtverwaltung hat aber dazu kein Geld, trotzdem dieses Projekt schon 25 (!) Jahre besteht und bereits schon einmal eine Rate von 70 000 M. bei einer Anleihe mit aufgenommen wurde. Es soll jetzt 1/2 Million Mark kosten, wobei mit Rücksicht auf den Charakter der Stadt als Residenzstadt ein Hauptgewicht auf die höhere Ausgestaltung gelegt werden soll. Man will nun auf einen Wohlthäter warten, der (vielleicht in weiteren 25 Jahren) mal ein Kapital zur Verfügung stellt. Zur Einzugsfeierlichkeit des Prinzen am 29. November sind aber bereits schon wieder städtische Mittel bewilligt worden.

## Gerichts-Zeitung.

### Wilhelmshavener Polizei.

Am Montag hatten sich vor der Strafkammer des Landgerichts in Aurich der Wilhelmshavener Polizeikommissar Waiser, der Wachtmeister Evers von dort und ein früherer Schuhmann wegen vorfährlicher Körperverletzung, begangen im Amt, zu verantworten, die sie in den Jahren 1904 bis 1906 begangen hatten. — Unser Väter Bruderorgan kritisierte vor etwa zwei Jahren schon einmal das Auftreten der Wilhelmshavener Polizei, als diese beim Transport von Ausländern ohne rechtmäßigen Grund von der Waffe Gebrauch gemacht und einen Ausländer schwer verletzt hatte. Da den polizeilichen Ausfagen damals solche von Personen, die den Vorgang nur von weitem gesehen hatten, gegenüberstanden, erfolgte die Bestrafung des betreffenden Rekruten zu 1000 M. Geldstrafe.

Während vor Gericht der Kommissar die ihm zur Last gelegten Vergehen bestritt, gab der Wachtmeister zu, in zwei Fällen Siskette geschlagen zu haben. Zum Beweise dafür, daß er einen Verhafteten nicht vorchriftswidrig behandelt habe, leistete sich der Herr Kommissar folgende Erklärung: „Bei der Verhaftung waren viele

Werkarbeiter zugegen; diese stehen mit dem „Norddeutschen Volksblatt“ in enger Verbindung, das der Polizei gern ein ausweicht. Da kein Artikel in dem Blatt darüber erschienen sei, kann ich mich also gar nicht vergangen haben.“ Seine Unwissenheit auf der Anklagebank führte der Beamte auf Kasse früherer Schutzleute zurück.

Die Zeugenaussagen ergaben, daß das Verhältnis der Beamten untereinander ein solches wie Hund und Katze war. Ein Schuhmann erklärte, daß Schlägen oder Rütteln von Verhafteten etwas Alltägliches sei. Von einem Gefangenenanfänger war zu Protokoll erklärt, daß auf der Wache wohl die Einlieferungsscheine von Gefangenen in mehreren Exemplaren mit einem gleichen Verhaftungsgrunde ausgefüllt würden, obwohl derselbe nicht immer zuträfe, und dann nur unterschrieben würden. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum die Zeugen Übergriffe des Kommissars nicht dessen Vorgesetzten gemeldet hätten, erklärten sie, daß sie dann geschahrigkeit worden seien. Eine beim Landrat eingereichte Anzeige habe dieser für unwahr erklärt; da ihm auch die ganze Sache unangenehm war, habe er ihnen ein Schreiben vorgelegt, worin die Anzeige zurückgenommen wird. Da ihnen Straffreiheit zugesichert war, unterschrieben sie, erhielten später jedoch einen Verweis.

Der Staatsanwalt legte dar, es sei erwiesen, daß der Kommissar sich in drei Fällen Übergriffe schuldig gemacht habe, indem er Verhaftete geschlagen habe. Ebenso sei festgestellt, daß der Wachtmeister einen Verhafteten und einen Jungen auf der Straße geschlagen habe. Unter Annahme milderer Umstände beantragte er gegen ersteren 350 M. Geldstrafe, gegen den letzteren 95 M., den mitangeklagten früheren Schuhmann beantragte er freizusprechen, da dessen Teilnahme an Mißhandlungen nicht erwiesen sei.

In seiner Verteidigungsrede stellte der Herr Kommissar die Belastungszugungen (alles Schutzleute) teils als roh, verlogen und mit notorischer Gedächtnisschwäche behaftet hin. Einer von ihnen habe als Sittenschuhmann mit Euren verkehrt, mit seiner Frau das Hurenhaus besucht und mit dem Wirt Wein getrunken. Um die Aussage dieses Fluges vollständig unwahr erscheinen zu lassen, bemerkte der Angeklagte schließlich, die beiden Brüder des Zeugen seien Sozialdemokraten! Der Vorsitzende rügte solche Verteidigungsmittel. Der Wachtmeister erklärte zu seiner Verteidigung, daß er sich laut einer Entscheidung des Straffenats für berechtigt gehalten habe, den betreffenden Jungen, der auf seine Verwandungen nicht gehört habe, zu schlagen.

Nach längerer Beratung ging das Urteil des Gerichts dahin, daß der Angeklagte Waiser wegen Vergehens gegen die §§ 340 und 74 des Strafgesetzbuchs in zwei Fällen zu 220 M. Geldstrafe, der Angeklagte Evers wegen derselben Straftaten in zwei Fällen zu 60 M. Geldstrafe verurteilt sei. Bruns wurde freigesprochen.

Die ungeheuer milde Strafe ist insbesondere gegenüber der bewiesenen Freigiebigkeit und Rohheit der Straftaten auffallend. Wird nunmehr die Regierung und der Landrat endlich auf Verberung der empörenden Polizeiverhältnisse in Wilhelmshaven dringen?

### Nachmal die Spielautomaten.

Die Frage, ob der Betrieb der Spielautomaten den Tatbestand der gewerbsmäßigen Glücksspiele enthält, ist immer noch nicht geklärt. Je nach den Feststellungen, die ein Landgericht trifft, entscheidet auch das Reichsgericht bald so, bald anders, was sich aus der Natur des Rechtsmittels der Revision ergibt. Vor kurzem befähigte, wie wir mitteilen, der 4. Straffenat ein Urteil des Landgerichts Leipzig, welches freigesprochen hatte, weil als erwiesen angesehen wurde, daß die Gänge des fraglichen Lokales diejenige Geschicklichkeit besitzen, um das Spiel nach Wunsch zu lenken. Am Freitag unterlag nun demselben Senat ein Urteil des Landgerichts Chemnitz vom 5. Juni zur Prüfung, durch welches der Fabrikant des Spielautomaten „Ideal“, A. in Frankfurt a. M., und zwei Gastwirte verurteilt worden sind. Der entscheidende Satz des Urteils lautete: Die große Mehrzahl der Spieler besaß nicht die Geschicklichkeit, zu gewinnen. — Die Revision der drei Angeklagten wurde mit dem Hinweis auf die Unanfechtbarkeit der tatsächlichen Feststellungen verworfen.

### Polizeiwidrige Trinkgelage.

Eine eigenartige Polizeiverordnung, so schreibt man aus Halle a. S., besteht für das Städtchen Lößebun. Dort bildet die Polizei kein „Trinkgelage“ der Arbeiter in Fabriken usw. Weil nun eines Tages acht Arbeiter je 20 Pf. zusammengesteuert und dafür ein fähiges Bier (1 1/2 Liter) zur Wespertrennen hatten, schickte die Polizei jedem ein Strafmandat. Das Halle'sche Landgericht sprach jedoch die acht polizeiwidrigen Trinker frei. — Solche Polizeiverordnung entbehrt durchaus der Galtigkeit.

### Sittlichkeitsverbrechen.

Die Strafkammer in Hildesheim verurteilte am Dienstag den Opernsänger Wilhelm Niele, der seinerzeit einer Theatergesellschaft angehörte, die in Goslar gastierte, wegen Sittlichkeitsverbrechen zu neun Monaten Gefängnis. Er hatte in Goslar unter allerlei Vorwänden ein elfjähriges Mädchen auf sein Zimmer gelockt und sich dort in sittlicher Beziehung an ihr vergangen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenrechte und Sozialdemokratie.

Leut Programm sah fordert die Sozialdemokratie „Abkaffung aller Gesehe, welche die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.“ Nach der letzten Verfassungszählung sind ungefähr 8 Millionen Frauen und Mädchen in Deutschland erwerbstätig beschäftigt. Diese Zahl befindet sich zurzeit in aufsteigender Linie. Berichte vom Arbeitsmarkt der Großstädte beweisen, daß in den letzten Monaten das Angebot der Frauenarbeit gestiegen ist; dies bewirkt ein Sinken der Arbeitslöhne im allgemeinen.

Die gesetzliche Rechtslosigkeit der Frau und deren dadurch gezeigte Schwächen und Bescheidenheit liefert der kapitalistischen Gesellschaftsform billige und willige Arbeitskräfte. Die weiblichen Arbeitskräfte haben leider ihren Wert im Warenherstellungszug nicht erkannt, sonst würden sie sich nicht derartig schuldig lassen, wie es heute geschieht, sondern sie würden sich in Gewerkschaften zusammenschließen, vereinigen Recht und Anerkennung von der Gesellschaft erzwingen. Der bestehende Zustand hindert die Arbeiterklasse in ihrem Emporstreben in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung. Aus diesem Grunde fordert die Sozialdemokratie die wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Frau und die Schaffung eines wirklichen einheitlichen und freiwilligen Vereins- und Versammlungswesens. Dem Vereins- und Versammlungswesen muß das gesicherte Koalitions- und Streikrecht folgen. Wohl gewährleistet der § 152 der Gewerbeordnung das Recht der Vereinigung zwecks Erlangung günstiger Löhne- und Arbeitsbedingungen. Auch wird den Arbeiterinnen dieses Recht sehr oft durch Vorgesetzte in der Fabrik oder überreife Beamte der öffentlichen Ordnung verweigert. Sind doch Arbeiterinnen direkt von der Ortsbehörde aufgefordert worden, sich ihr Eintrittsgeld, welches

zu Beispielweise im Holzarbeiterverband gezeigt hatten, zurückzuführen, weil es ungeschicklich sei, daß Arbeiterinnen sich organisierten. In einer Spinnerei machte ein Meister den Arbeiterinnen folgenden Vorschlag: Sie sollten doch lieber die Verbandsbeiträge ihm (dem Meister) zur Aufbewahrung übergeben, damit dafür im Sommer ein Ausflug und im Winter eine Theateraufführung arrangiert werden könne, dann hätten sie (die Arbeiterinnen) doch wenigstens etwas fürs Geld. Einer Witwe, die ihre Kinder schlicht und recht ernährte, drohte die Behörde, ihr die Kinder zu nehmen und in Fürsorgeerziehung zu geben, weil sie — dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband angehöre. Diese Fälle lassen sich um viele mehr registrieren. Die Betätigung der Frau wird willkürlich erschwert von allen jenen, die in der Beteiligung der Frau eine Gefahr für den dreimal heiligen Geldsack erblicken.

Die Teilnahme der Arbeiterin an den wirtschaftlichen Kämpfen zur Erringung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, zur Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit, ist aber eine zwingende Notwendigkeit im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde fordert die Sozialdemokratie die rechtliche Gleichstellung der Frau, sowie den freien Gebrauch aller jener Waffen, die heute dem Manne im Klassenkampf zur Verfügung stehen. Nur wenn die Frau ungehindert sich persönlich an allen Fragen des wirtschaftlichen Lebens beteiligen kann, wird auch ihr Interesse für öffentliche Angelegenheiten und politische Maßnahmen erwachen und wachsen; und dieses Interesse wird den Klassenkampf fördern. Darum erheben wir immer aufs neue die Forderung: Her mit dem freien Koalitions- und Streikrecht für die Arbeiterinnen!

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Jugend-Abteilung. Sonntag, den 22. November, nachm. 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelstr. 15: Vortrag und gefelliges Beisammensein. Gäste willkommen.

### Lesabende.

**6. Wahlkreis.** Freitag, den 20. November, abends 8½ Uhr, an folgenden Stellen: 1. Abt. bei Klaus, Schönhauser Allee 156. 2. Abt. bei Franz, Dunderstr. 8. 3. Abt. bei Schade, Kopenhagener Straße 74. 4. Abt. bei Leppin, Brunnenstr. 30. 5. Abt. bei Hübler, Wattstr. 7. 6. Abt. bei Schölzel, Wogenstraße 12. 7. Abt. bei Lamprecht, Gullisthr. 10. 8. Abt. bei Stutz, Waldstr. 8. 9. Abt. bei Junke, Triftstr. 63. 10. Abt. bei Glawe, Liebenwalder Straße 4. 11. Abt. bei Franke, Wabstraße 19.

Der Lesabend für die 11. Abteilung findet nicht, wie am Mittwoch angegeben, bei Hof, Wiesenstr. 27, statt, sondern, wie heute mitgeteilt wird, bei Franke, Wabstr. 19.

**Bankov.** Freitag, den 20. November, 8½ Uhr, bei Abendroth, Mühlentstraße 31.

**Wilhelmstrub-Nieder-Schönhausen-West.** Heute 8 Uhr bei Barth, Viktoriastr. 7.

**Stralau.** Heute bei Kasper, Markgrafendamm 11.

## Vermischtes.

### Ueberschwemmungen in Sizilien.

Nach einer Meldung aus Rom sind dort aus Sizilien und Süd-Italien Nachrichten über schwere Verheerungen eingegangen, die durch Regengüsse verursacht worden sind. Aus Catania wird gemeldet, daß in Riposto mehrere Häuser eingestürzt sind. Es sind Verluste an Menschenleben zu beklagen, zahlreiche Familien sind obdachlos. Fast alle Fischerboote wurden zerstört. Die Eisenbahnverbindungen zwischen Catania und Syrakus sowie zwischen Catania und Messina sind unterbrochen. Einige Personenzüge liegen auf der Strecke, doch droht dem Leben der Reisenden keine Gefahr. — In Messina sind die öffentlichen Gärten überflutet, der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. In Casalevecchio sollen einige Menschen umgekommen und mehrere Häuser eingestürzt oder schwer beschädigt sein. — Aus Syrakus kommt die Nachricht, daß hundert Reisende infolge der Ueberschwemmung auf dem Bahnhof von Priolo eingeschlossen sind. Hilfswagen sind dahin abgegangen. — Ein Telegramm aus Reggio di Calabria besagt, daß in Melito mehrere Häuser eingestürzt sind. Auch in Reggio selbst ist einer Blättermelde zufolge ein Haus eingestürzt. Eine Person ist tot, eine andere verletzt. In Siderno ist eine Fischerbarke gescheitert, zwei Insassen ertranken.

Weitere Nachrichten aus dem Innern Siziliens und Kalabriens besagen, daß die durch die letzten Regengüsse verursachten Verheerungen außerordentlich groß sind. Große Besitzungen wurden verwüstet und zahlreiche Häuser zerstört. Die Zahl der Toten schätzt man auf 12, die der Verletzten auf 200. Fast alle Bauern auf dem flachen Lande stehen ohne jede Hilfe da. Truppen und Polizeimannschaften mit Lebensmitteln und Medikamenten sind unterwegs.

Eine spätere Meldung aus Giardini, Provinz Messina, besagt: Die Ueberschwemmung richtete auch in hiesiger Gegend großen Schaden an. Mehrere Häuser sind eingestürzt oder beschädigt. Vier Personen kamen dabei ums Leben, zahlreiche wurden verletzt. Der Schaden ist sehr bedeutend. Auch in den benachbarten Dörfern ist der angerichtete Schaden erheblich; die Eisenbahn-, Post- und Seeverbindungen sind unterbrochen.

**Gewölbeeinsturz im Hammerhauser Tunnel.** Aus Hagen wird amtlich gemeldet: An dem bis auf das Gewölbe abgetragenen Hammerhauser Tunnel zwischen Schalksmühle und Brügge (Westfalen) stürzte gestern morgen gegen 9 Uhr das Gewölbe auf sieben Metern Länge ein. Personen sind nicht verletzt. Nach näherer Untersuchung ist anzunehmen, daß infolge Tauwetters nach vorhergegangenem Frost Felsmassen an den Wänden sich gelöst und das Gewölbe durchschlagen haben. Zur völligen Sicherung der Tüge erscheint es geboten, das Gewölbe und weitere Massen abzutragen. Infolgedessen muß die Strecke mehrere Tage für den durchgehenden Verkehr gesperrt werden. Der Personenverkehr wird dadurch außerhalten, daß von der Arbeitsstelle nach Brügge (Westfalen) ein Omnibusverkehr für Personen und Gepäck auf Kosten der Eisenbahnverwaltung eingerichtet ist. Der Güterverkehr wird umgeleitet.

**Explosion in einer Gasanstalt.** Mittwoch vormittag erfolgte, wie der „Vogeländische Anzeiger“ aus Reichenbach i. S. meldet, im Retortensaal der Gasanstalt eine Explosion, durch die drei Gasarbeiter getötet, vier schwer und fünf leicht verletzt wurden.

Weiteres großes Unglück wurde durch das schnelle Eingreifen des Gasdirektors Salling verhindert, der den Hauptkahn sofort abdrehte. Salling, ebenso wie der Gasdirektor Frische erlitten schwere Verletzungen.

Die Explosion entstand bei der Reparatur einer Retorte. Die Leiche eines Gaschloßers wurde erst nach zwei Stunden unter den Trümmern hervorgezogen. Ein dem Auskommen der Schwerverletzten, die im Krankenhaus untergebracht sind, wird gezweifelt. Der durch die Explosion entstandene Brand hat keine große Ausdehnung genommen.

Eine furchtbare Scharlachepidemie wütet einer Meldung aus Genthin zufolge, in dem benachbarten Mendorf. Fast in jedem Hause liegen Kranke. Die Sterblichkeitsziffer hat eine erschreckende Höhe erreicht. In einem Hause starben vor wenigen Tagen drei Kinder und am Dienstag erlagen wieder zwei Kinder der Familie Thomas der tödlichen Krankheit. Die Behörde finnt auf außergewöhnliche Mittel, um der Epidemie entgegenzutreten.

**Der Bahnassistent als Rassenblech.** Nach einer Meldung aus Kafferslautern, wurden die in der dortigen Güterkassette am 8. November gestohlenen 22 000 M. in der Wohnung des Verhafteten Eisenbahnassistenten Busch vorgefunden.

**Kunstlicher Marktbericht der Königlich Preussischen Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen.** Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Rinder, Kalber und Schweine nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise lebendig. Geflügel: Zufuhr in Gänsen über Bedarf, sonst nicht ausreichend. Geschäft still, Preise in Gänsen gedrückt, sonst gut. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	18.11.	17.11.		18.11.	17.11.
Demel, Mühl	174 <sup>1</sup>	—13	Saale, Großh.	60	—8
Bregel, Jüterburg	13 <sup>1</sup>	+11	Havel, Spandau <sup>1</sup>	37	+1
Wesche, Thorm	-28 <sup>1</sup>	-14	Havel, Rathenow <sup>1</sup>	6	+3
Oder, Ratibor	62 <sup>1</sup>	0	Spree, Spremberg <sup>1</sup>	70	+3
• Stollen	88	+10	• Weesow	56	+1
• Frankfurt	63 <sup>1</sup>	+15	Weser, Minden	-108	-2
• Gärthe, Sörmin	-20	+10	• Rinden	-38	-0
• Landsberg	-13 <sup>1</sup>	+19	Rhein, Marienlandau	—	—
• Rebe, Boddamm	-22	-15	• Raab	81	+3
• Elbe, Lütmeritz	-85	+14	• Köln	49	0
• Dresden	-210 <sup>1</sup>	-4	• Reder, Heilbronn	24	-2
• Barbo	7 <sup>1</sup>	-1	• Rhein, Wertheim	95	0
• Magdeburg	28 <sup>1</sup>	-2	• Roßel, Trier	—	—

<sup>1</sup> + bedeutet Hoch, — Hoch, — <sup>1</sup> Unterbeleg. — <sup>1</sup> Flußstand. — <sup>1</sup> Eisfrei, — oberhalb von Thorm Flußstand. — <sup>1</sup> Randels. — <sup>1</sup> Grundels. <sup>1</sup> Treibels.

Es ist von einer Konkurrenz eine Kellame-Broschüre gegen uns verbreitet worden, welche auf Aushorchung ungetreuer Angestellter beruht und aus tendenziösen Entstellungen und direkten Unrichtigkeiten zusammengesetzt ist.

Wir haben uns in der Deffentlichkeit mit dieser Broschüre, die sich durch ihre Tonart von selbst richtet, nur insoweit befaßt, als wir deren Beschlagnahme und unser strafgerichtliches Vorgehen publizierten.

Die Beschlagnahme der Broschüre wurde zwar vom Amtsgericht Bremen vorübergehend aufgehoben, ist aber vom **Kgl. Amtsgericht Berlin** und nunmehr, trotz Einspruchs der Konkurrenz, auch vom **Kgl. Landgericht Berlin**, der letzten Instanz, wiederholt und **endgültig ausgesprochen worden**. Die Broschüre darf demgemäß nicht mehr verbreitet werden.

Hiernach möge man ermessen, wie hinfällig — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — der Vorwurf ist, daß wir die Beschlagnahme „durch falsche Angaben“ erwirkt hätten, ein Vorwurf, wegen dessen wir ebenfalls Strafantrag gestellt haben.

Damit schließen wir unsererseits die öffentliche Erörterung über diese Konkurrenz-Broschüre.

München, Herdingen a. Rh., Berlin, den 18. November 1908.

**Kathreiners Malzkaffee-fabriken,**  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

**Nur noch kurze Zeit!**  
**Grosser Ausverkauf**  
wegen baulicher Veränderung, verfügt von der Feuerpolizei.  
Nur so lange Vorrat reicht. **echt chinesische Ziegenfelle**  
in grau, weiss, wolkig und braunfärbig  
• 10, 8,50, 6,75 und **3.**  
**Angora-Lammfelle**  
schneeweiß, besonders lockig und langhaarig,  
80x175 gross, 10,50 u. **8.50 M.**  
**echt sibirische Wölfe** **12.50**  
mit Kopf u. Gabeln  
• 30, 25, 20, 15 und **12 M.**  
**Dingofelltoppiche**  
mit Futter, wattiert,  
• 15, 12, 10 und **7 M.**  
**echt englische Angorafelle**  
besonders langhaarig,  
mit Seldenglanz, in allen existierenden Farben,  
• 15, 12,50, 10, 8 und **6 M.**  
Ferner große Auswahl in echten Jellen m. Kopf u. Gebiß, wie Braunbär, Tiger, Panther, Fuchs u. Gama-Löwe, sowie als auch echter Fell-Teppiche, Wagen- u. Schlittendecken, Fell-Juchade, Pelzschuhe, Jagd-Muffen, Fell-Diwandecken und Fell-Vorlagen mit Fuhrtasche.  
**Teppich-Haus**  
**B. Hurwitz**  
**Rotes Schloss**  
vis-à-vis dem National-Denkmal.  
Parterre und I. Etage.

# Julius Lindenbaum

Ecke Frucht-Straße **Große Frankfurter Straße 141** Ecke Frucht-Straße

Größtes und leistungsfähigstes Spezialhaus des Ostens, Nordostens und Südostens für seine Herren- und Knaben-Moden.

## Spezial-Abteilung: Maß-Anfertigung

unter Leitung erstklassiger Zuschnneider. Tadelloser Sitz garantiert.

Sakko-Anzüge 75, 57, 45, **36.** Winter-Paletots 75, 70, 62, **50.**  
Gehrock-Anzüge 90, 80, 70, **60.** Winter-Ulster 85, 75, 65, **54.**

Pianino, Postleasant, um jeden Preis sofort zu verkaufen Französischer Str. 15, I rechts. **Drei Mark** 16/14 zahlbar für Treibener Partietragprotokoll (1903). Buchhandlung Georgis Nachf., Königgrätzerstr. 32.

# Arbeiter-

Bekleidung — Berufskleidung.  
Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.

Gillissen: Landsberger Allee 148.

Neu eröffnet! Rixdorf: Bergstraße 66 am Ringbahnhof.

